

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1924**

109 (29.3.1924) Morgenausgabe

# Badische Presse

Neue Badische Presse und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens.

Eigentum und Verlag von Ferd. Ziegler & Co.  
Verantwortlich: Dr. Walter Schneider  
Redaktion: Dr. Walter Schneider  
Geschäftsführer: Dr. Walter Schneider  
Dr. Volzinger für badische und lokale Nachrichten und für den sportlichen Teil  
Dr. Baderer für das Feuilleton  
Dr. Sander für Ober- und Konzepte  
Chr. Berke für den Handelsteil  
Dr. Brigner für den Schuldienst u. den übrigen textlichen Inhalt  
Dr. H. H. Feld für die Anzeigen  
H. Rindspacher, alle in Karlsruhe  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiger

Verleger:  
Geschäftsstelle: Nr. 86,  
Redaktion: Nr. 309 und 319.  
Geschäftsbüro:  
Stelz- und Lammstraße-Ecke, nächst  
Kaiserstraße und Marktplatz.  
Postfach-Posto: Karlsruhe Nr. 8350.

Bezugspreis  
Im Haus halbjährlich 1.30 M.;  
im Verlag oder in den Zweigstellen ab-  
geholt 1.20 M. Durch die Post monat-  
lich 2.60 M. einschließlich Postgebühren.  
Einzelpreis:  
Verlagsnummer 10 Wfg.  
Sonntagsnummer 15 Wfg.  
Im Fall höherer Gewalt hat der Ver-  
leger keine Ansprüche auf Ersatz der  
oder Nachdruck der Zeitung, —  
Abbestellungen können nur jeweils bis  
zum 25. auf den folgenden Monats-  
tag angenommen werden.  
Anzeigenpreise:  
Die 11stellige Nonpareilzeile 0.28 Gold-  
mark, auswärts 0.35 Goldmark. Stellen-  
anzeigen und bestimmte Gelegenheits-  
anzeigen 0.14 Goldmark. Restanzeigen  
1.50 Goldmark, an 1. Stelle 2.— Goldm.  
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,  
bei der Nichtbeachtung des Preises, bei  
geringerer Verbreitung und Konfirmation  
außer Kraft tritt.

Beilagen: Illustrierte Wochenbeilage „Das Leben im Bild“ / Volk u. Heimat / Radio-Rundschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauenzeitung / Für Reise u. Wanderung / Salis u. Garien.

## Das neue Kabinett Poincaré.

### Ein Konzentrations-Kabinett.

Aufnahme von Parlamentariern der Linken. — Die Absichten Poincarés.

F. H. Paris, 28. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Um 4 Uhr nachmittags waren folgende Portefeuilles im neuen Kabinett Poincarés endgültig vergeben:  
Ministerpräsident und äußere Angelegenheiten: Poincaré;  
Finanzminister: Senator François Marjal;  
Handel: Loucheur;  
Kriegsminister: Maginot;  
Öffentliche Arbeiten: Le Trocquer;  
Unterricht: Senator De Jouvenel;  
Arbeit und Hygiene: Daniel Vincent;  
Marine: Bojanowski;  
Kolonien: Oberst Fabry.

Kurz vor Redaktionsschluss wird uns von unserem Pariser Ver-  
treter folgende endgültige Ministerliste gemeldet, für die die  
weiter unten mitgeteilte Charakteristik im wesentlichen auch zutreffen  
würde:

F. H. Paris, 28. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Die endgültige Zusammenziehung des Kabinetts Poincarés lautet  
wie folgt:  
Ministerpräsident und Außenminister: Poincaré;  
Innenminister: De Selves (Peret hat abgelehnt);  
Justizminister: De Kerredre Brez;  
Kriegsminister: Maginot;  
Marineminister: Bojanowski;  
Finanzminister: Marjal;  
Öffentliche Arbeiten: Le Trocquer;  
Unterricht: De Jouvenel;  
Handels- und Postminister: Loucheur;  
Ackerbauminister: Capus;  
Minister für die besetzten Gebiete: Marin;  
Kolonialminister: Fabry;  
Arbeitsminister und Minister der Hygiene: Vincent.

Die Zusammenziehung des neuen Kabinetts Poincarés entspricht  
nicht den schlimmsten Befürchtungen, die man haben mußte. Der  
Punkt nach rechts, der noch gefahren in Aussicht stand und dessen deut-  
lichste Kennzeichnung die Ausschiffung des Innenministers Ma-  
nouzy und dessen Erziehung durch Colratz oder durch Reibel  
gemein wäre, ist nicht erfolgt. Poincaré bemühte sich vielmehr, ein  
Konzentrationskabinett zu schaffen, in dem die Rechte  
durch Maginot, den Oberst Fabry, de Selves und de Kerredre Brez,  
die Linke durch Loucheur, de Jouvenel, Peret und Daniel Vincent  
vertreten sein werden, während Marjal, Bojanowski und Louis  
Marin eine Mittelstellung einnehmen. Von früheren Minis-  
tern kehren außer Poincaré nur noch Maginot und Le Troc-  
quer wieder, alle drei ausschließlich deshalb, weil sie Aufgaben  
zu erfüllen haben, die mit der Ruhrbesetzung im Zusammenhang  
stehen. Die Aufnahme von Parlamentariern der Linken und die Aus-  
schiffung von Colratz und Reibel, welche am eifrigsten für die  
Entfernung Mounourys eingetreten waren, weil sie dessen Nachfolger  
zu werden hofften, sind die hervorragendsten Tatsachen, welche für die  
erste Beurteilung des neuen Kabinetts Poincarés in Betracht kommen.  
Man kann in ihnen nichts anderes sehen, als eine deutliche  
Antwort Poincarés auf das Manifest Millerands,  
was dieser gestern dem „Matin“ zur Veröffentlichung übergeben hatte  
und welches in Kreisen der Linken schärfste Entrüstung hervorgerufen  
hatte. Man warf Millerand ausdrücklich eine Ueberreizung der ihm  
verfassungsmäßig zustehenden Rechte vor, für welche Poincaré die  
Antwort nicht schuldig bleiben wollte. Er war sich dessen bewußt,  
daß er ein Schwächebekenntnis abgeben würde, wenn er sich  
vom Präsidenten der Republik seine Politik vorzeichnen lassen wollte.  
Es ist bekannt, daß Millerand mit aller Macht eine Wiederwahl  
der Abgeordneten des nationalen Blods durchsetzen möchte und daß  
ihm als geeignetes Mittel die Bildung eines nach rechts gerichteten  
Kabinetts erschienen war. Die Ministerliste, welche Poincaré zu-  
sammenstellte, ist die Antwort auf Millerands Wünsche.

Es muß auffallen, daß sich unter den neuen Ministern Abge-  
ordnete und Senatoren befinden, die in der letzten Zeit  
ständig gegen Poincaré gestimmt hatten. De Jou-  
venel, Vincent, Loucheur und François Marjal ha-  
ten sich bei der Abstimmung über die Steuererhöhung der Stimme ent-  
halten. Man spricht in den Wandelgängen der Kammer sogar davon,  
daß Poincaré durch die Ernennung der Genannten zu Ministern die  
Absicht ausdrücken wollte, das ihm erteilte Beordnungs-  
recht nicht auszuüben. Unter den neuen Ministern müssen  
zwei besondere Aufmerksamkeit erregen, nämlich der Un-  
terrichtsminister de Jouvenel und der Handelsminister Lou-  
cheur. Jouvenel, der Chefredakteur des „Matin“, ist seit seiner  
vor drei Jahren erfolgten Wahl in den Senat durch einige nicht un-  
geschickte Reden bekannt geworden, in denen er den Gedanken vertrat,  
die europäischen Konflikte durch Vermittlung des Völkerbundes zu  
lösen. Man darf vielleicht voraussetzen, daß er zur Bedingung  
seiner Teilnahme an der neuen Regierung machte, daß  
dieser politische Programmpunkt verwirklicht werde. Natürlich ist  
immer ein weiter Unterschied zwischen dem, was ein Parlaments-  
mitglied anstrebt und zwischen dem, was er als Minister, insbeson-  
dere in einem Kabinett Poincarés verwirklichen kann. Große Bedeu-  
tung muß man ferner der Betrauung Loucheurs mit der Leitung  
des Handelsministeriums beimessen. Im allgemeinen gilt das Han-  
delsministerium als ein untergeordnetes Portefeuille; wenn es dies-  
mal einem so hervorragenden Parlamentarier wie Loucheur über-  
tragen wurde, müssen sich dahinter gewisse Absichten Poincarés ver-  
bergen. Vor dem 10. Januar 1925 muß mit Deutschland ein  
Handelsvertrag abgeschlossen werden, dies liegt vor allem in

Frankreichs Interesse, welches mit dem genannten Tag der Vorliefe  
verlustig geht, die ihm der Versailler Vertrag in den Artikeln 68,  
238 und 280 zuspricht. Diese beziehen sich auf den zollfreien Eintritt  
der Rohprodukte und Fertigwaren aus Elsaß-Lothringen während  
fünf Jahren nach Deutschland. Kommt es bis zum 10. Januar 1925  
nicht zum Abschluss des Handelsvertrages mit Deutschland, dann steht  
Elsaß-Lothringen vor einer schweren Wirtschaftskrise. Poincaré  
wollte sich anscheinend in Loucheur einen geeigneten Unter-  
händler suchen, der im Stande ist, die Handelsvertragsverhand-  
lungen mit Deutschland zu führen, welche sich nicht mehr länger  
aufschieben lassen werden.  
Die Kammer Sitzung, in der sich das Kabinett vorstellt, findet heute,  
Samstag, um 10 Uhr vormittags, statt.

### Die Arbeiten der Sachverständigen

Die Angaben des „Matin“ bestätigen sich.  
F. H. Paris, 28. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Die heute vom „Matin“ gemachten Mitteilungen wegen einer Zehn-  
milliarden-Hypothek auf die deutsche Industrie und den deutschen  
Ackerbau wird in der Reparationskommission als Induktion be-  
achtet. Aber es kann leider behauptet werden, daß die Mit-  
teilungen des „Matin“ richtig waren. Die Sachverständigen  
haben tatsächlich den Beschluß gefaßt, der deutschen Industrie  
und Landwirtschaft dieses ungeheure Opfer aufzuerlegen. Heute vor-  
mittags tagten der Redaktionsunterauschuss und der Kammeraus-  
schuss, letzterer hörte die beiden Sachverständigen Lefevre  
und Acworth an.

### Die Berliner Auffassung.

m. Berlin, 28. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, sind die Ar-  
beiten der Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im großen und ganzen  
beendet. Dr. Schacht wird voraussichtlich am Samstag Paris verlassen  
und sich nach Berlin zurückbegeben, um der Reichsregierung eingehend  
Bericht über die letzten Pariser Verhandlungen zu erstatten. Es ist  
anzunehmen, daß der Reichsbankpräsident bereits die Grundzüge des  
Berichtes der Sachverständigen, der im Laufe der nächsten Woche der  
Reparationskommission überreicht werden soll, mitteilen wird. Erst  
wenn Dr. Schacht in Berlin eingetroffen ist, wird es sich auch ermög-  
lichen lassen, an den Jobben in der Pariser Presse veröffentlichten An-  
gaben über den Zahlungsplan der Sachverständigen Stellung zu  
nehmen.  
In Berliner gutunterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß  
die Angaben der französischen Blätter in mancher Beziehung  
nicht unzutreffend sind, doch will man erst Dr. Schachts Rückkehr abwarten, der genaue Informationen mitbrin-  
gen wird. Bis dahin dürfte es sich empfehlen, die Pariser Mel-  
dungen mit einer gewissen Reserve aufzunehmen, zumal gerade das, was  
anscheinend durch unterirdische Kanäle aus den Kreisen der Sachver-  
ständigen in verschiedene Pariser Blätter gelangt ist, noch keineswegs  
als endgültig anzusehen ist. Die Sachverständigen sind zur Zeit noch  
dabei, sich über die endgültigen Grundzüge ihres  
Projektes zu einigen, was sehr wahrscheinlich Samstag vor-  
mittags eingetreten sein dürfte, so daß dann Dr. Schacht noch mit den  
großen Anstrengungen der Sachverständigen nach Berlin juridis-  
ch. Dadurch wird dann der Wortlaut des Vorschlages festgelegt und  
anfangs oder Mitte der nächsten Woche der Reparationskommission  
überreicht.

### Die Verlängerung der Ricumverträge unmöglich.

m. Berlin, 28. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Gestern nachmittag fanden in Berlin Besprechungen zwi-  
schen der Sechserkommission des Bergbauischen Vereins und der  
Reichsregierung über die Ricumverträge statt. Auch diese Kon-  
ferenz hatte das gleiche Ergebnis, wie die mit den Arbeitnehmer-  
vertretern. Die Delegierten aus dem Ruhrgebiet erklärten, daß so-  
wohl der Bergbau als auch die Industrie des besetzten Gebietes weite-  
re Lasten, wie sie aus den Ricumverträgen entstehen würden,  
nach dem 15. April unmöglich übernehmen können. Die Sechser-  
kommission legte der Reichsregierung umfangreiches Material über  
die Leistungen des besetzten Gebietes auf Grund der Ricumverträge  
vor. Die Besprechungen ergaben volle Einmütigkeit zwischen der  
Reichsregierung und den Vertretern der Ruhrindustrie. Die Dele-  
gierten haben Berlin noch gestern Abend verlassen und sind in das  
Ruhrgebiet zurückgekehrt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die  
Ruhrindustrie in der kommenden Woche noch einmal mit den Ricum-  
verträgen eingehend beschäftigen. Der Hauptzweck der Berliner Ver-  
handlungen war die Regierung noch einmal genau über die Lasten der  
Ricumverträge zu orientieren und ihr ausreichendes Material für  
etwa notwendig werdende Verhandlungen mit Paris in die  
Hand zu geben.

### Das Weißbuch über die Pfalz.

II. Berlin, 28. März. (Drahtbericht.) Das vom deutschen  
Auswärtigen Amt herausgegebene Weißbuch über den Notenwechsel  
zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Separa-  
tistenuntriebe im besetzten Gebiet enthält 14 deutsche  
und französische Noten. Die deutschen Noten besaßen sich zum Teil  
mit den Zuständen in der Pfalz während der Separatistenherrschaft.  
Unter diesen befinden sich die Note über das Verhalten des Generals  
de Meck und das Auftreten des Majors Louis im Kreissta der  
Pfalz, die Note über die Unterfütterung der Separatisten durch amtliche  
französische Organe vom 14. November 1923, die Note über die Aner-  
kennung des separatistischen Komitees durch die Rheinlandskommission,  
die Note über die sogenannte autonome Regierung der Pfalz vom  
1. Januar 1924 und die Note vom 2. Februar 1924 über die Unter-  
stützung der Separatisten durch amtliche französische Organe. Dazu  
wird die Auslassung über die Unterfütterung der Separatisten in der  
Pfalz durch die französische Belaktion in Wortlaut veröffentlicht. Von  
den beiden im Weißbuch enthaltenen „ardes memoires“ befaßt sich  
das vom November 1923 mit der Haltung des Generals de Meck.  
Außerdem werden in dem Weißbuch noch das Schreiben des Direktors  
im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten an den  
deutschen Botschafter vom 21. Februar 1924 und eine Pressemittelung  
über die Besprechung des Reichsfinanziers mit dem französischen Botschafter  
in Berlin am 31. Dezember 1923 über die Düsseldorf Urteile ver-  
öffentlicht.

### Arbeiterregierung und Weltmachtpolitik.

Von Korvettenkapitän Gadow-Berlin.  
Die konservative Regierung Baldwin war außenpolitisch zu der  
historischen Linie zurückgekehrt, die zur Ausbreitung der englischen  
Macht und zur Gründung und Sicherung des Weltreiches geführt  
hatte. Diese Linie war in verhängnisvoller Weise von der Regie-  
rung Lloyd Georges verlassen worden, als er im Kriege die Ver-  
ständigung mit Deutschland ausschlug und damit Amerika an die  
Spitze der See- und Weltmächte brachte, und als er im Friedens-  
schluß die ungeheure Stärkung der französischen Stellung und die  
Schwächung der englischen durch die Verträge nicht rechtzeitig er-  
kannte. Lord Curzon, der führende Kopf des vorigen Kabinetts,  
nahm den verlorenen Faden wieder auf, und zwar unmittelbar nach  
Beginn der Ruhrbesetzung, als die Ziele Frankreichs nicht mehr im  
ungewissen waren. Es gelang ihm, Stein für Stein die früher er-  
schütterte englische Weltmachtpolitik wieder auszubessern. Er um-  
warf und gewann Italien, wußte die spanisch-italienische Flotten-  
entente herbeizuführen, vermittelte durch den ausgesprochenen Ge-  
sandten Young in Belgrad die italienisch-jugoslawische Verständi-  
gung, bald darauf auch die italienisch-rumänische Anleihe. Nicht  
weniger erfolgreich war seine Arbeit in Athen, wo man geneigt war,  
den Verrat vom Lausanner Frieden zu vergessen, in der Türkei,  
wo England von neuem Hausrecht als Protektor (und Geldgeber)  
genießt, und schließlich zu gewissem Grade auch in Belgien und  
Polen. Fügt man hinzu, daß unter seiner Antispannung der Aus-  
bau von Singapur begann und der Plan zur riesigen Verstärkung  
der englischen Luftabwehr und der Kreuzerflotte gefaßt wurde, so  
erhält man den Umriss einer ungewöhnlich ergiebigen Machtpolitik.  
Die Regierung Macdonald steht diesen Dingen teils prinzipiell  
ablehnend, teils ungewandt gegenüber, und hat mit oder ohne Ab-  
sicht einen guten Teil der geschätzten starken Stellungen wieder  
eingebüßt. Die neuen politischen Freundschaften wurden vernach-  
lässigt: Italien, dem für seine Mitarbeit von der vorigen Regie-  
rung die koloniale Aburteilung im Jubaland (Somaliland, Libyen)  
in Aussicht gestellt war, sah sich plötzlich der Forderung gegenüber,  
als Gegenleistung den Dodekanes zu räumen, zwei Dinge, die nicht  
nur in den Augen Italiens garnichts miteinander zu tun haben.  
Die Enttäuschung war groß und verwandelte sich in positives Un-  
behagen, als die Annäherungsversuche Macdonalds am Frankreich  
immer deutlicher wurden. Die sozialistische englische Regierung  
ließ erkennen, daß sie die Eintragspolitik gegen Frankreich nicht  
fortzuführen wünsche und stieß damit Italien vor den Kopf, worauf  
Mussolini unverweilt die Konsequenzen zog und sich Frankreich an-  
bot unter der Bedingung, daß Frankreich die Beschließung der  
italienischen Industrie sicher stellen und mit Italien eine aktive  
Koalition eingehen solle. In dem indistinkten Bericht des englischen  
Regierungsbüros „Daily Herald“ über diese Vorgänge — an sich  
auch wieder ein Beweis unstaatsmännischen Gebahrens — war sogar  
vom Eintritt Frankreichs in die spanisch-italienische Koalition  
die Rede, aber hier hört die Wahrscheinlichkeit auf, denn jene ist  
ja ausschließlich auf dem Gegenfuß zu Frankreichs Seeherrschaftsan-  
sprüchen begründet. Jedenfalls haben hier eine Reihe von Extratouren  
stattgefunden, die die Quittung auf die neue englische Rich-  
tung erteilten.

Nicht minder bedenklich sehen die ernst zu nehmenden politischen  
Kreise Englands auf die Anbahnung der Regierung über Rüstungs-  
fragen. Die Luft rüstungen zwar wagte niemand im Kabinett an-  
zutasten, da das ganze Volk von ihrer Unentbehrlichkeit gegen Frank-  
reich überzeugt ist, aber man hegt doch Zweifel an der gleichmäch-  
tigen Ueberzeugung bei den Sozialisten; und in Reden und Presse-  
artikeln wird die Öffentlichkeit bearbeitet, nicht zu ruhen, bis die  
Luftmacht die gleiche Stärke erreicht hat wie die französische.  
Es handelt sich dabei um eine Vermehrung der vorhandenen 7 1/2 Luft-  
geschwader oder 80 Flugzeuge, die für den Heimatschutz verfügbar sind  
— natürlich eine fiktive Zahl auf 52 Geschwader oder 600 Flug-  
zeuge, entsprechend der französischen Angriffsstärke für besondere  
Zwecke. Was die Flotte angeht, so hätte die alte Regierung ein  
Neubauprogramm von u. a. 52 Kreuzern aufgestellt, dieses bei der  
Uebergabe auf zunächst 20 reduziert, und in den Händen der jetzigen  
Dominikant ist es dann auf 5 für das Jahr 1924 festgesetzt worden.  
Diese Herabsetzung und die gleichzeitige Suspendierung der künftigen  
Flottenforderungen — Minenleger, U-Kreuzer, Fluggeschiffe —  
läßt die Tendenz erkennen. Obgleich Macdonald sich bemühte, bei der  
Begründung dieser Rüstungen den wohlbekannten Sargon zu treffen —  
es handelte sich nicht um Neubauten, nur um Ersatz der Arbeitsmacht  
werde entlastet um —, so traut man ihm weiter nichts doch auch  
hierin nicht die notwendige Einsicht von den Erfordernissen eines  
Weltreiches zu, und schließlich gipfelt die allgemeine Beforgnis in der  
Singapurefrage. Die Regierung hat beschlossen, den Ausbau  
dieses Kriegsschiffens einzustellen, sie hat vorläufig weitere Ausgaben  
dafür stillt, und die bürgerliche englische Presse ist randvoll von  
Appellen, Statistiken und Hinweisen auf den lebenswichtigen Charak-  
ter dieser Frage. Die Admiraltät, die man wie manche andere Bes-  
hände als eine Reservation der konservativen Ueberlieferung ansehen  
kann, veröffentlicht Karten, aus denen hervorgeht, daß Singapur die  
Sicherstellung von 70—80 Prozent der wichtigsten Seehandelskategorien  
Englands darstellt. Der tägliche Wert des indischen Einfuhrhandels wird  
auf 81 Mill. Pfund berechnet usw. Dazu wird auf den lebenswichtigen  
Schutz der Ölproduktion in Borneo, Birma und Persien des-  
weisen, die östlichen Dominions werden mobilisiert und betont wer-  
den, daß ihr tiefes Interesse an militärischem Schutz durch Flotte und  
Stützpunkt. Kurzum, es bleibt dem Mittel unverdacht, die Regierung  
zu ihrer traditionellen imperialistischen Aufgabe zu erziehen.

Die Frage ist offen, ob Macdonald und seine Partei ihrer geist-  
lichen Struktur nach fähig sind, diese Selbstanklage zu verstehen.  
Sind sie es nicht, oder dauert der Prozeß zu lange, so wird der ge-  
sunde Instinkt des Weltreiches voraussichtlich ihrer Leitung der Ge-  
schäfte ein schnelles Ende bereiten und zwar unter Umständen, die  
eine baldige Wiederholung des Experiments ausschließen. Denn bei  
allem Wohlwollen für eine freie Betätigung neuer Ideen kennt man  
doch die Grenzen sehr genau, welche die Realität der Dinge dem Flug  
der Gedanken setzen muß.

II. London, 28. März. (Drahtbericht.) Nach einer Reitermes-  
sung ist gestern bei Honolulu ein Kampfflugzeug brennend ab-  
gestürzt. Drei Insassen wurden getötet und einer schwer verletzt.

### Lord Georges Kritik an Macdonald.

London, 28. März. (Drahtbericht.) In der außenpolitischen Debatte im Unterhaus nahm nach Macdonald Lloyd George das Wort, der die auswärtige Politik der Regierung einer scharfen Kritik unterzog. Er bezeichnete die Rede des Premierministers als enttäuschend und sagte, es sei ihm unmöglich zu verstehen, was die Politik Macdonalds in zwei oder drei der von ihm aufgeworfenen wichtigen Fragen sei. Welches sei die Politik der Regierung in Bezug auf die Sicherheit, auf die Reparationen und auf das Saargebiet? Es sei eine merkwürdige Erklärung eines Premierministers, daß jede Garantie Englands an Frankreich wertlos sein würde, wenn sie nicht von einer militärischen Konvention begleitet sei. Macdonald habe gesagt, es sei besser dem Völkerbund zu vertrauen. Aber der Völkerbund sei keine militärische Konvention beigefügt, und deshalb sollte die Garantie Großbritanniens wertlos und die Garantie des Völkerbundes ohne jeglichen Zusatz unbedingt gut sein. In seinem Schreiben an Poincaré habe der Premierminister etwa gesagt, daß es wirklich etwas bedeute, ein entmilitarisiertes Gebiet zu haben. Das Haus müsse wissen, was darunter zu verstehen sei. Ob es einfach bedeute die Entmilitarisierung des linken Rheinufers und eine Bestimmung, die Deutschland verhindern würde, auf dem rechten Rheinufer Festungen zu errichten oder Truppen zu versammeln. Welche Notwendigkeit habe denn für eine weitere Bestimmung bestanden? Wenn es jedoch das bedeute was Poincaré und ich meinen, dann schlage Macdonald Änderungen des Versailler Vertrages vor, die den Vertrag noch strenger machen, eine Änderung zum Nachteil Deutschlands, nachdem Macdonald den Vertrag seit Jahren wegen seiner übertriebenen Strenge gegenüber Deutschland verurteilt habe. Wenn Macdonald etwas meine, was einen äußerst heftigen Streit zwischen Deutschland und den Westmächten herbeiführen würde, so müsse er dem Hause eine Erklärung geben, bevor er das Land zu dieser Politik verpflichte. Der Premierminister habe stets über die moralische Geste geredet, die er Frankreich gegenüber mache. Was sei die Antwort Frankreich auf diese moralische Geste? Das Gelübde sei ein sehr verhängnisvolles Dokument! Die Grundzüge dieses Dokuments sei das Memorandum des Marschall Foch. Vor kurzem habe Poincaré im französischen Parlament erklärt, daß er mit Foch noch übereinstimme. Was bedeutet das? Es bedeute, daß im gegenwärtigen Augenblick der französische Premierminister und die französische Regierung weiterhin der Ansicht seien, daß die wirkliche Grenze Deutschlands der Rhein sein müßte. Der Vorschlag der Franzosen sei jetzt, daß ihre Truppen im Rheinland bleiben sollen, bis die Gesamtheit der Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt sei. Dies würde einen vollständig neuen Vertrag bedeuten, und so weit er wisse, sei keinerlei Protest der Regierung auf die abgegebene Erklärung erfolgt. Die einzige Antwort, die die Regierung gemacht habe, sei gewesen, wieder eine militärische Kontrolle in Deutschland zu errichten und eine neue Körperhaft vorzuschlagen, die nicht im Vertrag enthalten sei, nämlich den Garantieausfluß. Welches sei die Politik der Regierung in der Reparationsfrage? Bis zum gegenwärtigen Augenblick seien die öffentlichen Erklärungen des Premierministers Erklärungen der Feindschaft gegenüber der gesamten Politik der Reparationen gewesen. Sei dies weiterhin Macdonalds Ansicht? Während die Regierung auf den Bericht der Sachverständigen warte, so sei nicht die notwendigen Schritte, um die Interessen Großbritanniens zu schützen.

London, 28. März. (Drahtbericht.) Lloyd George nahm nach seiner ausführlichen Ansprache gegen Macdonalds Politik nochmals das Wort und versuchte, einen gewissen Rückzug anzudeuten. Das Haus wollte ihn aber nicht hören. Er mußte sich schließlich mit der Erklärung begnügen, daß er angesichts der Stimmung des Hauses darauf verzichten müsse, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die im Laufe des Abends gegen ihn gerichtet wurden. Unter stürmischen Beifall des ganzen Hauses wurde ihm zugerufen: „Sie können sich überhaupt nicht mehr verteidigen.“ worauf Lloyd George eilig und ziemlich fluchtartig das Haus verließ.

Pariser Entrüstung über Macdonalds Erklärungen  
Paris, 28. März. (Drahtbericht.) Die gestrige Unterhaus-erklärung Macdonalds hat in Paris lebhaft verstimmt. Das „Journal“ schreibt: „Es ist nicht möglich, wenn es noch jemanden in Frankreich gebe der zu hoffen wagt, daß die Arbeiterregierung einen Garantie-pakt oder nur ein franco-englisches Abkommen unterzeichnen würde, so müsse er jetzt nach der Rede Macdonalds diese Hoffnung fahren lassen. Frankreich brauche jetzt, wenn in den nächsten Tagen die Debatte über die Sachverständigenarbeiten eröffnet würde, sich gegenüber England zu seinen mit seinen Interessen unvereinbaren Entschlüssen zu bequemen.“ Wir warten eine günstigere Stunde ab, um mit London zu verhandeln.“

### Die Streiklage in London.

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der streikenden Straßenbahn- und Autobusangestellten und den Unternehmern sind heute früh fortgesetzt worden. Das Streben der Regierung geht vor allem dahin, eine Ausdehnung des Streiks auf die Londoner Untergrundbahn zu vermeiden, der heute um 12 Uhr nachts ausbrechen droht. In diesem Falle wird, wie bereits gemeldet, die Regierung den nationalen Notstand proklamieren, um die für die wichtigsten Bedürfnisse des Publikums und der Öffentlichkeit notwendigen Verkehrsmaßnahmen sicher zu stellen. Ministerpräsident Macdonald nahm gestern an einer ganzen Reihe von Verhandlungen über den Streikfall teil, und bevor gestern Abend die Sitzung des Unterhauses geschlossen wurde, begaben

### Kunst und Wissen.

#### Badisches Landes-Theater.

Erstaufführung: Ueber die Kraft (1. Teil) von Björnsterne Björnson.  
Für den Verein der Volkshilfe fand eine vorzügliche Aufführung von dem bedeutendsten dramatischen Werke des kraftvollen Björnson, des zeitgenössischen Rivalen und Landsmannes Ibsens statt. Sein Schauspiel „Ueber die Kraft“, und zwar zunächst der erste Teil, war zum ersten Mal auf der Karlsruher Bühne zu sehen.  
Diese seltsame Dichtung Björnsons ist aus dem Geiste der Nordländer zu verstehen. Die allgewaltige Natur lastet auf dem Gemüt dieser Menschen und drängt sie zu einer phantastischen Innenwelt. Ihre Sinne greifen über die enge, natürliche Begrenzung hinaus; so riecht die hysterisch-epileptische Pastorsfrau Klara Sang Jasmin, sobald ihr Waite in die Nähe des Hauses kommt. Am liebsten die unübersehbare Art ihres glaubensstarken Mannes klar zu machen, sagt sie selbst: „Die Natur selbst wächst hier ja über das Maß des Gewöhnlichen hinaus. Wir haben fast den ganzen Winter Nacht. Wir haben fast den ganzen Sommer Tag — und dann steht die Sonne über dem Horizont Tag und Nacht. Hast Du sie in den Stunden der Nacht gesehen? Hinter dem Meeresnebel. Hinter den Dunstschleiern der See erscheint sie dreimal, oft viermal so groß als sonst. Und diese Farbenwirkungen! ... Und die Farben des Nordlichts am Winterhimmel! ... Und dann die anderen Naturwunder! Vögel zu Millionen gehend; Schwärme von Fischen so lang wie die Strecke von Strahburg nach Paris. Du siehst die Felsen, wie sie sich aus dem Meer aufsteigen. Sie haben ihresgleichen nicht. Dementsprechend sind natürlich die Vorstellungen des Volkes. Sie kennen nicht Maß noch Ziel. In ihren Sagen, ihren Mäthen ist ein Geist, wie wenn man ein Land auf das andere wälzen und hinterher auf diesen Länderberg die Eismassen des Nordpols türmen wollte. ... Sprich mit den Leuten und Du wirst gleich verstehen, daß Pastor Adolf Sang ein Mann nach ihrem Herzen ist. Sein Glaube paßt zu dem Lande.“ Dieses Volk, ergriffen von der großen Glaubenskrise des Jahrhunderts, verlangt zur Befriedigung seines Christentums — das Wunder; und tragt seines Glaubens und seiner Gebete wirkt Pastor Sang Wunder. Sind es wirkliche Wunder? Oder lassen sie sich am Ende auf natürliche Weise erklären als überraschende Wirkung hypnotischer Heilkraft auf gemütkranke Menschen? Eben noch überwältigt vom archaischen Erlebnis eines vermeintlichen Wunders, sehen im nächsten Augenblicke die Zeugen taiflos, von stehenden Zweifeln gereinigt; denn die Kraft des priesterlichen Gebetes von ihrem Krankenbette

sich die Abgeordneten von ihren Plätzen haufenweise zu Macdonald, um von ihm den neuesten Stand der Verhandlungen zu erfahren. Macdonald tat bei dieser Gelegenheit sehr hoffnungsvoll und erklärte, beide Parteien seien an den Verhandlungstisch gebracht worden und ihre Verständigung würde am Freitag fortgesetzt werden. Er sei überzeugt, daß nunmehr beide Parteien ehrlich bemüht seien, eine baldige Lösung zu finden, die dem Publikum gestatten werde, dem Wochensende hoffnungsvoller entgegenzusehen. Die Regierung werde alles tun, um dem Publikum alle aus dem Streik resultierenden Schwierigkeiten zu erleichtern, solange dieser andauere. Der erste Schritt, den sie bei einer Ausdehnung des Streiks zu unternehmen gezwungen sei, sei die Proklamation des Londoner Notstandes. Keine der beiden Parteien könne einen solchen Schritt der Regierung als Provokation empfinden. Die wichtigsten öffentlichen Dienste müßten aber um jeden Preis aufrechterhalten bleiben und den in ihrer geschäftlichen Tätigkeit geschädigten Personen müsse jeder wirksame Schutz gewährt werden. Da den provisorischen Bestimmungen der Regierung aus dem Unterhaus keinerlei Widerstand erwachsen ist, wird auch die künftige Maßnahme der Regierung voraussichtlich die Zustimmung des Publikums erhalten, zumal die Pläne der Regierung sowohl von Baldwin wie von Lloyd George als nicht unangebracht bezeichnet worden sind.

### Dr. Zeigners Schlußwort.

#### Urteilsverkündung am Samstag.

S. Leipzig, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß gegen den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner wurde heute fortgeführt. Unter allgemeiner Spannung erhielt Dr. Zeigner das Schlußwort. Er führte zunächst aus, daß er außer seinem Parteigeld die gesetzlich vorgeschriebene Pension erhalte. Was den Fall Schmerler betreffe, so betonte Dr. Zeigner, daß er in seinem Tun nicht eine Amtshandlung, sondern nur eine Bestimmung erliefen habe. Weiter betonte Dr. Zeigner, daß er wirklich kein geldgieriges Subjekt sei. Was seine gegenwärtigen Einkünfte betreffe, so sei er am 23. November zum Landgerichtsdirektor ernannt worden und befinde sich auch heute noch in der Klasse 12. Stufe 1. Die Höhe der Bezüge sei ihm nicht gegenwärtig. Er sei nach seiner Verfassung seines Amtes entbunden worden und beziehe seitdem die Hälfte seines Gehaltes. Außerdem beziehe er die übliche für einen Minister, der aus der Beamtentstellung komme, vorgeschriebene Ministerpension. Sie betrage zur Zeit 4920 Mark. Die letzten Ausführungen machte der Ministerpräsident mit im Ton erstickter Stimme, so daß er sie nur mit Mühe beenden konnte. Der Angeklagte Wöblius verzichtete auf das Schlußwort. Der Vorsitzende teilte dann mit, daß das Urteil am Samstag mittag 12 Uhr verkündet werden soll. Die Sitzung wurde um 4 1/2 Uhr geschlossen.

### Auswirkungen des Sillerprozesses.

Berlin, 28. März. (Drahtbericht.) Der Preussische Staatsrat beschloß sich in seiner Freitagssitzung zunächst mit der förmlichen Anfrage der Sozialdemokraten über die Beteiligung preussischer Beamter. Mitglieder des Landtages und des Staatsrates, so des Freiherrn von Gahl, an dem geplanten Direktorium. Freiherr von Gahl (Arbeitsgemeinschaft) stellte fest, daß er in der Beurteilung des Gegenstandes mit seiner Fraktion ein sei. Er habe sich zu rechtfertigen, sei aber den Interpellanten dankbar dafür, daß sie ihm Gelegenheit gaben hätten, einer Beschlagnahme von Klatsch und Tratsch den Kopf zu zerbrechen. Er betonte ferner: Ich bin mit Generaldirektor Mönch, der ja dauernd als der kommende Kandidat für andere Posten genannt wurde, ein einziges Mal in Opposition zusammengekommen bei Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern. Zwischen Herrn von Oppen und mir bestehen nicht die geringsten Beziehungen. Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß wenn die aufgestellten Behauptungen zuträfen, sich die Genannten nicht vorher ein Programm gemacht hätten, und dazu hätten sie doch wohl zusammenkommen müssen. Ich habe menschlich die größte Sympathie für die Leute, die in Münden vor den Richtern stehen. Ich habe die Ehre gehabt während des Weltkrieges unmittelbar mit General Lubendorff zusammenzuarbeiten. In diesen Monaten des Zusammenarbeitens habe ich den Eindruck bekommen, dem größten Mann in meinem Leben begegnet zu sein. Diese Veranschaulichung habe ich beibehalten. Ich bemerke aber weiter, daß nach meiner Ansicht Politik getrieben werden muß mit klarem Kopfe. Eine Politik der Schwärzerei und der Buißerei kann ich nicht mitmachen. Das muß ich trotz meiner Verehrung zu einem der führenden Männer bekennen.

### Kahr, Rossow und Seiffert auf Reisen.

München, 28. März. (Drahtbericht.) Wie verlautet, werden Kahr, Rossow und Seiffert zusammen mit ihren Familien demnächst eine Erholungsreise nach Korsu gemeinsam antreten. Das Ermittlungsverfahren gegen sie ist noch nicht endgültig niedergeschlagen, doch besteht nach Auffassung der Staatsanwaltschaft keine Veranlassung, das Verbleiben der Genannten im Lande zu fordern.

### Die Unterzeichnung des bayerischen Konkordats.

München, 28. März. (Drahtbericht.) Der päpstliche Nuntius Pacelli ist wieder in Münden eingetroffen, wo die Unterzeichnung des Konkordats zwischen der bayerischen Regierung und dem Heiligen Stuhl erfolgen wird.

### Versner gegen Dr. Stresemann.

München, 28. März. Freiherr von Versner richtet in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ unter der Überschrift „Stresemann gegen Knilling“ gegen den Außenminister Dr. Stresemann in neuerliche Vorwürfe wegen seiner angeblichen Untätigkeit in der Kriegsschuldfrage.

erstehende und sich daherschleppende Frau kniet in den Armen ihres glaubensstarken Gatten zur Leiche zusammen. „Das war doch nicht der Zweck? — Oder?“ Und ein Herzschlag schlägt den Pastor, der Uebermensliches gewollt hat zu Boden. Es ging über seine Kraft. Björnson, der Prediger und Volkserzieher, hält den ins Grenzenlose strebenden Norwegern dieses religiöse oder ethische Uebermenschentum vor als Verirrung der Natur.

Breit ist der Aufbruch der beiden Akte. Die lange Szene am Krankenbette wirkt geradezu schneidend, aber doch eindringlich. Dann aber brechen die Aktiihülle mit ihren Wundern donnernd herein und erdrücken die Zuschauer unter ihrer Macht. Selten erreicht ein Dichter eine derartige Nervenerregung.

Die Aufführung unter Baumhachs Leitung war vorzüglich, einheitlicher und eindringlicher als selbst die des Münchener Schauspielhauses zu seiner Mitterzeit. Robert Bürkner spielte den Pastor Adolf Sang voll überzeugender Kraft. Martha Möller gab als kranke Frau Klara Sang eine interessante Mischung von idealisierender und realistischer Darstellung. Richtig wirkte die bis ins Feinste abgestimmte Szene des Pastorenkollegiums. Hugo Böker, v. d. Trend-Ulrich, Paul Müller und Felix Herz waren in ihrer Charakterisierungskunst ganz vorzüglich. Der nach Wahrheit strebende Zweifler und Gräbler Bratt fand in Stefan Dahlen eine eindringliche Verkörperung. Auch das nicht leichteste Spiel er beiben Kinder Elsas (Marim, Groh) und Rafael (E. Murhammer) fügte sich sehr gut in die Gesamtdarstellung. Die hundertjährige, verächtliche Pastorewitwe gestaltete Else Noorman in feinsten Gebärdenkunst zu einem feinen Meisterstück der Charakteristik und auch M. Frauendorf verdient als mitleidende Schwester der kranken Frau Sang erwähnt zu werden.

Direktor Blum verstand es, durch seine kurze Einführung in Björnsons dichterische Welt eine geistige Verührung zwischen Publikum und dem auf den ersten Blick fremdenden Werk herzustellen. Für die Volksbühne ist der Theaterbesuch eine ernste Bildungsangelegenheit.

Die sozialgedachte Einrichtung der Volksbühne ist leider in ihrer Erstzeit gefährdet. Die wirtschaftliche Notlage vieler Kreise von Arbeitern, Angestellten und Beamten veranlaßt einen starken Austritt aus dem Verein. Direktor Blum mußte deshalb vor der Aufführung eine Werberede halten, in dem er zum zahlreichen Eintritt in den Verein aufforderte. Die Bestimmungen sind insofern erleichtert, als auch Einzelmittglieder unmittelbar Einzelparten

### Der Zwischenfall in Allenstein.

Berlin, 28. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat der Regierungspräsident von Allenstein wegen des von einem Unbekannten auf das polnische Konsulat in Allenstein abgegebenen Schusses eine eingehende Untersuchung eingeleitet, die aber bisher noch kein Ergebnis gezeitigt haben. Jedenfalls konnte nicht festgestellt werden, daß diesem Anschlag irgend welche politische Momente zugrunde liegen. Der Regierungspräsident hat dem polnischen Konsul in Allenstein sein Bedauern über diesen Vorfall ausgesprochen und für einen verstärkten Polizeischutz des Konsulats Sorge getragen. Leider ist aber bisher noch nichts darüber bekannt geworden, daß die Vorstellung des deutschen Gesandten in Warschau wegen der Tumulte vor dem Generalkonsulat in Posen zu einer Entschuldigung der polnischen Behörden geführt haben.

### Der Nachfolger Tulars.

Prag, 28. März. (Drahtbericht.) Den Blättern zufolge wird als Nachfolger des verstorbenen österreichischen Gesandten in Berlin, Tular, in erster Linie der ehemalige österreichische Handelsminister Dr. Fiedler genannt.

### Fünf Kinder verbrannt.

Emden, 28. März. Die „Ostfriesischen Nachrichten“ melden aus Wittmund: In der Nacht zum 27. März brannte das Anwesen des Landwirts Cortes in Neurode völlig nieder. Fünf Kinder im Alter von einem halben bis zehn Jahren sind in den Flammen umgekommen. Die Eltern waren zu einer Feier nach Wittmund gefahren. Als das Feuer von Nachbarn entdeckt wurde, war bereits nichts mehr zu retten. Das Vieh und das gesamte Mobiliar sind mit verbrannt.

### Die Katastrophe von Amalfi.

Berlin, 28. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Beunruhigung in Deutschland darüber, daß bei dem Unglück in Amalfi auch deutsche Touristen verunglückt sein könnten, hat wie wir hören, zu einer sofortigen Untersuchung des deutschen Konsulats in Neapel geführt. Die dieses feststellen konnte, befinden sich Deutsche nicht unter den verunglückten Personen. Der deutsche Botschafter in Rom stattete schon gestern dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini einen Besuch ab, in dessen Verlauf er das Beileid der deutschen Regierung zu der Katastrophe in Amalfi ausdrückte.

Paris, 28. März. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Rom beträgt die Zahl der Personen, die bei dem Erdstöß in Amalfi ums Leben gekommen sind 66. Der Papst hat, als er die Nachricht von dem Unglück erfuhr, 25 000 Lire für die Hinterbliebenen gespendet.

Rom, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Der König von Italien ist auf seiner Reise nach Amalfi in große Lebensgefahr geraten. Wenige Minuten, bevor der königliche Sonderzug in Tessa auf der Straße Kom-Neapel anlangte, erfolgte ein Erdstöß auf die Gasse des Bahndammes. In letzter Minute gelang es, den Zug zum Halten zu bringen. Der König setzte seine Reise im Automobil fort.

### Der Flug um die Welt.

Der von England aus unternommene Flug um die Welt hat, wie bereits gemeldet, am Dienstag vormittag 10 Uhr 20 Minuten begonnen. Der Flug geht über Frankreich, Italien, Ägypten, Indien, Japan, Kanada und seine Länge beträgt im ganzen 25 000 Meilen. Falls alles gut abläuft, wird das Flugzeug Ende Juni in England zurück erwartet. Beim Start des Flugzeuges hielt der Luftschiffahrtsminister Thomson eine Ansprache. Der König telegraphierte: „Biel Glück!“ — Die drei Flieger hatten sehr großes Glück, denn der Flug hätte beinahe ein vorzeitiges Ende gefunden. Infolge dieses Abfalls kam ihr Apparat so nahe an die Klippen der französischen Küste, daß ihn der Flieger nur durch eine scharfe Kurve vor dem Zerbrechen retten konnte. Die Flieger gingen umwelt Le Harve wieder; ihr Flugzeug wurde in den Hafen geleitet.

Paris, 28. März. Wie aus Laon gemeldet wird, sind die englischen Flieger, die eine Reise um die Welt planen, gestern früh 11 Uhr aufgebrochen. Sie beabsichtigen, sich nach Rom zu begeben und werden zunächst dem Rhônethalweg bis zum Mittelmeer folgen und der Küste entlang fliegen. Eine neuere Meldung besagt, daß sie gestern nachmittag 5 Uhr 45 Minuten in Civita Vecchia eingetroffen sind und heute ihren Flug nach Rom fortsetzen werden.

### Tages-Anzeiger.

(Käufers siehe im Anzeigenblatt.)  
Samstag, den 29. März.  
Landestheater: Die Ausrufer von Orleans, 7-11 1/2 Uhr.  
Konzertsaal: Festabend anlässlich der Landestagung des Landesmusikvereins I, 8 Uhr.  
Katholischer Verein: Vortrag über die Zukunft d. weltl. Anstalten, 8 Uhr.  
Drei Bühnen: Münden: Pöhlenspiel, 8 Uhr.  
Salzburger: Münden: 8 1/2 Uhr.  
Freiwillige Feuerwehr: Abendunterhaltung in der Festhalle, 8 Uhr.  
Musikverein Münden: Festabend am Festsaal.  
Sängerverein: Vereinstag am Festsaal.  
Gründ- u. Hausbesitzerverein: Festl. Bekehrungsfeier, 8 Uhr.  
Volkshilfsverein: Mittheilungsversammlung „Unter den Linden“ 8 1/2 Uhr.

### Der Mann muß hinaus.

Wenn er morgens nüchtern zur Behebung seiner Verdauungsbeschwerden (Verstopfung, Gähnen, Festsitzen, Säfte, Säure, Blähungen) etwas Badener Salz nimmt, gewinnt er aus dem berühmten Salzbadener Wasser stets auf die Originalfirma „Bad. Salzwerke“ G. m. b. H.

erhalten können. Ein Rückblick auf die Tätigkeit des Vereins der Volksbühne mit seinen billigen, guten, mannigfaltigen Aufführungen erweckt den dringlichen Wunsch, daß der Bestand der volksbildnerischen Einrichtung erhalten bleiben möge.  
Dr. A. F. Raif.

Landestheater — Konzertsaal. Am Dienstag, den 1. April, findet im Konzertsaal ein einmaliges Gastspiel des „Kunstlich-dramatischen Theaters“ statt. Die musikalische Waise bringen „Die Kommetendame“ zur Aufführung.

### Gesangsschule Dr. Zimmermann.

Dr. Zimmermann hatte mit seinen Gesangsschülern in dem gestern stattgefundenen Lieber- und Opernabend einen vollen Erfolg. Die aufstrebenden Schüler und Schülerinnen sind durchweg stimmlich begabt und liegen mit ihren gelungenen Vorträgen erkennen, daß sie mit erster Kunstausbildung ihr Studium pflegen. Von A. Wagle abgesehen, haben alle noch eine gute Westrede zur vollen Durchbildung ihrer Stimme vor sich liegen, und sollten besonders auf eine größere Präzision des Rhythmus und eine sorgfältigere Aussprache Bedacht nehmen.

Rudolf Wagle sang mit seinem wunderschönen Bassbariton die Arie des Raphael aus der „Schöpfung“ von Handel. In Liedern von F. Cammer und einer Arie von Mozart erwiebte sich Lydia Succoff als eine stimmbegabte Sängerin, die eine vorgeschrittene Schulung und viel Musikalität besitzt. Neben diesen beiden haben wir Frau Kennig, der einen zu den besten Hoffnungen berechtigenden Tenor hat, mit Nachdruck hervor. Sehr schön, mit leichtbeweglicher Stimme sang Elisabeth Rupp die Arie der Rosine aus Rossinis „Barbier“. Viel herzliche Anerkennung fanden auch die geschmackvollen Lieber-vorträge durch Lotte Mülich und Rita Kühn, die beide recht glücklich ihre Aufgaben lösten. Ueber langweilige und entwicklungsunfähige Stimmen verfügen Ade Hoffahrt-Heynen, August Lehmann, E. Rupp, S. Lampy, A. Ehrst und R. Kühn, die in den beiden Vorkontakten mit bestem Erfolg mitwirkten. Es gab Beifall und Blumen in reicher Fülle. Dr. Zimmermann hat mit diesem Abend einen schönen und vollen Erfolg als Gesangspädagoge errungen. Anerkennung verdient die Begleitung von Dr. Max Seidel. k.

Bei Waldemar Bonfels. Die Veranstaltungen, mit denen die Bürgerstube Berggäßch bisher dem Karlsruher Publikum bekannt zu machen versuchte waren nicht gerade vom Glück begünstigt. Da ist es schon ein Erfolg, daß der auf Donnerstag angelegte Vorstellungabend Waldemar Bonfels wirklich zustande kam. Die Sektion allerdings, die uns in Aussicht gestellt war, ist es nicht geman-

# Landabgabe und Rentenbank-Umlage.

## Lebhafter Protest gegen die Aufhebung der Steuereinnahmehereien auf dem Lande.

In der Vormittagsitzung gab es am Freitag bekanntlich eine Geschäftsordnungsdebatte über die weitere Erledigung der vorliegenden Beratungsgegenstände. Dabei regte man an, die Vollziehung bereits mittags 12 Uhr zu schließen, damit zuerst die Fraktionen und dann der Haushaltsausschuß zu dem Dringlichkeitsantrag Schön über die Stundung der am 1. April fälligen Rentenbankzinsen zu Gunsten der badischen Landwirtschaft Stellung nehmen könnten. Infolge der Fortbildungsschuldebatte zog sich aber die Plenarsitzung bis nach 1/2 2 Uhr hin, was selbstverständlich auch eine Verzögerung der anderen Sitzungen zur Folge hatte. Präsident Dr. Baumgartner hatte den Beginn der Nachmittagsitzung auf 5 Uhr festgesetzt, aber erst zehn Minuten nach 1/2 5 Uhr schritten die elektrischen Gloden durch den ganzen Bau und riefen die Volksboten aus den Fraktionszimmern und aus dem Erfrischungssaal in den Plenarsaal, der sich dann langsam füllte. Unter den Eingängen befand sich ein Antrag Dr. Hanemann auf Aufhebung des Verbotes der Deutsch-sozialistischen Partei und des Verbandes nationalgefühnter Soldaten. Dann folgte die geschäftsordnungsrechtliche Behandlung des Antrages Herle über die Aufhebung der Bezirksämter, der ohne Ausschüßberatung sofort im Plenum erledigt werden soll. Dazu lag ein Antrag Schofer—Marum vor, den Antrag Herle dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Mit Mehrheit beschloß das Haus in diesem Sinne. Daß die gestrige Vormittagsitzung keinen besonders würdevollen Verlauf nahm, geht aus unserem Bericht hervor. Präsident Dr. Baumgartner richtete nur vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Mahnung an das Haus: „Heute Morgen hat das Haus ein Schauspiel gegeben, wie es der Gepflogenheit dieses Parlaments nicht entspricht. Der Badische Landtag hat bisher den Kampf in Formen geführt, die der Würde des Hauses angemessen gewesen sind. Ich glaube, daß diese Formen heute verlassen worden sind. Ich möchte dringend bitten, im Interesse des Ansehens und der Würde des Parlaments — ich unterbreite die Worte im Interesse des Ansehens und der Würde des Parlaments — die bisherige gute Tradition des Hauses beizubehalten.“ Ohne Wortmeldung stimmte das Plenum dem Gesetzentwurf über die Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 zu.

Hierauf begann die Beratung der Anträge Schofer über die Landabgabe und Schön über die Rentenbankumlage. Wir geben hier den Wortlaut dieser beiden Anträge wieder.

Der Antrag Schofer, der von der ganzen Zentrumsfraktion unterschrieben ist, lautet: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, umgehend bei der Reichsregierung in folgendem Sinne vorstellig zu werden: Nach erfolgter Verhängung der Ertragswerte steht fest, daß die badische Landwirtschaft in ungewöhnlich hoher Weise zur Landabgabe herangezogen worden ist. Es entspricht der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß diese zu Ungunsten der Beträge der Pächter wieder herausgeholt oder auf andere Steuern angerechnet werden. Es muß auch bei allen sonstigen Steuern und Lasten, die auf den Wehrbeitragswert aufbauen, insbesondere auch bei den Wehrbeiträgen aus dem Rentenbankgesetz, die Berechnung der Abgabe aus dem derzeitigen Ertragswert unverzüglich mit Rückwirkung durchgeführt werden. Diese Abgabe bei der Reichsregierung zu erreichen, muß Aufgabe der badischen Regierung sein.“

Der Dringlichkeitsantrag Schön trägt außerdem Unterzeichnung von folgenden Abgeordneten: Raiber, Dr. Baafche, Küger, Cad, Schmidt-Bretten, Dr. Schmitt-Karlsruhe und lautet: „Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen: Die badische Regierung möge sofort beim Reichsminister der Finanzen dahin vorstellig werden, daß die auf 1. April d. J. fälligen Jahresschulden aus dem Rentenbank-Grundschuld der badischen Landwirtschaft bis 1. Mai d. J. gestundet werden und inwieweit die Zinsseffekung nach der auf Grund des derzeitigen Wehrbeitrags sich ergebenden ermäßigten Rentenbankgrundschuld erfolgt.“ Der Haushaltsausschuß beschloß einstimmig, den Antrag zu stellen, der Landtag möge dem Antrag Dr. Schofer zustimmen und im Antrag Schön stat. bis 1. Mai d. J. gestundet werden und inwieweit zu sehen: „nur zur Hälfte erhoben werden, bis die Zinsseffekung usw.“ Das Plenum stimmte dem Gesetzentwurf ohne Wortmeldung zu.

Das Notgesetz vom 6. März l. J. über den gewerblichen und landwirtschaftlichen Unterricht — es handelt sich um die Erhebung von Schulgeld an diesen Schulen — fand nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, die beantragte, dem Notgesetz die Genehmigung zu verweigern. Demgegenüber beantragten die Abgeordneten Dr. Glodner, Hofheim, Freundenberg, Dr. Schmitt-Karlsruhe, Wiedemann und Wittenmann, dem Notgesetz zuzustimmen. Diesem Antrag schloß sich der deutschnationale Abgeordnete Dr. Mayer-Karlsruhe an. Dr. Glodner begründete den Antrag. Mayer erklärte, ein Teil der Zentrumsfraktion werde für den Aufhebungsantrag und ein anderer für den Antrag Glodner stimmen. Er sprach von der sozialdemokratischen Fraktion beschränkte die Schulgeldfreiheit an diesen Schulen und verlangte die Ablehnung des Notgesetzes, ebenso der zweite Zentrumsredner Dr. Herfurth. Frau Marie Rigel von der gleichen Fraktion betonte, der Ausbau der Gemeindeforschule sei eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart. Daher stimme sie dem Notgesetz zu. Unterrichtsminister Dr. Hellwach erinnerte daran, daß seit geraumer Zeit das gewerbliche und landwirtschaftliche Schulwesen als ein Bestandteil des Volksschulwesens und nicht

des allgemeinen Schulwesens gilt. Man dürfe sich die Dinge heute nicht so vorstellen, daß alles, was dem Aufstiege dient, vom Staate subventioniert werden könne. Das Notgesetz sei kein verschleierte Anfang der Beseitigung der Schulgeldfreiheit. Der Minister ersuchte um Annahme des Antrages, der dem Notgesetz die Zustimmung erteilen will. Rückert von der sozialdemokratischen Fraktion meinte, die Städte könnten diese Lasten auch noch tragen, denn es müße die Möglichkeit bestehen, daß die Eltern ihre Kinder ein Handwerk lernen lassen könnten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Dr. Glodner auf Genehmigung des Notgesetzes mit Mehrheit angenommen.

Das Notgesetz vom 13. März l. J. über die Aenderung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich rechtlicher Geldforderungen vom 14. April 1889 wurde einstimmig gutgeheißen, ebenso das Notgesetz vom 9. Januar l. J. über die Berechnung der bei der Erwerbung des Bürgerrechts zu entrichtenden Beiträge. Die Prüfung der dem Rechnungshofe noch nicht vorliegenden Rechnungen für 1922 und für 1. April bis 14. November 1923 wurde genehmigt. Von der vergleichenden Darstellung für die Rechnungsjahre 1920/21 und 1922/23 wird Abstand genommen.

In vorgerückter Stunde wurden noch förmliche Anfragen beantwortet. So erwiderte auf die von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichnete förmliche Anfrage über die Aufhebung sämtlicher Steuereinnahmehereien auf dem Lande und auf die besondere Interpellation der Zentrumsfraktion Staatspräsident, Finanzminister Dr. h. c. Köhler aus einem Runderlaß des Landesfinanzamtes gehe hervor, daß sich das Reichsfinanzministerium endgiltig über den Abbau der Steuereinnahmehereien entschieden habe. Zunächst soll diese Angelegenheit nur dort geprüft werden, wo Steuereinnahmehereien durch Tod, Dienstverhinderung frei werden. Der Finanzminister bewahrte die Stellungnahme des Reichsfinanzministers, die die gebotene Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des badischen Landes vernissen lasse. Dr. Schofer erklärte: „Was wir hier gehört haben, ist geradezu herausfordernd. So lassen wir uns von Berlin nicht behandeln! Wenn die Verhältnisse in Berlin so liegen wie bei uns in Baden, so würde anders gehandelt werden. Wir bitten die Regierung, in der allerhöflichsten Sprache den Herren in Berlin zu sagen, daß wir uns das nicht bieten lassen.“ Eine ähnlich scharfe Sprache führte der Landtagspräsident Hagen. Protest erhob auch der deutschnationale Abgeordnete D. Mayer-Karlsruhe. Görlicher wandte sich gegen die Aufhebung des Finanzamtes in Bittlingen. Ihm entsagte der Finanzminister, der badischen Regierung sei nichts davon bekannt, daß das Bittlinger Finanzamt aufgehoben werde. Weiter stellte der Minister fest, daß die badische Regierung beim Reichsfinanzministerium die Interessen Badens sehr energisch vertreten habe. Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag Weiskopf: „Die badische Regierung wolle mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung dafür eintreten, daß die Steuereinnahmehereien in Baden erhalten bleiben.“

Der Antrag des Untersuchungsrichters II beim Landgericht Karlsruhe auf Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Lothar Mayer beschloß die Geschäftsordnungs-Kommission. Das Verfahren wurde wegen fortgesetzter Begünstigung eingeleitet. Im Späthier 1920 soll Mayer aus dem von der Landtagskommission erstatteten Bericht über das Hagenschießunternehmen dem Herrn Honeff Einzelheiten mitgeteilt haben. Der Landtagspräsident antwortete der Staatsanwaltschaft, Mayer sei berechtigt gewesen, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen; daß er Honeff davon Mitteilung gemacht habe, sei nicht angängig gewesen. Der Ausschuß war der Ansicht, daß ein Antrag auf Aufhebung des Strafverfahrens während der Tagung des Landtags nicht gestellt werden soll. Justizminister Traut erwiderte nach Bemerkungen D. Mayers, der zuständige Staatsanwalt habe sich auf Grund von gutachtlichen Erklärungen des Sachverständigen in Erfüllung seiner Pflicht geäußert gesehen, die öffentliche Anklage beim zuständigen Untersuchungsrichter zu beantragen. Es sei keine Rede davon, daß gegen Mayer aus politischen Gründen eine Unterbrechung eingeleitet worden sei, wie dieser in der vergangenen Woche behauptet habe. Der Abgeordnete Dr. h. c. Engler erklärte, kein Sozialdemokrat habe verluht, in das Strafverfahren wegen des Hagenschießunternehmens einzugreifen. Hier wurde die Sitzung gegen 1/2 12 Uhr geschlossen.

## Arbeiten am Neckarkanal.

Die Arbeiten am Neckarkanal haben, soweit sie vom Frost abhängig waren, nach Eintritt der wärmeren Witterung mit erhöhter Betriebsamkeit wieder eingesetzt. Beim Wehr unterhalb Heidelberg ist in diesen Tagen das erste Kraftwerk der Neckar-A-G. unter Dach gekommen. Im übrigen nehmen die Arbeiten ihren planmäßigen Fortgang mit dem Ziel, zu Beginn des nächsten Jahres in den beiden Hauptstufenwerken bei Koblentz und Schwabhausen, die zur Zeit in den Anfängen ihres Aufbaues stehen, die Kraftgewinnung aufnehmen zu können. In unmittelbarer Verbindung mit diesen Arbeiten stehen die beiden bedeutenden Wehrbauten bei Neckarsulm und Wieslingen bei Heidelberg. Das Wehr Neckarsulm zeigt mit zwei doppelreihigen Pfeileröffnungen schon den baufertigen Charakter der späteren Erscheinung. Bei Wieslingen sind die Betonarbeiten des rund 240 Meter langen Wehres beinahe zu Ende geführt

und die sieben massigen Pfeiler (bei einem oberen Querschnitt von etwa 18 Meter und einer Höhe von etwa 15 Meter vom Wasserpiegel bis Wehrpfeiler) zum größten Teil schon durch den feingliedrigen eisernen Bedienungsteg verbunden. Die durch die beiden Wehr geschaffenen Staustufen erfordern zur Aufrechterhaltung der Schiffahrt die Anlage von Schleusen die an den beiden Staustufen in Angriff genommen sind. Die bei Koblentz fertiggestellte Wehrtreppe zur oberen Einfahrt läßt auf die bedeutenden Ausmaße der etwa 140 Meter langen eigentlichen Schleusenanlage schließen, deren Einbaugeschäft sich zur Zeit in einem Wald von Gerüsten beim Bahnhofs Koblentz in der Landschaft abhebt. Die bei beiden Staustufen vorhandenen Seitenanlässe von 4 bzw. 4 1/2 Kilometer Länge (bei 25 Meter Sohlen- und 44 Meter Wasserpiegellänge) sind im Ausbaubetriebe fertiggestellt und die noch erforderlichen Befestigungsarbeiten gehen ihrer Vollendung entgegen.

## Die Kreise und die Fürsorgeverordnung.

Zu dem Entwurf einer badischen Ausführungsverordnung zum Reichsfürsorgeverordnung haben nimmere auch die badischen Kreise in ablehndem Sinne Stellung genommen und sich damit dem Badischen Städtebund, dem Städteverband und dem Vorort der badischen Kreise angeschlossen. Die Kreise sind bereit, in einer sachgemäßen Organisation Aufgaben dieser Art zu übernehmen, um dadurch die in dem Verordnungsentwurf für Baden in Aussicht genommenen zahlreichen Bezirksfürsorgeverbände entbehrlich zu machen, die als eine kostspielige, schwerfällige und ungeeignete Einrichtung bezeichnet werden. Die Entschließung drückt auch das Bestreben darüber aus, daß in dem Entwurf an eine Beteiligung der Kreise nicht gedacht sei, welche somit von einem Arbeitsgebiet ausgeschlossen würden, auf dem sie sich seit Jahren erfolgreich betätigt hätten.

## Kreisversammlung des Kreises Freiburg.

Die im Kornhausaal unter dem Vorhabe des Präsidenten des Kreisrates Dr. Kopf in Freiburg abgehaltene Konferenz der Kreisvertreter des Kreises Freiburg genehmigte die vom Kreisrat vorgelegten Anträge. Genehmigung fand ferner der Voranschlag für das Jahr 1924/25, der Antrag auf Erstellung eines Hauses zur Unterbringung einer Kreisverwaltung und die Bereitstellung von 20.000 Mark für die Wanderfürsorge. Lebhaft besprochen wurde die Frage der Aufhebung der Kreisorgane und der Personalabbau. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die geplante Aufhebung der Kreisorganisation Verwahrung eingelegt wird und die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Badische Landtag einer dergleichen Beschlüsse keine Zustimmung verleihe wird. Der Kreisrat schließt sich der Resolution des Kreisrates in Karlsruhe an, die dieser auf seiner letzten Tagung einstimmig angenommen hatte, hinsichtlich der Auffassung über die Tätigkeitsgebiete der Kreise.

## Ernennungen / Verlegungen / Zurücksetzungen u. d. der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.  
In den einmündigen Rubrik sind die nachfolgenden (namen) an Volksschulen Johann Schneider in Oberweierbach, Peter Schönig in Griesbach, Peter Schönig in Karlsruhe, Friedrich Schollmeier in Bockhorn, Martin Schöy in Emma Schumann in Bad, Wilhelm Schumacher in Bad, Johann Schwarz in Odenbach, Sofie Schwarz in Bockhorn, Karl Schwabert in Karlsruhe, A. Emmenbinder, Maria Schwaibler in Karlsruhe, Viktor Sehnacht in Giesbach, A. Weisbach, Hermann Seher in Mannheim, Karl Seher in Bittlingen, Karl Seher in Mannheim, Karl Singer in Hohenbühl, Katharina Spiek in Mannheim, Wilhelm Stadelmann in Zimmern, Emil Stäuble in Griesbach, Hugo Stettmann in Seebach, Moos Steffen in Mannheim, Oswald Stehlin in Bittlingen, Hans Stein in Bittlingen, Maria Steinwars in Karlsruhe, Heinrich Steiner in Hohenbühl, Karl Steiner in Freiburg, Georg Stoll in Bittlingen, Wilhelm Stoll in Mannheim, Emil Storz in Odenbach, Otto Strauß in Bittlingen, Johann Streit in Odenbach, Emil Strittmayer in Bittlingen, Otto Sturm in Odenbach, August Teufel in Bittlingen, Florian Zeck in Odenbach, Alexander Zhen in Seebach, David Uhl in Bittlingen, Theophil Ulrich in Griesbach, Adolf Uhl und Ferdinand Verbas in Mannheim, August Vierling in Odenbach, August Vogele in Konstanz, Heinrich Voller in Bittlingen, Karl Vogelbacher in Oberweier, A. Willi, Heinrich Wagner in Heidelberg, Wilhelm Wagner in Odenbach, Emil Wald in Mannheim, Julius Walter in Bittlingen, Adolph Walter in Bittlingen, Ludwig Walter in Bittlingen, Hermann Weber in Bittlingen, Friedrich Weber in Mannheim, Josef Wehrle in Odenbach, Martin Weigand in Odenbach, Jakob Weis in Bittlingen, Wilhelm Weisener in Giesbach, Fritz Weiser in Odenbach, Friedrich Weis in Bittlingen, Eugen Wendling in Karlsruhe-Bittlingen, Waldhild in Bittlingen, Theodor Weisbach in Bittlingen, Hermann Weisbach in Bittlingen, Josef Weisbach in Bittlingen, Moos Winler in Bittlingen, A. Enoel, Philipp Winnes in Bittlingen, Maria Winter in Freiburg, Ludwig Winter in Odenbach, Karl Winter in Odenbach, Josef Wolfart in Odenbach, Josef Wolf in Giesbach, A. Adam, Moos Wolfert in Bittlingen, August Wöhringer in Bittlingen, Friedrich Wöhringer in Bittlingen, Wilhelm Wöhringer in Bittlingen, Josef Wöhringer in Bittlingen, Eduard Zimmermann in Bittlingen, Emil Zimmermann in Bittlingen, Friedrich Zimmermann in Bittlingen, Richard Zippert in Bittlingen, Roman Zippert in Bittlingen, Johann Zippert in Bittlingen.



Bei Rheumatismus, Krämpfe, Schias, Neuralgie, Folgeerscheinungen von Gicht und Influenza: einfach mit Salit einreiben: **Ueberraschende Wirkung!** In allen Apotheken: Flaschen zu 1.20 Mk. und 2 Mk.

Andere Darbietungen traten in Wettbewerb, vor allem die Schaufführung von Böhmens „Ueber die Kraft“. Neben der Gedarmtheit des nordischen Keden hatte die jüdische Wiene Waja mit ihrem weichen Wachs und süßen Honig einen schweren Stand. So war das weite Konzerthaus zwar nicht schlecht besucht, aber es wies doch nicht die Fülle auf, an die Bonfels vielleicht anderwärts gewöhnt ist. Seine Werke aufzuführen hieß Eulen nach Athen tragen; sie gehören nicht zu den stets gern genommenen Vorräten unserer Bibliotheken. Sie finden sich, heutzutage, wo es fast ein Dogma geworden ist, daß keine Bücher kaufen kann, ein glänzendes Zeugnis, in vielen Häusern. Bonfels hat ohne Zweifel seinen Leserkreis, auch in Karlsruhe, er hat wohl auch seine Gemeinde, in der wie in den meisten „Gemeinden“ das weibliche Geschlecht überwiegt. Verfügt doch Bonfels über eine hohe Kunst der Darstellung. Liebedoll tauscht er der Natur ihre schwärzlichen Züge ab und versteht die eigenen leisenollen Empfindungen dem Leser in farbenreicher, bunter Ausdrucksweise zu vermitteln. Es ist eine Kunst für sich, den feinsten Regungen des Gemüts spürbar nachzugehen, eine noch höhere, das eigene Drängen, Begehren und Empfinden Gestalt werden zu lassen. Wer das vermag wie Bonfels, dem naturgemäß dort den größten Anhang, wo man selbst dem Einfluß von Stimmungen und Gefühlen am unmittelbarsten nachgibt, bei den Tugend und den Frauen. Bonfels träumt sich tief in das Leben der Tugend und Pflanze hinein formt ihnen eine Seele nach seinem Sinne. In dem Verlangen, sich mit aller Natur eins in Gott zu fühlen, nicht zu leben, und strebt der Willen des Schöpfers auch im unbelohnten Sein zu erkennen. Die Verehrung, daß morgen der Himmel in seine Seele einziehen soll, ist keine Lebensauffassung für große Massen. Neuerlich angelesen ist Bonfels ein Mann in den besten Jahren eine seine Persönlichkeit, wie sie die Großstadt zeitigt. Als eine leichte Indisposition vor? Bonfels las die Märchen „Das ferne Kind“ und „Die Winde“ aus der Sammlung „Himmelsvoll“ eine Probe aus der „Judenfahrt“ und drei kurze Gedichte. Die Darbietungen seiner Darbietung durch herzlichen Beifall.

## Die Parlamente der Welt.

Die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag lassen die Frage werden, auf welche Weise die anderen Kulturvölker der Welt parlamentarisch regieren werden. Ihre Volksvertretungen wählen sämtlich bildet das republikanische deutsche Reichswahlrecht eine anders ausgeprägte Form des Parlamentarismus, die vor allem in ihren Ausdrücken findet, daß in ihm nur ein Einkammersystem gesehen ist. Der deutsche Reichstag teilt kein Oberhaus neben sich,

da die Funktionen des Reichsrates nur kontrollierender, nicht aber bestimmender Natur sind. Das Prinzip der einen einzigen Kammer findet sich sonst nur noch in Finnland, Bulgarien, Serbien, Griechenland und Persien.

Das alte Musterbild des Parlamentarismus bietet Großbritannien mit seinen zwei Kammern. Das Oberhaus setzt sich zurzeit zusammen aus drei königlichen Prinzen, drei englischen Erbschloßern, 542 über 21 Jahre alten Peers, deren Parlamentarismus erblich ist, 16 gewählten irischen Peers und 18 gewählten irischen Peers, zusammen also aus 670 Mitgliedern. Das Unterhaus besteht aus 670 Abgeordneten, die in direkter Wahl auf 5 Jahre gewählt werden. Zur Wahlberechtigung sowie zur Wählbarkeit sind ein Alter von 21 Jahren und der Besitz eines Hauses, Landbesitzes oder die Zahlung von 10 Pfund Sterling (200 Goldmark) Jahresrente die Voraussetzungen.

Auch die französische Nationalversammlung besteht aus zwei Kammern. Der Senat setzt sich aus 314 Mitgliedern in einem Mindestalter von 40 Jahren zusammen, die militärisch ausgebildet sein müssen und auf 9 Jahre gewählt werden. 602 Abgeordnete, gleichfalls gebildet Soldaten, bilden die Deputiertenkammer. Sie werden auf direkte allgemeine Wahl auf 4 Jahre gewählt.

Die beiden Kammern der Vereinigten Staaten von Amerika stehen in ihrem Charakter gewissermaßen zwischen dem englischen und dem französischen Prinzip. Die besonderen gesetzgebenden Versammlungen der Vereinigten Staaten entsenden je zwei Vertreter auf Grund einer Wahl auf sechs Jahre in den Senat, der demnach aus 96 Mitgliedern besteht und alle 2 Jahre zu einem Drittel neu ergänzt wird. Die Senatoren müssen 30 Jahre alt und seit neun Jahren amerikanische Bürger sein. Das Abgeordnetenhaus wird aus 435 Abgeordneten gebildet, die 25 Jahre alt und seit 7 Jahren amerikanische Bürger sein müssen. Die Abgeordneten werden durch allgemeine und direkte Wahl in jedem Staate auf zwei Jahre gewählt.

Die Südamerikanischen Staaten folgen meist dem Vorbild des Großbritanniens im Norden. Argentinien hat einen Senat von 30 und eine Abgeordnetenkammer von 120 Mitgliedern. In Chile zählt der Senat nur 36 Sitze und die Abgeordnetenkammer 113 Sitze.

Als Italien sich nach seiner politischen Einigung eine Verfassung gab, die es vom ehemaligen Königreich Sardinien übernahm, folgte es mit ihr im wesentlichen dem englischen Beispiel. Dem englischen Vorbild entspricht zum Beispiel der Sitz der königlichen Prinzen im Senat. Aus 21 Kategorien „Notabeln“ nämlich den Inhabern bestimmter Ämter, ferner Leuten, die sich dem Staat besonders verdient gemacht haben, und schließlich den größten Steuerzahlern, die jährlich 3000 Lire Steuern beitragen, wählt der König insgesamt

390 mindestens 40 Jahre alte Senatoren auf Lebenszeit aus. Die Abgeordnetenversammlung setzt sich aus 508 Abgeordneten zusammen, die durch Direktwahl nach den Grundgesetzen der Verfassung in die Wahlkollegien der einzelnen Wahlprovinzen direkt auf 5 Jahre gewählt werden.

Die asiatische Großmacht Japan hat ihr Wahlrecht ähnlich wie das englische gefügt. Die anderen größeren Staaten haben bezüglich ihrer Parlamente mehr oder weniger ihre eigenen Besonderheiten. Aber mit Ausnahme der anfänglich genannten sind sie alle auf das Zweikammersystem eingerichtet.

## Russiges.

Früh träumt sich. Die Lehrerin nimmt in der Religionsstunde die Geschichte von Moses durch und fragt eine der Schülerinnen: „Wer war Moses?“ Sie erhält die sichere Antwort: „Der Sohn von Pharaos Tochter.“ „Aber nein“, verbessert die Lehrerin: „Pharaos Tochter hat doch Moses nur in dem Schilf gefunden.“ „Gewiß“, antwortet die Fröhliche lächelnd: „So behauptet sie!“

## Ein leidster Beruf.

Ein altes Mütterchen in einem englischen Dorf, das einer elenden Hütte wohnte, ließ sich eines Tages ein flüchtiges, kleines Häuschen aufbauen, und den Nachbarn, die sich nach ihrer plötzlichen Wohlhabenheit erkundigten, erzählte sie, das Geld stamme von ihrem Sohn in London, der jetzt einen sehr guten, einträglichen und leichteren Beruf habe. „Was macht er denn, Euer Sohn?“ fragten die Nachbarn. „O“, sagte das Mütterchen strahlend: „Er macht viel Geld. Und zwar tut er nicht mehr, als daß er jeden Tag zweimal in den Zirkus geht und seinen Kopf in den Rauchen eines Löwen legt. Die ganze übrige Zeit hat er frei und braucht garnichts zu tun.“

## Der Eid.

Gläubiger und Schuldner vor dem Richterlich. Der Eid soll entscheiden. „In welcher Stipulation wollen Sie schwören?“ fragte der Richter den Schuldner. Der Mann sagt: „Ich möchte schwören, mir ist es so, als hätte ich bezahlt.“ Richter: „Das geht nicht, Sie können nur schwören, ich habe gezahlt oder ich habe nicht gezahlt.“ Schuldner: „Ja, die Formel will ich gern beschwören.“

Der Rechtsanwalt fragt seinen Klienten: „Wissen Sie auch, was die Folgen eines Meineides sind?“ — „Gewiß, ich werde meinen Prozeß gewinnen.“

# Nachrichten aus dem Lande.

— Von der Stadt, 28. März. Zu Kundgebungen genossenschaftlichen Lebens gestalteten sich die beiden Versammlungen der ländl. Kreditvereine in Eggenstein unter dem Vorsitz des Oberjustizsekretärs Herrmann und in Friedrichstal unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Borell. Beide Versammlungen waren gut besucht, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Mitglieder und Sparsparer einmal darüber Auskunft haben wollten, wie es mit der Aufwertung steht. Der Verband bad. ländl. Genossenschaften in Karlsruhe hatte hierzu seinen stellvertretenden Verbandsdirektor Hofmann und Bezirksleiter Heeb entsandt. Das Hauptreferat wurde von Bezirksleiter Heeb gehalten und schaffte eingehend Aufklärung über Inflation, Festigkeit der Rentenmarkt, Aufwertungsgefahr, Forderung der Darlehen und dergleichen. Was er allerdings über die Aufwertung der Sparsparlagen ausführte, ließ keine allzu große Hoffnung aufkommen, daß die Sparsparer, die ihr Geld im Vertrauen angelegt hatten, besonders viel zurückbekommen. Daß auch den Mitgliedern nicht im vollen Umfang die Aufwertung zuteil wird, löste allgemeines Bedauern aus. Schlimm ist es auch für die alten Leute, die in jüngeren Jahren gespart haben und nun müssen sie im Alter, statt von den Spargroschen zu leben, darben. Nachdem der stellvertretende Verbandsdirektor Hofmann noch Ausführungen gemacht hatte über die Notwendigkeit der Kreditkassen und das Genossenschaftswesen überhaupt und zum letzten Zusammenhalten ermahnte, legte eine sehr lebhaft diskutierte ein. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß es nicht möglich ist, eine freiwillige Aufwertung der Spargelder vorzunehmen. Die Spargelder wurden doch seinerzeit den Interessenten ausgeliehen und haben andere durch Benützung dieser Gelder mitunter sich reichliche Substanzen geschaffen. Da sei es doch ganz falsch, daß der eine darben muß, während der andere seinen Geschäftsbetrieb nicht nur erhalten, sondern letzten Endes noch erweitern kann. Schlimm ist es auch für die alten Leute, die in jüngeren Jahren gespart haben und nun müssen sie im Alter, statt von den Spargroschen zu leben, darben. Nachdem der stellvertretende Verbandsdirektor Hofmann noch Ausführungen gemacht hatte über die Notwendigkeit der Kreditkassen und das Genossenschaftswesen überhaupt und zum letzten Zusammenhalten ermahnte, legte eine sehr lebhaft diskutierte ein. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß es nicht möglich ist, eine freiwillige Aufwertung der Spargelder vorzunehmen. Die Spargelder wurden doch seinerzeit den Interessenten ausgeliehen und haben andere durch Benützung dieser Gelder mitunter sich reichliche Substanzen geschaffen. Da sei es doch ganz falsch, daß der eine darben muß, während der andere seinen Geschäftsbetrieb nicht nur erhalten, sondern letzten Endes noch erweitern kann. Schlimm ist es auch für die alten Leute, die in jüngeren Jahren gespart haben und nun müssen sie im Alter, statt von den Spargroschen zu leben, darben.

— **Ellmendingen (A. Forstheim), 25. März.** Der ländl. Kreditverein hatte wieder seine ordentliche Generalversammlung. Der Vorsitzende, Vorstand Dr. Hollinger, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und insbesondere den Vertreter des Verbandes bad. ländl. Genossenschaften in Karlsruhe, Bezirksleiter Heeb und den Bankvorstand Scheu von der Landwirtschaftskammer-Pflichte in Forstheim. Nachdem der geschäftliche Teil, wie Rechenschaftsbericht erstattet durch Herrn Bankvorstand Scheu, Entlastung und Wahl des Vorstandes seine Erledigung gefunden hatte, ergriß der Bezirksleiter Heeb das Wort zu einem Vortrag, aus dem eingehend der Verbleib der Geld- und Kreditwirtschaft ersichtlich war. Einen ganz besonderen Abschnitt widmete er dem Neuaufbau der Kreditgenossenschaften überhaupt, die für die Zukunft unzweifelhaft auf dem flachen Land einen guten Nährboden für die Kreditdinge finden werden. Trotz der Enttäuschung, die insbesondere das Aufwertungsgebot gebracht hat, beschloßen die Mitglieder einstimmig den Geschäftsanteil auf 100 Goldmark mit entsprechender Einzahlung festzusetzen und den Geschäftsbetrieb bei der Kreditkasse sofort aufzunehmen. Der Vorsitzende konnte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es durch das feste Zusammenhalten der Mitglieder gelingen möge, die Kreditkasse auf die Höhe der ursprünglichen Dorfbank zurückzuführen.

— **Kronau (Amt Bruchsal), 28. März.** Feuerwehrt. Jubiläum. Die Feuert. Feuerwehr wird am 29. Juni ihr 25-jähriges Stiftungsfest feiern.

— **Mannheim, 28. März.** Gesehungshaus der Firma Rang. Die Firma Heinrich Rang hat durch ihre Betriebskrankenkasse das in der Nähe des Felsenmeeres bei Bensheim gelegene Hotel Felsberg angekauft, um es in ein Gesehungshaus für ihre Mitglieder umzuwandeln.

— **Mannheim, 27. März.** Der 21 Jahre alte Kellner Emil M. s. i. n. g. ist ein rüchlicher Taschendieb. Auf Post- und Bankanstalten macht er sich an Personen heran und stahl im günstigen Augenblick aus Brief- und Kofferstücken namhafte Geldbeträge. Ferner entwendete er bei einem Einbruch in einer Farben- und Lackfabrik einen Geldbetrag von 450 000 M. M. s. i. n. g. ist wegen Taschendiebstahls schon mehrfach verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte im Hinblick auf sein langjähriges gemeinschaftliches Treiben eine Zuchthausstrafe von 2-3 Jahren. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und Abertennung der Bürgerrechte auf ebenfalls 3 Jahre.

— **Sasbach a. Kaiserstuhl, 27. März.** Seit einigen Tagen findet über die Brücke Sasbach-Maxolsheim ein recht reger Verkehr statt. Bereits täglich kommen mehrere schwer beladene Wagen mit Heu, Winter- und Sommerstroh aus dem Elsaß zu uns herüber, wo die Erzeugnisse ungenügende freudige Abnehmer finden. Man kann sich erst ein richtiges Bild von der herrschenden Not machen, wenn man sieht, wie die Leute vom entfernten Kaiserstuhl, ja sogar aus dem Simonswälder-Tal hierher eilen, um ihre Futters- und Strohvorräte zu ergänzen. Am vergangenen Sonntag konnten nicht weniger als 84 Neubestellungen entgegengenommen werden. Der Verkehr begann das Umland wieder sich auf der Straße von der Brücke zur Wirtschaft zur Limburg unter Aufsicht von Zoll- und Gendarmereibeamten ab.

— **Marzell (Amt Müllheim), 26. März.** Beschädigung am Friedhofshaus und Linsenheim. Der Schnee, der in diesem Jahre in außerordentlich großen Mengen zur Erde fiel, hat an den Heißhütten Friedhofshaus und Linsenheim bedeutenden Schaden angerichtet. Nach nur wenigen Tagen reichte der Schnee bis zum 2. Stockwerk. Jetzt ist man mit Autos und Wagen beschäftigt, Herr der Schneemassen zu werden. Insbesondere haben die Schneemassen an den Glasdächern großen Schaden angerichtet und nicht nur das Glas durchgebrochen, sondern auch eiserne und hölzerne Streben zerstört. Schwere Schäden zeigen sich auch an der Heizung usw., so daß zu Aufbesserungsarbeiten große Aufwendungen erforderlich sind.

# Aus den Nachbarländern.

— **Medenheim (Pfalz), 28. März.** In der Gemeinde Medenheim herrscht große Aufregung über einen Mord, der erst jetzt entdeckt wurde. Vor zwei Jahren ist der Ackerer Grund von hier verschwunden. Damals war angenommen worden, daß er seine Frau mit sich führen lassen und durchgebrannt sei. Nun hat sich herausgestellt, daß ein Freund des Sohnes der Familie Grund Bankrottins Göbels, der mit dem Sohne aus der Fremdenlegion zurückgekehrt ist, den Landwirt Grund umgebracht hat, um dessen Frau für sich zu gewinnen. Die Leichengrube, die scheinbar vermodert waren, sind in einem Schuttabladeplatz ausgegraben worden. Aus dem Befund geht hervor, daß die Leiche verfault worden ist. Kopf und Glieder waren in einem Sack und der Körper in einem zweiten Sack verpackt. Sowohl Göbels wie auch die Frau des Ermordeten sind verhaftet worden, während der Sohn sich bereits vor Jahresfrist erhängt hat.

— **Schweres Unglück.** Stuttgart, 28. März. Gestern Abend gegen 9 Uhr ereignete sich an der Kreuzung der Waiblinger- und Untertürkheimerstraße bei Cannstatt ein schweres Unglück. Vor einem von Badnang kommenden Auto schenkte die Pferde eines Militärführerwerks und sprangen in das Auto hinein. Von den Insassen des Autos wurde Fabrikant Adolff von Badnang so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus Cannstatt gestorben ist. Die beiden anderen Militärführerwerks kamen mit weniger schweren Verletzungen davon. Die beiden Pferde des Militärführerwerks mußten getötet werden. — Nach dem Postbericht war das Militärführerwerk nicht bestraft.

# Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 29. März 1924.

## Jugendfahrten auch zu Ostern und Pfingsten.

Für Jugendwanderungen, die in geschlossenen Gruppen von besonders anerkannten Vereinen durchgeführt werden, gewährt die Reichsbahnverwaltung eine Fahrpreisermäßigung. In den Tarifbestimmungen ist jedoch vorgegeben, daß die einzelnen Reichsbahndirektionen diese Ermäßigung zu Zeiten besonders starken Verkehrs verweigern können, wenn der normale Reiseverkehr durch den Andrang von Jugendwanderern behindert zu werden droht. — Es war deshalb angesetzt worden, die Fahrpreisermäßigung grundsätzlich an den Sonnabenden vor Ostern und Pfingsten zu verweigern. Gegen diese Ansetzung wendet sich jetzt der Reichsverkehrsminister: „Da sich für den größten Teil der im werktätigen Leben stehenden Jugendlichen die einzige Gelegenheit zu Wanderfahrten an den Feiertagen bietet, muß umso mehr darauf gehalten werden, daß diese Gelegenheit jetzt nicht auch noch allgemein abgeschrieben wird, nachdem die Jugendfahrten durch die Tarifermäßigung erst kürzlich verteuert und die zahlreichen Anträge auf Herabsetzung der Fahrpreise für Jugendliche abgelehnt worden sind. Die Reichsbahndirektionen sollen deshalb nur im Notfall, wenn die betrieblichen Verhältnisse es unbedingt fordern, von den nach dem Tarif zulässigen Einschränkungen Gebrauch machen.“

— **Die Aprilmiete.** Das badische Arbeitsministerium stellt davon ab, den mit Bekanntmachung vom 26. Februar 1924 ab 1. März 1924 als gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes festgesetzten Hundertsatz von 35 vom Hundert vom 1. April 1924 zu erhöhen. Die Aprilmiete ist demnach die gleiche wie die März miete; sie beträgt 35 vom Hundert der Friedensmiete eines Monats in Goldmark, abgesehen in denjenigen Städten, welche auf Grund der ihnen erteilten Ermäßigung einen höheren Hundertsatz festgesetzt haben. Eine Erhöhung des Satzes von 35 vom Hundert der Friedensmiete in Goldmark wird bestimmt werden, sobald die nach der dritten Steuerreformordnung zu erhebende Mietzinssteuer (Aufwertungssteuer) erlassen sein wird.

— **Sammlungen im Ausland.** Vorgänge der letzten Zeit machen erneut den Hinweis darauf notwendig, daß Sammlungen die im Ausland veranstaltet werden sollen, der Genehmigung der zuständigen Landesbehörde und des Auswärtigen Amtes bedürfen.

— **Von den Jugendgerichten.** Strafsachen gegen Jugendliche werden auch nach dem 1. April durch die Schöffengerichte in Besetzung mit 1 Richter und 2 Schöffen (Jugendgericht) und durch das große Jugendgericht — Besetzung mit 2 Richtern und 3 Schöffen — abgeurteilt. In der Berufungsinstanz entscheidet die große Strafkammer. Vom 1. Januar 1925 ab müssen bei allen Amtsgerichten besondere Jugendschöffengerichte ausgewählt werden.

— **Postanweisungen nach Schweden und England.** Von jetzt ab werden zu den früheren Bedingungen Postanweisungen (Weißbetrag 800 Kronen) nach Schweden sowie Gebührensätze zu Werksstätten und Paketen nach Schweden wieder zugelassen. Auch sind die Maßnahmen auf Postpaketen und Postfrachtküsten nach Schweden wieder in Kraft anzugehen. Der Weißbetrag ist 800 Billionen Papiermark. — Ebenso sind jetzt gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen nach Großbritannien und Freistaat Irland sowie gewöhnliche Postanweisungen nach den britischen Kolonien und den britischen Postanstellungen in fremden Ländern unter den früheren Bedingungen wieder zugelassen. Die Gebühren für gewöhnliche Postanweisungen nach den bezeichneten Ländern betragen für Einzahlungen bis 30 Billionen A 30 Rentenpfennige, für Einzahlungen über 30-60 Billionen A 60 Rentenpfennige, für jede weiteren 60 Billionen A 60 Rentenpfennige.

## Voranzeigen der Veranstalter.

— **Zum Verbehalten des Karlsruher Stadtaussschusses für Feiern, Übungen und Jugendpflege.** Heute Samstag findet der vom Stadtaussschuß und den Lichtspielen veranstaltete Verbehalten statt, auf den hier nochmals besonders hingewiesen sei. Außer dem ausgewählten Programm wird dem Publikum ein Turn- und Sportfest vorgeführt werden, dessen Reichhaltigkeit und sorgfältige Zusammenstellung aus dem Gebiete familiärer Turn- und Sportarten ein beispielloses Zeugnis zu werden vermag. Es gibt überhaupt keinen Sport, der nicht in klarster Aufnahme gezeigt werden wird: Turnen am Reck, Barren, Pferd, Kufen, Schwimmen, Rudern, Bogen, Ringen, Massenwettkämpfe, Leichtathletik, Fußball, Handball, Tennis, Radfahren usw. Aus Mangel an Raum sei nur kurz auf all dies hingewiesen und jeder einzelne, der irgend eine Sportart zu betreiben sich angeht hat, wird sicher beim Besuche der heutigen Veranstaltung im Konzerthaus schon aus den Filmoberführungen eine Fülle von Anregungen mit nach Hause nehmen.

— **Musterausstellung „Handwerk und Handel“.** Vom 2. bis 30. April d. N. findet in Karlsruhe in der Stadt. Ausstellungshalle eine Musterausstellung von Erzeugnissen des badischen Handwerks unter dem Namen „Handwerk und Handel“ statt. Veranstalter wird diese vom Badischen Handwerksrat, von der Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk A. G. und vom Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk e. V. Die Ausstellung bezweckt einerseits die Spezialerzeugnisse des Handwerks zu zeigen und andererseits Handwerk und Handel miteinander in Beziehung zu bringen, um so neue Möglichkeiten für handwerkliche Erzeugnisse zu schaffen. Während der Dauer der Ausstellung finden in Karlsruhe Tagungen der einzelnen Handwerke über die b. a. n. d. e., insbesondere eine große Massenkonferenz des badischen Handwerks am 6. April in der Stadt. Festhalle statt. Zweifellos wird an diesem Tage in Karlsruhe ein starker Fremdenverkehr herrschen und mit einer Ueberfüllung der Hotels zu rechnen sein. Um aber allen Ausstellungsbesuchern und Teilnehmern der Tagungen eine gute und sichere Unterkunft gewähren zu können, bitten wir die verehrliche Einwohnerschaft, aus Zimmer zur Verfügung zu stellen. (Siehe auch Inserat.)

— **Musterausstellung „Handwerk und Handel“.** Vom 2. bis 30. April d. N. findet in Karlsruhe in der Stadt. Ausstellungshalle eine Musterausstellung von Erzeugnissen des badischen Handwerks unter dem Namen „Handwerk und Handel“ statt. Veranstalter wird diese vom Badischen Handwerksrat, von der Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk A. G. und vom Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk e. V. Die Ausstellung bezweckt einerseits die Spezialerzeugnisse des Handwerks zu zeigen und andererseits Handwerk und Handel miteinander in Beziehung zu bringen, um so neue Möglichkeiten für handwerkliche Erzeugnisse zu schaffen. Während der Dauer der Ausstellung finden in Karlsruhe Tagungen der einzelnen Handwerke über die b. a. n. d. e., insbesondere eine große Massenkonferenz des badischen Handwerks am 6. April in der Stadt. Festhalle statt. Zweifellos wird an diesem Tage in Karlsruhe ein starker Fremdenverkehr herrschen und mit einer Ueberfüllung der Hotels zu rechnen sein. Um aber allen Ausstellungsbesuchern und Teilnehmern der Tagungen eine gute und sichere Unterkunft gewähren zu können, bitten wir die verehrliche Einwohnerschaft, aus Zimmer zur Verfügung zu stellen. (Siehe auch Inserat.)

## Stimmen aus dem Publikum.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keine Verantwortung.)

— **Der Geschäftsanteil des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe.** Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Sie in Nr. 104 Ihres Blattes vom 26. März eine Zuschrift, die sich mit der Aufhebung der Geschäftsanteile und Sporenlagen meines Vereines befaßt. In dieser Zuschrift befindet sich der Satz: „Nicht verstehen können wir es aber, wenn wir die Sporenlagen zur Erhebung des besten Falls mit 15 Prozent aufgewertet werden.“ Eine uns in eine Äußerung Stellungnahme einzulassen, stellen wir demgegenüber fest, daß die Geschäftsanteile, nach welchen die Sporenlagen nicht aufzuwerten sind, nicht vorliegen. Vielmehr hat die Vertreterversammlung, die einen Monat vor Inkrafttreten der dritten Steuerreformordnung (Aufwertungsordnung) stattfand, sich damit einverstanden erklärt, daß die Frage der Aufwertung der Sporenlagen und der Späterwerbungen bis nach dem Inkrafttreten der dritten Steuerreformordnung verlagert wird. Damit ist nach Veröffentlichung dieser Verordnung bei der Vorstand einmütig beschloßen, der Vertreterversammlung eine Aufwertung der Sporenlagen und der Späterwerbungen vorzuschlagen. Unsere Vorstandsmitglieder haben überall, wo sie Gelegenheit hatten, sich zu dieser Frage zu äußern, — insbesondere beim Verkehr mit den Sparen an unserer Casuarie — verständlich über den Vorstoß darin Ausdruck gegeben, daß es für selbstverständlich ist, daß die Sporenlagen und Späterwerbungen in noch feststehendem Maße aufzuwerten werden. Wir sind davon überzeugt, daß die Sporen des Lebensbedürfnisvereins besser loten werden, als die große Masse der Sporen bei öffentlichen Kassen, Banken usw. Auch in Bezug auf die Geschäftsanteile kennt der Glieder die Aufwertung der Sporenlagen nicht. Es ist uns selbstverständlich, daß entsprechende Beschlüsse erst nach Fertigstellung der Jahresrechnung für 1923 und nach Mitteilung der vorgeschriebenen Gebührensätze gefaßt werden können. Dies erfordert die Bestimmung der Steuererschätzung und des Genossenschaftsbeschlusses. Die Entscheidung trifft unsere Vertreterversammlung, der wir entsprechende Beschlüsse machen werden.“

# Bunte Zeitung.

## Wo ist Margot?

Ein Mädchen ist in Leipzig verschwunden, berichtet die „B. Z.“ am Mittwoch. Sie heißt Margot K. und ist 17 Jahre alt. Am 21. Februar ging sie in die Tanzstunde, in eine solide Tanzstunde, nicht in einen der großen Prunkfeste mit Jazzband-Musik oder in eine der kleinen intimen Bars mit vielen Mädchen und einem glatten Parquetboden in der Mitte, wo man sehr verwegene Tänze tanzt. Nein, Margot ging am 21. Februar in eine ganz einwandfreie Tanzstunde, die immer noch so altmodisch und harmlos ist wie zu der Zeit, als unsere Großmütter tanzen lernten. Ein alter Klavierpieler leitete den Blauen-Donau-Wellen-Walzer und bequemt sich mitunter auch zu dem modernen Rhythmus des Ragtime. Junge Handlungsdarsteller vollführen vorchriftsmäßige Bewegungen. Margot wagt, feiert, erhebt sich ein wenig, und da eine solide Tanzstunde bereits um 11 Uhr zu Ende ist, will man noch ein Stündchen nächtliche Großstadtluft schnappen. Es ist nur ein Spiel mit dem Abenteuer, was ist schon dabei. — Margot ist ein braves Hausdöckerchen und weiß ganz genau, wie weit man gehen darf.

Nach 12 Uhr verabschiedet sie sich von ihrer Freundin in der Nürnbergstraße. Sie geht durch das Sternwartenviertel nach Hause. Selbst Männer gehen mitternachts nicht gern allein durch diese Straßen, die man das Leipziger Witzschappel nennt. Und hier geschieht das Ungeheuerliche und Phantastische: ein unheimliches, schrecklich tiefes Loch tut sich im Straßenpflaster auf und verschlingt Margot, wie eine Vertiefung, von der man nicht weiß, wohin sie führt und wer sie in Bewegung gesetzt hat. Spürlos weg, wie ein geschlungen vom Bauch der Großstadt. Seitdem ist umbräuntes, lichte Nacht um Margot.

Die Mädchen, die die Bars frequentieren und in die großen Prunkfeste tanzen gehen, wo Stimmungsbetrieb ist, verschwinden nie. Und wenn sie verschwinden, weiß man schon ungefähr, wohin, und sucht nicht weiter. Aber ein Hausdöckerchen, das in die Tanzstunde geht, kommt nicht wieder, wie wenn es aus ihrem wohlbehüteten Kreis — ein Gana durch ein paar Straßen und keine Heimkehr. Keine Stiefel, kein Schuh, kein phantastisch verträumt wie ein Mensch, der 1,37 Meter groß, 17 Jahre alt, schlant, dunkelhaarig ist und eine weiße Toilette trägt.

Es sind fünf Wochen her; vielleicht ist sie schon in Eldamar. Vielleicht schwimmt sie schon, frei nach Verlaino-Bertold Bredt, die Peise hinab, Tang und Algen im Haar. Vielleicht tanzt sie, ein bißchen anders, als sie es in ihrer Tanzstunde gelernt hat, auf einem kleinen, alten Parquetboden, und ringsherum sind weiße, rote Teppiche.

Zweihundert Goldmark sind auf ihre Wiederfindung ausgesetzt. Mein Gott, zweihundert Goldmark! ... Wenn sich ein raffineses Witzschappel verkauft, geht man mitunter nicht weniger aus. Vielleicht trägt Margot, die siebzehnjährig und raffiniert ist, bereits ein Perlendalsband, das fünfmal soviel wert ist als der Preis für ihre Auffindung.

Und dabei war Margot doch ein wohlvertrautes Hausdöckerchen, das ganz genau weiß, wie weit man gehen darf. Alle Hausdöckerchen wissen ganz genau, wie weit sie gehen dürfen. Aber Margot ist soeben für doch zu weit gegangen. Wo ist sie den Weg nach Hause nicht wiederfindend.

— **Blut als Verjüngungsmittel.** Ein neues Verfahren der Verjüngung der Verjüngung soll nach der Meldung Pariser Blätter von einem französischen Gelehrten Dr. Jomorski entdeckt worden sein. Bei der Gelehrte vor der Pariser Gesellschaft der Ärzte in seinem Vortrag ausführte, besteht kein Verjüngungsmittel in der Transfusion von ganz geringen Blutmengen. Dieses Blut muß von jungen Menschen stammen, und man muß genau darauf achten, daß es sich auch für die Ueberleitung auf den älteren Menschen, der verjüngt werden soll, eignet. Ist dies der Fall, so will Jomorski durch seine Behandlung deutliche Anzeichen der Verjüngung bei alten Männern und Frauen beobachtet haben. Die kleinen Mengen jungen Blutes scheinen das ganze Gefäßsystem des Patienten zu füllen und zu verbessern. Das es sich nur um sehr geringe Mengen von Blut handelt, so ist es leicht möglich, geeignete Personen zu finden, die ihr Blut zu diesem Zweck hergeben.

— **Eine Wählerin von 114 Jahren.** Die älteste Frau Amerikas ist Mrs. J. M. Power, die vor 114 Jahren das Licht der Welt erblickt hat. Als sie die Nachricht bekam, daß sie bei den nächsten Wahlen über die Stimme abgeben solle, erklärte sie dies für modernen Unfug, aber einer ihrer Schwägerinnen suchte ihr klarzumachen, daß Wahlrecht und Wahlpflicht identisch seien. Daraufhin ist sie zur Wahlurne gegangen. Die alte Frau, die mit ihrer Tabakpfeife ununterbrochen zusammenstößt, pflegt naturgemäß gerne von den guten Sitten der guten alten Zeit zu erzählen. Sie hat ihre sämtlichen Kinder überlebt. Von ihren Enkelkindern leben noch 44 und von ihren Urenkeln noch 50. — In der Nähe von Kroatien in Südafrika ist dieser Tage ein Pannier gefunden, der das patriarchalische Alter von 124 Jahren erreicht hat. Als 1865 während des Bafuto-Krieges die Einwohner zum Waffenstillstand gezwungen wurden, wurde der alte Jos von dem Waffendienst befreit, weil er schon damals die Altersgrenze der Wehrpflichtigen, die damals auf 60 Jahre festgesetzt war, überschritten hatte.

— **Gattenmord in Hamburg.** Auf einer Hamburger Polizeiwache ereignete sich der 15 Jahre alte Markthelfer Hans Biskup mit der Angabe, daß seine Mutter seit einem Tage aus der Wohnung verschwunden sei. Sein Vater habe ihm den Zugang zur Wohnung unmöglich gemacht, und er habe durch das Schlüsselloch gesehen, wie sein Vater ein Kofferpaket, es mit beiden Händen umklamern, auf den Vorplatz hinter den Kleiderkasten stelle. Der Junge sah aus dem Paket den linken Arm und die linke Kapsel seiner Mutter heraushängen und hörte, wie sein Vater das Paket ergreift, es unten auf der Straße auf einen Karren lege und davonfahre. Bei den kriminalpolizeilichen Ermittlungen wurden auf dem Vorplatz der Wohnung, in der Küche, auf dem Küchentisch und an dem Küchentisch reichliche Waspuren gefunden. Es wurde auch festgestellt, daß Biskup ein Spaten mitgenommen hatte und daß das Ehepaar seit dem denbair. schlesische war, daß Biskup seine Frau bereits wiederholt mißhandelt und wiederholt mit dem Tode bedroht hatte. Es besteht der dringende Verdacht, daß Biskup seine Frau ermordet und dann vergraben hat. Biskup befindet sich in Haft.

— **Ueberschwemmungen in Jütland.** Die Ueberschwemmungen, die infolge des plötzlichen Tauwetters in Süd- und Westjütland eingetreten sind, haben großen Schaden angerichtet. Der Damm bei Kallind wurde gesprengt und weite Flächen unter Wasser gesetzt. Der Verkehr auf mehreren Bahnlinien ist unterbrochen. Auch am Hadersleben werden große Wasserschäden gemeldet. Desgleichen kommen Meldungen aus Schweden, daß der Landstrassen-Verkehr an diesen Stellen unmöglich ist. In der Umgebung von Malmö drängt das Wasser in die Häuser und Ställe und zerstört einen Teil der Saat.

— **Mit Tanks durch die Wüste.** Der ägyptische Forschungsreisende Prinz Kamel ed-Din ist vor kurzem nach Kairo zurückgekehrt, nachdem er eine erfolgreiche Expedition durch die libysche Wüste unternommen hat. Sein Zweck war, Nachgraben aufzufinden, die der deutsche Forschungsreisende Friedrich Freiherr von Richthofen vor 45 Jahren dort hinterlassen hatte. Diese Botchaft war in einer Flasche verpackt, um den Einwirkungen der Witterung standzuhalten. Die Expedition war etwa zwei Monate unternommen. Zum Unterschieben von sonstigen Anzawamen wurden zum ersten Male keine Kamelreiter, sondern Tanks, die speziell auf Wüstenreisen eingerichtet waren. Die Flasche, der der Forschungszug galt, wurde in einer Steinwunde gefunden. Sie enthielt wertvolle wissenschaftliche Informationen über die Forschungsreisen des deutschen Gelehrten.

# Süßstoff spart teuren Zucker!

Zur Beachtung! Der Gesamt-Auflage der vorliegenden Ausgabe der Nr. 1 der „Badischen Wähler-Zeitung“ bei, die von der Deutschen Wählerpartei für die Zeit der Reichstagswahlen 1924 herausgegeben wird.

**Bad. Landestheater.** Klavierstimmen  
 Samstag den 29. März. 7 bis 11 Uhr. Sp. I. 4.20  
 Abonn. F 17. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 2501-3000  
**Die Jungfrau von Orleans**  
 Übernimmt  
 Ludwig Schweigert  
 4 Erbprinzenstr. 4  
 Telefon 1711.

**Passions-Festspiel**  
 Samstag, den 29. März,  
 8 Uhr abends.  
 Sonntag, den 30. März,  
 3 Uhr und 8 Uhr.  
**Drei Lindensaal**  
**Mühlburg**  
 Eintrittspreise: 2.-, 1.50, 1.- u. 0.75 M.  
 Schüler unt. 14 Jahren 0.70, 0.50 u. 0.30 M.  
 Die Hälfte des Reinertrages zu Gunsten  
 der Altersfürsorge. 5223

**Soll! Achtung!**  
 Wo geht man am Samstag abend hin?  
**In den Friedrichshof!**  
 zum Musikverein Mühlburg 1899.  
 Dortselbst:  
**Familienabend mit Ball**  
 Ausgewähltes musikalisches und heiteres Programm.  
 Die bestens bekannte Kapelle spielt mit ver-  
 stärkter Besetzung alle Schlager u. Neubeiten.  
 In zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein:  
 Der Vorstand.  
 Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.

**Im Elefanten**  
 Kaiserstrasse 42  
 spielt ab heute Samstag die rühmlichst bekannte  
**Original**  
**Dachauer Bauernkapelle**  
 Beginn täglich abends 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.  
 Direktion: Schneider.  
**Morgen Sonntag:**  
**Grosses Schlachtfest!**  
 Nebst reichhaltigen Schlachtplatten  
 empfehle ich meine anerkannt gute Küche, reine  
 Weine, ff. Moninger Stammquell und Export-Bier.  
**August-Antl und Frau.**

**Hotel Sonne, Kreuzstr. 33**  
 Samstag und Sonntag  
**KONZERT**  
 Mittags 80 Pf. Reichhaltige billige Abendkarte  
 Gute reine Weine. Weinverkauf über die Straße.  
**Restaurant zum**  
**Grafen Zeppelin**  
 Gde. Bert- und Soltenstraße.  
 Sonntag, den 30. März, ab 6 Uhr:  
**Künstler-Konzert.**  
 Die beliebte Hauskapelle,  
 Gute bayerische Küche u. Gute Weine.  
 Schenck-Prinz-Bier.  
 Es ladet herzlichst ein:  
 Fr. Lorenz, Wirt.

**Für Wiederverkäufer!**  
 Prima westindische Bananen  
 Spanische Blutorange, Murcia,  
 jede Größe  
 Muscadellen in 5 Kilo-Kisten, aus  
 laudenden Eingängen, empfiehlt  
**PALMOSE A.-G.**  
 Kolonialwaren-Großhandlung  
 Hehl a. Rh. Telefon-Nr. 12.

**Holsteinische Wurstwarenfabrik**  
 Joh. Brodersen, Elmshorn i. Holstein  
 Ist durch Vergrößerung seines Betriebes in der  
 Lage, fortlaufend aus eigener Schlichtung  
 jedes Quantum folgender Wurstwaren, in be-  
 kannter Güte, zu liefern. A804  
 Prima Mettwurst, rein Schweinefleisch  
 per Pfund M. 1.80  
 Prima Blockwurst per Pfund M. 1.35  
 Prima Braunschweiger  
 Mettwurst . . . . . per Pfund M. 1.25  
 Prima Kochwurst (Kohlwurst)  
 per Pfund M. 1.25  
 Prima Hausmacher  
 Leberwurst . . . . . per Pfund M. 1.05  
 ab hier, Versand per Nachnahme von 9 Pfd. an.

**Visitenkarten**  
 werden rasch, sauber und  
 billig angefertigt in der  
 Druckerei der Bad. Presse

**BATSCHARI'S**  
**Goldmarkpreise**

Gold-Mundstück		Ohne Mundstück	
Goldnixe	3 Pf.	Fandango	3 Pf.
A. B. C.	3 "	Eden	10 "
Tacos auch o.M.	4 "	White Star	12 "
Sleipner	5 "	Fiat	15 "
Cyprienne	6 "	Stephanie	20 "
Longfellow	7 "	Batschari Türkisch	20 "
Mercedes	8 "		
Horizont	10 "	Gold-Hohlmundstück	
Selecta Mea	10 "	Charlotte	4 Pf.
Fürst Fürstenberg	12 "	Generalkonsul	5 "
Imperator	12 "	Prinzess M. Hohenlohe	8 "
Der Batschari Preis	15 "	Kaiser-Cigarette	12 "
Die Batschari Krone	15 "		
Union Klub	25 "	Papier-Hohlmundstück	
Cordon Rouge	30 "	Batschari Russen	2 Pf.
		Sascha v. Decker	3 "
		Prinzess Victoria Louise	3 "

Batscharis Sortiment entspricht in seiner  
 Reichhaltigkeit in jeder Preislage jedem Geschmack.  
 Alle Marken sind in Qualität unübertroffen.

**Eier! Achtung! Eier!**  
 Ein Waggon schwere, italienische Eier eingetroffen.  
 I. Qualität, zum Einlegen sehr empfohlen.  
**Franz Schäfer & Co., Eiergroßhandlung**  
 Yorckstraße 25 Telefon 3717.  
 Auf Wunsch wird ins Haus geliefert.

**Schuhwaren**  
 in allen Ausführungen.  
**Sandalen - Turnschuhe**  
 zu ganz billigen Preisen.  
**Schuh-Großgeschäft R. Maier**  
 Gerrenstraße 16, bei der Hauptpost, 1 Tr. hoch.  
 Rein Baden. 88953

**Linoleum!**  
 Große Auswahl! Billigste Preise!  
**Fritz Merkel, Kreuzstraße 25.**  
 Servicearbeit wird übernommen. 1698

**Kein Reissen mehr!**  
**Reissweg!**  
 Erstes wirksam sicheres Mittel gegen Rheumatis-  
 mus, Infektioser Erfolg. Von der Medizinisch-  
 abteilung des ehemaligen kriegs. Kriegs-  
 ministeriums geprüft. - Erhältlich in allen  
 Apotheken u. Drogerien. - Flasche 50, 2.20  
 und 4.50. En gros-Niederlage u. Versand:  
**Spezialitätenhaus Leopold Flebig**  
 Raststraße 1, Baden. 453a

**Immobilien**  
 In industriereicher Stadt  
 Nähe Zintarsis habe  
 ich massives  
**Fabrikantwesen**  
 mit ca. 900 qm Büro-  
 und Arbeitsräumen und  
 einem Lagerhaus mit  
 ca. 800 qm Schuppen,  
 Keller, Wasserleitungs-  
 anlage und elektrischer  
 Kraftstromleitung für  
 Holz u. Metallbearbeitung  
 besonders geeignet  
**zu verkaufen.**  
 Näheres  
**A. Willmann,**  
 Stuttgart, Marktplatz 10.  
 4. Etage. 88909

**Kaufgeluche**  
**Aelttere Chaiselongue**  
 oder Sofa zu kaufen  
 gesucht. Angebote unter  
 Nr. 88888 an die „B. Pr.“  
 Su kaufen gesucht ein  
**Regal**  
 mit od. ohne Schubladen.  
 Kellnerstr. 17 im Laden.

**Zu verkaufen**  
**Opel-Chassis**  
 14/20 PS, als Verleiner-  
 oder Lieferwagen ge-  
 eignet, gute Maschine,  
 für Nr. 3500. - 1 verb.  
**Ehrenfechter,**  
 Heidelberg, Bergr. 103,  
 Telefon 2068. 8812

**4 Tonnen**  
**Lastwagen**  
 (Stoemer) in bester Ver-  
 fassung, ideal. Verleiner,  
 unter günstige Zahlungs-  
 bedingn. an Nr. 88000-  
 abzugeben.  
**Ehrenfechter,**  
 Heidelberg, Bergr. 103,  
 Telefon 2068.

**Schlafzimmer**  
 stich, mit 120 und 180,  
 Spiegelkasten sehr billig  
 abzugeben. **Hausstein,**  
 Möbelg. Kurzenstr. 10.1  
**neues Schlafzimmer**  
 zu verk. Su erst. unt.  
 Nr. 88847 in der „B. Pr.“  
**Diwan** Chaiselongue  
 billig abzugeben. **Hausstein,**  
 Möbelg. Kurzenstr. 12.  
 Eine alt. Schreibma-  
 schine (Waldmann) mit  
 ein. Weis m. Holz. Älter.  
 Schrank, 1.30 hoch, älter.  
 Schrank, 1.30 hoch, billig  
 zu verkaufen. 88857  
**Douglasstr. 6, part.**

**Hand-Nähmaschine**  
 (Ordnung Rangschiff) so  
 gut wie neu, sowie gut  
 erhalten. **Kommunion-**  
**Wassersprengel** abgug.  
**Sollenstr. 33, 4. Etage.**

**In Waldshut - Wohnhaus**  
 mit Wasserkraft, 10 PS, mit Nebengebäude und  
 Räumen für Fabrikation in außerordentl. gütli-  
 cher Lage sofort preiswert zu verkaufen. Anfragen in  
 doppeltes Rückporto bethelegen. 11856  
**Immobilien, Waldshut, Kaiserstr. 41.**

**Viktoria-Motorrad**  
 (wenig gefahren, neuwertig) mit elektr. Licht, 6000,  
 Kadometer, Gaittelstator, reichhalt. Verleiner, 725  
 PS, 1950 cc, zu verkaufen. Ehrenfechter,  
 Heidelberg, Bergr. 103, Telefon 2068.

**Zu verkaufen:**  
 1. 1 Schuppen, ca. 100 qm groß, ca. 7 m Höhe,  
 aus Hartem Holz, bereits neu.  
 2. ca. 200 m Stadtblöcken, per St. ca. 9 m  
 lang, ca. 130 mm hoch, bad. Profil, mit neu  
 abger. Kälbern, abgeräumt jedes einzelne.  
 3. ca. 1100 St. Schienenstahl, 15/165 mm.  
 4. ca. 100 St. neue Röhrenholz-Schwellen, in  
 rohem Zustand, à 2.50 bis 2.70 m lang,  
 ca. 15 cm hoch, ca. 22 bis 24 cm breit.  
 5. 1 Sch. - 103,25 m neue Weichenstellwerke  
 Röhrenholz, ca. 18 bis 14 cm hoch, ca. 20  
 bis 24 cm breit.  
 6. 100 St. neue Eintriebsmaschinen auf  
 Rundholz, 8 m lang, 10 bis 12 cm hoch,  
 Durchmesser, mit Karbolium geölt.  
 Anfragen an  
**Gebrüder Baer, Eisen- und Stahlhandlung**  
 Büro: Reitzstraße 6 Telefon 4511/55.

**S.-u.-D.-Räder**  
 neu, billig zu verkaufen.  
**Waldshut, Kaiserstr. 41.**  
**Schreibmaschine**  
 neu, billig zu verkaufen.  
**Waldshut, Kaiserstr. 41.**

**Alle Tausender**  
 rot geklempelt, zu verk.  
 Angebote unter 88898  
 an die „Bad. Presse“.  
**Alle Tausender**  
 rot geklempelt, zu verk.  
 Angebote unter 88899  
 an die „Bad. Presse“.

**Ein Kinderliegendes**  
 zu verkaufen. 88872  
**Waldshut, Kaiserstr. 41.**  
**Ein Kinderliegendes**  
 zu verkaufen. 88873  
**Waldshut, Kaiserstr. 41.**  
**Ein Kinderliegendes**  
 zu verkaufen. 88874  
**Waldshut, Kaiserstr. 41.**





**Pfannkuch & Co.**  
**Sur Konfirmation.**  
**Weizenmehl**  
 Spezial 0  
 5 Pfd. **82** Pfa.  
**Blütenmehl**  
 Spezial 00  
 5 Pfd. **92** Pfa.  
 sowie sämtliche  
**Bach-Artikel**  
 in reicher Auswahl.  
 Versand nach  
 auswärts.

**Mandoline** . . . 10 Pf.  
**Gitarre** . . . 22 Pf.  
**Laute** . . . 25 Pf.  
**Zither** . . . 20 Pf.  
**Saiten, Noten** gratis  
 bei **Oak. Mühlbauer**  
 Poststr. 14. 87022  
 Unterricht jederzeit.

**Handwerker, Kleinbetrieb**  
 Organisation, Buchführung, Betriebsrat, sämtl. kaufmänn. Arbeit, besond. erfahrener Auslandskaufmann Kundenreise. Angebote unter Nr. 1005 an die Geschäftsstelle d. M. erbett.

**Heiraten**  
 vermittelt  
 Frau S. Fräulein  
 He. Jährige, 27 J.,  
 Rio de Janeiro, 87790

**1000 G. M.**  
 auf 1. Hypothek zu leihen  
 gesucht. Off. unt. 87828  
 an die „Bad. Presse“.

**Mittl. Herr, Mitte 30.**  
 wünscht Fräulein auch  
**gemeinf. Ausfl.**  
 zu Fuß oder Rad kennen  
 zu lernen. Wg. u. 87834  
 an die „Bad. Presse“.

**Pfannkuch & Co.**  
**Sur Konfirmation:**  
**Weißweine**  
**Schwein**  
 Flasche **120** Pf.  
**Obermosler**  
 Flasche **160** Pf.  
**Mosel**  
 Flasche **200** Pf.  
 einfach, Glas und  
 Stener.  
**Berner**  
**Waldbulmer**  
**Warrberg**  
**Riesling**  
**Durbacher**  
**Klingelberg**  
**Saardler**  
**Bürgergarten**  
**Wadenheimer**  
 und andere  
 bekannte Marken.  
 Versand nach  
 auswärts. 5403

**Pfannkuch & Co.**

# Strümpfe

## Damen-Strümpfe

Damenstrümpfe, schwarz, -50.  
 Damenstrümpfe, schwarz, -65.  
 Damenstrümpfe, Ia schwarz mit Doppelsohle -85.

## Damen-Strümpfe

Damenstrümpfe, schwarz, 1.-  
 Damenstrümpfe, schwarz, 1.35  
 Damenstrümpfe, schwarz, 1.60  
 Damenstrümpfe, Ia Seidenflor, 2.60, 2.40

## Kinder-Strümpfe

Kinderstrümpfe  
 I u. I gestickt, schwarz und braun 1.60 - 0.70  
 je nach Größe 10-1.

**Paul Burchard**  
 Telefon 480 Kaiserstrasse 143.

**Offene Stellen**

**Tiefbautechniker**  
 mit Erfahrung im Kanal- und Straßenbau zum möglichst sofortigen Eintritt in vorübergehender Beschäftigung ges. Bewerberinnen mit Gehaltsanforderungen, Bildungsgrad und Zeugnisabschl. sind an das Stadtbauamt **Willingen** einzureichen.  
 Gut eingeführter  
**Provisions-Vertreter**  
 für Bezirke Karlsruhe, Bruchsal und Forstheim gesucht für Kenntnisse, Räte und Kasse. Angebote unter 8880 an die „Bad. Presse“.

**Reise-Vertreter**  
 In Preisen-Geschäften beheimatete Herren zur Übernahme einer Reise der Leipzig-Weise sofort gesucht. Offerten unter Nr. 1002a an die „Bad. Presse“ erbitten.

**Hohe Provision**  
 zahlen wir für den Nachweis uns unbekannter ausführender, reifer Bauobjekte in Ziel, Beton, Eisenbeton und Industriebauten.  
 Nur ernsthaftige Angebote unter N. N. F. 9710 an **Max-Saundersheim & Vogler, München.** 87749

**Köchinnen**  
 zu sofortigem Eintritt. Solche, welche schon in Kranken-Anstalten und Sanatorien tätig waren, erhalten den Vorzug. Bedingungen des **Wissenschaftlichen Krankenhauses Heidelberg.**  
 Ver 15. April lude eine staatl. geprüfte  
**Säuglings-Pflegerin.**  
 Angebote unter Nr. 8072 an die „Bad. Presse“.

**Leistungsfähige Feinseifenfabrik**  
 sucht einen tüchtigen, gut eingeführten  
**Vertreter**  
 mit nur besten Referenzen. Ausführliche Bewerbungen erb. unter **J. O. 247** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Hannover.** A808

**Provisions-Vertreter**  
 mit guten Beziehungen zur Industrie und einschlägigen Geschäften des biesigen Bezirkes von leistungsfäh. astronom. Mineralölwert gesucht. Derselbe kann auch gute Vertretung in Puchwelle, Puchhäuser und Schenkerhäuser miterhalten. Angebote unter **S. T. 960** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.**

**Hohe Einkünfte**  
 sichern sich erprobte Fachleute durch  
 Übernahme einer  
**Generalvertretung**  
 statt funktierter Lebensversicherungs-Gesellschaft. Keine Auslandsverpflichtungen, zugünstige Bedingungen.  
 Bis 15 000 G. M. ohne Untersuchung, ohne Wartezeit.  
 Angebote erbeten unt. **I. D. 5561** an **Rudolf Mosse, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 215.** 8810

**Bautechniker**  
 von Baugeschäft für baldigen Eintritt gesucht. Bewerber mit Praxis und abgeschl. Bildungsgang. Offerten unter Angabe leitender Tätigkeitt unter Nr. 1429a an die „Bad. Presse“ erbitten.

**Jüng. Buchhalter, tücht. Korrespondent, guter Organisator, gesucht.**  
 möglichst fremde Sprachen beherrschend, von tiefer Grobhandlung sofort event. auch weiter  
 Off. Angebote mit Zeugnisabschriften, Bild u. Gehaltsanprüchen unt. Nr. 8848 an die „Badische Presse“ erbitten.

**Generalvertreter.**  
 Es wollen sich nur solche Herren melden, welche in der Lage sind, ein Lager auf eigene Rechnung zu übernehmen und ein äußerst geschicktes Organisations-talent besitzen.  
 Bewerbungen an das **Süddeutsche Volkswirtschaftliche Handelshaus, Stuttgart, Wilhelmsstraße 7.** 1140a

**Wir suchen**  
 bei der Landwirtschaft gut eingeführte  
**Reisevertreter**  
 zum Betrieb  
**Binäga-Gasapparates**  
 unseres von kurrenlosen überall den östlichen Schilling-Verkauf.  
 vorläufig auf Provisions-Basis, später gegen Fixum. Offerten an  
**Paul Frei & Cie., Ravensburg (Württemberg).** 8818

**Selbständiger**  
**Polsterer, Tapezier u. Dekorateur**  
 welcher auf Dauerstellung bei guter Beschäftigung reflektiert, kann sofort eintreten bei  
**Carl Pöschel, Dekorateur und Lackmaler, B. B.**  
 Zum sofortigen Eintritt wird für eine auskömmliche Baustelle ein tüchtiger  
**Maurerpolier**  
 mit besonderer Erfahrung im Eisenbetonbau von Großbauunternehmen gesucht. Bewerbungen mit lückenlosem Tätigkeits-nachweis und Zeugnissen unter Nr. 1145a an die „Bad. Presse“ erbitten.

**Generalvertreter.**  
 Es wollen sich nur solche Herren melden, welche in der Lage sind, ein Lager auf eigene Rechnung zu übernehmen und ein äußerst geschicktes Organisations-talent besitzen.  
 Bewerbungen an das **Süddeutsche Volkswirtschaftliche Handelshaus, Stuttgart, Wilhelmsstraße 7.** 1140a

**Wir suchen**  
 bei der Landwirtschaft gut eingeführte  
**Reisevertreter**  
 zum Betrieb  
**Binäga-Gasapparates**  
 unseres von kurrenlosen überall den östlichen Schilling-Verkauf.  
 vorläufig auf Provisions-Basis, später gegen Fixum. Offerten an  
**Paul Frei & Cie., Ravensburg (Württemberg).** 8818

**Selbständiger**  
**Polsterer, Tapezier u. Dekorateur**  
 welcher auf Dauerstellung bei guter Beschäftigung reflektiert, kann sofort eintreten bei  
**Carl Pöschel, Dekorateur und Lackmaler, B. B.**  
 Zum sofortigen Eintritt wird für eine auskömmliche Baustelle ein tüchtiger  
**Maurerpolier**  
 mit besonderer Erfahrung im Eisenbetonbau von Großbauunternehmen gesucht. Bewerbungen mit lückenlosem Tätigkeits-nachweis und Zeugnissen unter Nr. 1145a an die „Bad. Presse“ erbitten.

**Lehrling**  
 mit guter Schulbildung suchen  
**Großbrennerei Heibaerka**  
**Heinrich Baer & Söhne.** 8832

**Großhandlung**  
 sucht an Otern einen jungen Mann aus adäquater Familie und mit guter Schulbildung als  
**kaufm. Lehrling**  
 Angebote unter Nr. 5886 an die „Badische Presse“ erbitten.  
 Kräftiger, intelligenter Junge als  
**Mechaniker-Lehrling**  
 gesucht. Voraussetz. Wilhelmsstraße 62. 539

**Näherinnen**  
 für Damen-Strümpfe  
 suchen sofort lebende, dauernde Beschäftigung. Angeb. unt. Nr. 8388 an die „Badische Presse“.

**Tüchtige Arbeiterin für**  
**Damenpuß gesucht.**  
**Frida Glaser, Amalienstraße Nr. 14b.**

Statt Karten.  
**Elisabeth von Boemle**  
**Wilhelm Götz, Direktor**  
 Verlobte  
 Westendstrasse 32 B8040 29. März 1924.

**Margarete Gromann**  
**Alfred Schnabel**  
 Verlobte B8908  
 Erfurt 28. März 1924. München

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Reisenden**  
 für Mittelbaden, der bei Preisen und Provisen gut eingeführt ist.  
 Offerten sind zu richten unter Nr. 1126a an die „Bad. Presse“.

**Pfannkuch & Co.**  
**Sur Konfirmation.**  
 Weizenmehl  
 Spezial 0  
 5 Pfd. **82** Pfa.  
**Blütenmehl**  
 Spezial 00  
 5 Pfd. **92** Pfa.  
 sowie sämtliche  
**Bach-Artikel**  
 in reicher Auswahl.  
 Versand nach  
 auswärts.

**Möbl. Zimmer**  
 groß, hell, möbl. mit  
 ger. u. 8880 an die „Bad. Presse“

**Reisender**  
 welcher viel auswärts  
 ist, sucht für 1. April  
 möbl. Zimmer  
 gegen gute Beschäftigung  
 in der Gegend von  
 Mannheim. Off. unter  
 Nr. 1160a an die  
 „Badische Presse“.

**Reisender**  
 welcher viel auswärts  
 ist, sucht für 1. April  
 möbl. Zimmer  
 gegen gute Beschäftigung  
 in der Gegend von  
 Mannheim. Off. unter  
 Nr. 1160a an die  
 „Badische Presse“.

**Möbl. Zimmer**  
 groß, hell, möbl. mit  
 ger. u. 8880 an die „Bad. Presse“

**Reisender**  
 welcher viel auswärts  
 ist, sucht für 1. April  
 möbl. Zimmer  
 gegen gute Beschäftigung  
 in der Gegend von  
 Mannheim. Off. unter  
 Nr. 1160a an die  
 „Badische Presse“.

**Möbl. Zimmer**  
 groß, hell, möbl. mit  
 ger. u. 8880 an die „Bad. Presse“

**Reisender**  
 welcher viel auswärts  
 ist, sucht für 1. April  
 möbl. Zimmer  
 gegen gute Beschäftigung  
 in der Gegend von  
 Mannheim. Off. unter  
 Nr. 1160a an die  
 „Badische Presse“.

Wähler = Zeitung

Verantwortlich für den Inhalt: Generalsekretär Bumann. Karlsruhe i. B. Expedition: Kaiserstr. 82, III. Fernsprecher Nr. 4311 u. 3430

Durch Arbeit und Opfer zu Aufstieg und Freiheit

Rede des Spitzenkandidaten der Deutschen Volkspartei, bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius am 23. März 1924 in Heidelberg.

(Stenographische Aufnahme).

Meine Damen und Herrn!

Der Wahlkreis Baden der Deutschen Volkspartei hat mir die Ehre erwiesen, mich wieder an die Spitze seiner Wahlliste zu den Reichstagswahlen zu berufen. Nach schwerwiegenden persönlichen Bedenken habe ich diesen Ruf angenommen, weil ich es für meine Pflicht halte, die Politik der Reichstagsfraktion und meine eigene Politik in den vergangenen vier Jahren im Wahlkampfe zu vertreten und weil ich Baden, meiner zweiten Heimat, die Treue halten will. Es ist mir eine ganz besondere Freude, hier in Heidelberg, wo ich meine politischen Spuren verdient habe, den Wahlkampf der Deutschen Volkspartei für Baden zu eröffnen. Ich werde diesen Wahlkampf, wie denjenigen des Jahres 1920, ruhig und sachlich führen. Innerpolitische Gegensätze müssen in jedem großen Volke bestehen. Politische Parteien sind als Organe des politischen Lebens notwendig. Ich werde mich deshalb auch mit den parteipolitischen Gegensätzen auseinandersetzen haben. Aber ich werde dabei niemals vergessen, daß wir uns im Inneren nur als Gegner, aber nicht als Feinde gegenübersehen. Der Feind steht nicht rechts oder links, der Feind steht immer noch am Rhein!

(Stürmische Zustimmung.) — Mehr als Auseinandersetzungen mit den politischen Parteien liegen mir die sachlichen Probleme, die praktisch-politischen Aufgaben der Vergangenheit und Zukunft. Diese möchte ich deshalb in den Mittelpunkt meiner Ausführungen stellen. Lehten Endes entscheidet im Genuß einer Partei nicht die stets relative Stellung zu anderen Parteien, sondern ihr positives Programm. Die Ziele, um die sie die Volksmassen führen kann, bestimmen ihren Wert.

Das Ziel jeder Innenpolitik muß die Volksgemeinschaft sein, die Zusammenfassung aller im Volk zum nationalen Wiederaufstieg und wirtschaftlichen Wiederaufbau bereiten Kräfte, die Überwindung der Gegensätze zu einheitlichem politischem Handeln.

Dieser Gedanke der Volksgemeinschaft hat aber verschiedene Seiten, die jeweils gesondert zu betrachten sind. Ich unterscheide vier Stufen der Idee der Volksgemeinschaft, die es gilt, mit ihren Veränderungen zu verfolgen: Die Volksgemeinschaft als Nation, als Staat, als Wirtschaftskörper und als Kulturgesellschaft.

In der geschichtlichen Folge, in der Fülle der Leistungen seiner Vorfahren und der von ihnen geschaffenen Werte ist das Volk ein Nationalität. Ein Volk kann mehr oder weniger Nation sein. In der Vollenbung aber ist Nation untrennbar ohne Souveränität.

Auf dem Höhepunkt der ganzen deutschen Geschichte, am 4. August 1914, waren die Deutschen eine vollendete Nation. Wir haben uns solche vier Jahre lang einer Welt von Feinden standgehalten und nur durch die Uebermacht einer Welt voll Feinden und die Revolution zusammengebrochen. Seitdem gibt es eine deutsche Nation im höchsten Sinne nicht mehr. Zweimal haben wir Anläufe zum Wiederaufstieg genommen: am 12. Mai 1919, als das ganze Volk das Friedensbündnis von Versailles sich aufbaute und zum erstenmal dann, als in einmütiger Abwehr das Auslieferungsgesetz der Feinde zurückgewiesen wurde. Aber jedesmal sind wir wieder in Zurückung und in eine unerhörte Abhängigkeit zum Erbfeind zurückgefallen. Nun gilt es als höchstes Ziel, von neuem die deutsche Nation zum Leben zu erwecken.

Auch in Wahlzeiten erwacht deshalb jedem deutschen Politiker die Pflicht, zum Kampf gegen den Schmachvertrag von Versailles aufzurufen.

Dieser Kampf erfordert auf der einen Seite den Kampf gegen die Schuldfrage. Noch immer ist im deutschen Volke die Ueberzeugung vorhanden, daß Grundfrage des ganzen Friedensvertrages die Anerkennung der Alldeutschlands des Krieges ist, obwohl bereits in jenen Londoner Verhandlungen des Jahres 1921 vorläufige Verhandlungen des damaligen Reichsaussenministers Dr. Simon gegen, um Lloyd George zu dem wertvollen Zugeständnis zu bringen, daß Artikel 231 des Friedensvertrages, eben die Anerkennung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands ruhen. Wer die unheimliche Arbeit des Auswärtigen Amtes und insbesondere unseres Vorkämpfers Dr. Stresemann als Reichsaussenminister an der Aufhebung der Welt gegen die Schuldfrage kennt, der wird kein Bedenken für die Vornahme des bayerischen Ministerpräsidenten von Kallmayer gegen die angebliche Richtigkeit der Reichsregierung aufkommen können. Herr Dr. Stresemann hat diese Vorwürfe in seiner berühmten Rede bereits zurückgewiesen. In der Tat scheint der bayerische Ministerpräsident durch die besondere bayerische Politik in Anspruch genommen zu sein, daß ihm die offenkundigsten Tatsachen der deutschen Politik unbekannt geblieben sind! Er hat verzweifelt Minister in die öffentlichen Versammlungen — von seiner Stuttgarter Rede an — systematisch den Kampf gegen die Schuldfrage hineingetragen hat. Herr von Kallmayer weiß offenbar nicht, daß sich die Verbände, die sich den Kampf um die Schuldfrage zum Ziel gesetzt haben, wesentlich der Initiative und entscheidenden Mitwirkung Dr. Stresemanns zu erfreuen gehabt haben. Ohne Dr. Stresemann würde Freiherr von Kersner, der verdiente Leiter der Kampferpropaganda, nicht an der Spitze dieser Verbände stehen. Darüber hinaus ist im Auswärtigen Amt eine besondere Abteilung eingerichtet, die, wenn naturgemäß auch nicht vor der breiten Öffentlichkeit, dafür aber um so zielicherer und systematischer den Kampf gegen die Schuldfrage.

Kampf gegen die Schuldfrage

ganzen Auswirkung unmittelbar zu bekämpfen. Sind sich hierin auch alle deutschen Parteien einig, so bestehen noch immer die größten Gegensätze hinsichtlich des einzuschlagenden Weges.

Auch dieser Wahlkampf wird beschwert durch die Schlagworte Erfüllungspolitik und Kampfpolitik.

Demokratische Zeitungen, nicht nur die Frankfurter Zeitung, sondern auch das Heidelberger Tageblatt und andere badische Blätter preisen den Reichswehrminister Gessler, der in einer Wahlrede in Braunschweig formuliert haben soll: „Nicht Trugpolitik, sondern ehrliche Erfüllungspolitik.“ Ich weiß nicht, ob die Auszüge seine Rede richtig wiedergeben. Ich kann mir nicht denken, daß der Reichswehrminister wirklich so gesprochen haben soll, wie ihn die demokratischen Zeitungen sprechen lassen. Ich habe geglaubt, daß die alten Formeln der Erfüllungspolitik nie wieder hervorgeholt würden. Ich halte es für unnötig und unmöglich, noch einmal die Wege der Wirklichen

Diese damals vertretene Auffassung der deutschnationalen Volkspartei veranlaßte den Leiter jener interfraktionellen Besprechungen, den Reichsanwalt Dr. Marx, zu der Feststellung: „Also sind Sie, meine Herren von der deutschnationalen Volkspartei, mit der Außenpolitik Dr. Stresemann einverstanden!“ In der Tat haben sich dann auch die deutschnationalen bereit erklärt, in der

Bürgerkoalition unter dem Außenminister Dr. Stresemann mitzuwirken.

Eine eigentümliche Parallellität besteht zwischen der augenblicklichen Lage und der von den Reichstagswahlen 1920. Damals stand der Zusammentritt der ersten Reparationskonferenz in Spaa bevor.

Der neue Reichstag wurde alsbald vor die dort gefassten Beschlüsse gestellt. Auch jetzt wieder steht eine Reparationskonferenz, hoffentlich die letzte, bevor, und der neue Reichstag wird sich unmittelbar nach seinem Zusammentritt mit ihren Ergebnissen zu befassen haben. Es wäre verfrüht, zu den sachlichen Problemen dieser Reparationskonferenz Stellung zu nehmen, solange das Gutachten der Sachverständigen nicht veröffentlicht ist. Wohl aber darf man, in Uebereinstimmung mit wiederholten Erklärungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, Grenzen unseres Entgegenkommens und zwar für die Deutsche Volkspartei unübersteigliche Grenzen, abstecken. Sie heißen Leistungsfähigkeit — wir werden nur unterschreiben, was wir halten können —, Ehre — wir fordern unverzügliche Befreiung aller Gefangenen und Wiedereinsetzung aller Beamten —, Souveränität — freie Verfügung über Rhein und Ruhr. Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände des alten besetzten Gebietes ist unerläßliche Voraussetzung für unsere Zustimmung zu den Reparationsbeschlüssen. (Bravo!) Ohne Opfer, und zwar die größten Opfer, die je ein Volk geleistet hat, ist diese Befreiung allerdings nicht zu erreichen. Wir müssen uns auf Opfer einstellen und uns das ganze Volk mit der Ueberzeugung durchdringen, daß für die Freiheit des deutschen Bodens kein Opfer an Besitz und Arbeitskraft zu hoch ist. Die Opfer müssen aber von der Gesamtheit getragen werden. (Sehr richtig!)

Die Parallellität der Ereignisse 1920 und 1924 liegt auch darin, daß wieder wie im Jahre 1920 ein neuer Reichstag zu einer Entwaffnungsnote der Entente Stellung nehmen muß. Sie erinnern sich, daß in der Entwaffnungsnote der Vorkonferenz in 5 Punkten Nachholung der Abrüstung, darüber hinaus aber Duldung einer Gesamtrüstung unseres Entwaffnungszustandes und Einsetzung eines Garantiekomitees anstelle der bisherigen Kontrollkommission gefordert wird. Die Abrüstung in jenen fünf Punkten hat bereits die Regierung Cuno zugesagt, und Dr. Stresemann hat nur diese Zusage wiederholt. Darüber hinaus hat er mit Energie und Leidenschaft die Forderungen der Vorkonferenz zurückgewiesen, weil sie im Friedensvertrag keinen Rechtsgrund fänden. Wir vertrauen darauf, daß auch jede künftige Reichsregierung diese Richtlinien Dr. Stresemanns befolgen wird.

Sind dieses in großen Zügen die wesentlichen Probleme der Außenpolitik, die in der nächsten Zukunft zu lösen sind und mußte ich mich damit begnügen, nur in ganz groben Strichen das Bild nationaler Außenpolitik zu zeichnen, so möchte ich diesen Teil meiner Ausführungen nicht schließen, ohne eine Mahnung zur staatsbürgerlichen Disziplin auszusprechen. Mit Recht ist gesagt worden, daß gute Innenpolitik zugleich auch gute Außenpolitik bedeutet. Die Innenpolitik in diesem Sinne umfaßt aber nicht nur die eigentliche Regierungspolitik, sondern das politische Verhalten des ganzen Volkes. Wir alle haben dafür zu sorgen, daß wir im kommenden Wahlkampfe politische Reife zeigen und nie vergessen, welche Pflichten wir alle gegenüber der Abwehr des äußeren Feindes zu erfüllen haben. Allzuleicht haben wir, wie mir scheint, in den vergangenen Jahren diese Besonnenheit, die sich sehr wohl mit nationaler Trost und Stolz verträgt, außer Acht gelassen. Clemenceau hat seinen Krieg nicht zum wenigsten deshalb gewonnen, weil er in der Deputiertenkammer immer wieder ausgerufen hat und seine ganzen Handlungen dem einen Gedanken zu unterstellen mußte: „Les Allemandes sont à Noyon!“ Ich möchte wünschen, daß auch die deutschen Minister so jenseitigen Blick nur nach außen richten und alle ihre Reden mit einem catonischen Ruf schließen:

„Die Franzosen stehen am Rhein!“

(Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall!)

Volksgemeinschaft ist zum andern Staat. Ein Volk ohne Staat ist eine Horde. Mag man den Staat als den „Kader Staat“ oder mit unserm Hegel als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ bezeichnen, jedenfalls ist der Staat dem Volke notwendig, wie Rückgrat, Struktur und Gliederung dem lebendigen Organismus. Nur durch den Staat und seine Einrichtungen ist das Volk handlungsfähig.

Wir haben die Weimarer Verfassung abgelehnt. Wir lieben sie nicht. Wir haben uns nicht dazu verstehen können, den 11. August, den Tag ihres Inkrafttretens, zum Nationalfeiertag zu erklären. Wir erblicken auch sonst in deutschen Landen wenig Liebe dafür. Wie wäre es zu verstehen, daß alle Parteien an dieser Verfassung rütteln und eine Abänderung nach der anderen beantragen, wenn sie nicht allesamt mit diesem Werke unzufrieden wären!

Dennoch: die Weimarer Verfassung ist Grundlage unseres Rechtslebens. Wir haben uns deshalb auf ihren Boden gestellt und sie gegen Angriffe geschützt. Man hat uns vor der Wahl von 1920 prophezeit, daß, wenn wir im Wahlkampf siegten, der Bürgerkrieg ausbrechen würde. Wir haben geglaubt. Aber weil wir nach dem Wahlsiege zur positiven Mitarbeit bereit waren, ist der Bürgerkrieg

Deutsche Volkspartei

Liste

Curtius, Düringer, Schaible

Erfüllungspolitik zu gehen. Was sollen wir ehrlich erfüllen? Den ganzen Friedensvertrag? Den Londoner Zahlungsplan? Oder etwa doch noch unbekanntem Beschluß der nächsten Reparationskonferenz? Will man wirklich eine Blanko-Unterschrift ausstellen? Oder hält man es für denkbar, daß die Ententevölker an die Ehrlichkeit des Willens glauben, etwas Unmögliches zu erfüllen? Wenn aber diejenigen, die die alten Schlagworte der Erfüllungspolitik von Neuem in den Wahlkampf werfen, glauben, damit geschickte Außenpolitik zu treiben, etwa die französischen Wahlen zu beeinflussen, so darf ihnen doch wohl die Erfahrung der ganzen letzten fünf Jahre entgegengehalten werden: Was hat man uns alles versprochen, wenn wir den Kaiser wählten, als er demokratisierten, ehrlichen Erfüllungswillen zeigte! Wir haben bis zum Ueberdruß christlichen Verständigungsweilen erklärt, wir haben uns demokratisiert wie noch kein Volk der Erde — die Folge war der ungeheure „Rechtspruch“ Ipirid Reichsbruch der Geschichte, die Schmach von Versailles, Raub und Knechtung der folgenden Jahre. Man glaube doch nicht, mit solcher unmännlichen Politik die deutschen Geschichte lenken zu können! (Bravo!)

Die Deutsche Volkspartei hat den Friedensvertrag abgelehnt. Sie hat das Londoner Ultimatum bekämpft und die Unterschrift unter den Londoner Zahlungsplan verweigert, sie hat den Ruhrkampf an hervorragender Stelle mitgeführt und bis zum äußersten Widerstand geleistet. Als der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, — übrigens im Einverständnis sämtlicher Parteien des Reichstages — hat Dr. Stresemann erklärt und dieser Erklärung entsprechend bis heute gehandelt;

daß er den Kampf als solchen nicht aufgab, ihn vielmehr bis zum Ziele der Befreiung des deutschen Bodens durchzuführen würde. (Stürmische Zustimmung.)

So bleibt unsere Einstellung nach wie vor auf Abwehr eingerichtet. Wenn Sie ein Schlagwort haben wollen — im allgemeinen sind sonst all diese Schlagworte gefährlich — so möchte ich unsere Politik gegenüber dem Friedensvertrag von Versailles als Ermattungsstrategie bezeichnen, die freilich ein ungeheures Maß von Willensenergie und Geduld, eine stets sich wiederholende Anforderung an deutsche Zähigkeit und Seelengröße stellt.

Man fordert von anderer Seite die Zerreißung des Friedensvertrages, gar den offenen Kampf mit Frankreich. Auch die deutschnationale Volkspartei hat bei der Aufgabe des passiven Widerstandes diese Forderung erhoben. Sie ist in der folgenden Zeit von diesem Plane abgekommen. Ich selbst war zugegen, als in den interfraktionellen Verhandlungen zur Herbeiführung einer Koalition der bürgerlichen Parteien der Abgeordnete Dr. Hergt, der deutschnationale Parteiführer, die Erklärung abgab:

Die deutschnationale Volkspartei habe sich nachträglich davon überzeugt, daß es notwendig wäre, zunächst die im Friedensvertrage auch für uns enthaltenen Möglichkeiten voll auszunutzen und zunächst mit aller Energie auf die Lösung des gesamten Reparationsproblems loszuzusteuern. (Hört, hört!)

verhindert worden. Seitdem ist der politische Leitgedanke der Deutschen Volkspartei geblieben:

**Verantwortliche Mitarbeit und nicht negative Opposition!**  
Unsere Stellung zur Weimarer Verfassung ist von der Deutschen Volkspartei zum Vorbild genommen worden. In jenen Verhandlungen zur Bildung einer bürgerlichen Regierung im November 1923, von denen ich schon berichtet habe, hat der Abgeordnete Dr. Hergt auch die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Verfassung festgelegt. Er hat erklärt, auch die Deutsche Volkspartei stelle sich auf den Boden der Verfassung, sie betrachte sie als Rechtsordnung und sei damit einverstanden, daß jeder Versuch, sie gewaltsam zu ändern, möge er von Einzelnen oder von illegalen Verbänden kommen, als Verfassungsbruch strafrechtlich rückwirkend verfolgt werde!!

(Hört! Hört!)

Wir sind in der Beschützung der Weimarer Verfassung so weit gegangen, daß wir das Republik-Schutzgesetz mitgemacht haben. Wer uns deshalb heute tadelt, der muß sich im Geiste in jene Zeiten nach der Ermordung des Ministers Rathenau und in jene Reichstagskammer zurückversetzen, in der der Reichstagspräsident Dr. Brüning erklärte, im Falle des Kampfes würde er auf Seiten des Proletariats stehen und den fürchterlichen Ausruf tat: „Der Feind steht rechts!“ Hätten wir uns damals verweigert, so wäre eine Diktatur der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien gekommen, die sich bereits auf ein Programm zur Aufrichtung dieser Diktatur geeinigt hatten. Die außen- und innenpolitische Lage gestattete uns die Opposition einfach nicht! Wir mußten auch gerade im Schutzgesetz mitarbeiten. Von Einzelheiten abgesehen haben wir erreicht, daß es, statt einseitig nach rechts, gegen alle gerichtet wurde, die den Staat durch Fäulnis u. dgl. sprengen wollten, und daß darüber hinaus zum Schutze der Verfassungsorgane das Reichsstrafgesetzbuch einen neuen Paragraphen erhielt. Wir haben ferner dafür gesorgt, daß die Aufhebung des Schutzgesetzes durch einfaches Gesetz erfolgen kann und haben längst einen Aufhebungsgesetzentwurf gestellt, der ohne Zweifel im neuen Reichstag wiederholt werden und zur Aufhebung des Gesetzes führen wird. Wir brauchen uns also dieser Mitarbeit am Schutzgesetz nicht zu schämen.

Haben wir so an der Verteidigung der gemeinsamen Rechtsordnung mitgewirkt, so haben wir das Recht, Wünsche und Forderungen für notwendige Veränderungen der Weimarer Verfassung vorzubringen. Lassen Sie mich auf das Wichtigste eingehen.

Das

#### Verhältnis von Reich und Ländern

Es ist leider noch kein Gleichgewichtsverhältnis. Die bairische Denkschrift zur deutschen Verfassung hat den Blick in gefährliche Klüfte tun lassen. In Preußen hat sich ein Preußenring zur Abschaffung des Art. 18 der Reichsverfassung, Beseitigung des freien Stimmrechts der preussischen Provinzen im Reichsrat und zur Wiederherstellung der von Preußen im Gesamtreich zu beanspruchenden Stellung gebildet. Die Reichsminister machen immer wieder die Erfahrung, daß das gegenwärtige Verhältnis der Reichsregierung, namentlich zum preussischen Staat und zu seiner Verwaltung die schwersten Hemmnisse für eine geordnete Reichsverwaltung bilden.

Wie soll das Problem gelöst werden? Man hört die verführerische Formel: Zurück zu Bismarck! Gewiß, Bismarcks Genie ist uns ein Vorbild und Beispiel. An seinen politischen Methoden können wir nicht genug lernen, aber auch seine Wege gehören der Geschichte an. Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Otto von Bismarck würde, wenn er heute lebte, ganz gewiß neue Wege suchen und gehen.

Ebenso gefährlich ist das Schlagwort: „Starke Staaten im starken Reich“. Gerade hier im Süden und im Westen ist diese Forderung populär. Man übersieht dabei einen inneren Widerspruch. Ein starkes Reich ist mit „starken“ Staaten undenkbar. Starke Staaten würden das Reich sprengen. Die erste Forderung muß lauten: „Ein starkes Reich!“ Hier müssen sich die Länder ein- und unterordnen.

Es ist mißlich, ein so umfassendes Problem wie das von Reich und Ländern auf einfache Formeln zu bringen. Werde ich aber vor die Aufgabe gestellt, so sehe ich die Wahrheit in dem lateinischen Sprichwort: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas, zu deutsch: „In Notwendigen Einigkeit, in Allem Liebe!“

In Notwendigen — Einigkeit! — Mir scheint, daß es möglich sein wird, ruhig und sachlich, getragen von dem allseitigen Wunsche, unter allen Umständen beizubehalten, diejenigen Gebiete abzugrenzen, auf welchen, weil für den Zusammenhalt des Ganzen notwendig, das Reich herrschen muß. Man wird bei solcher Untersuchung nicht mit allen bairischen Vorschlägen einverstanden sein können. Unbedingt ist z. B. die Zulassung bairischer Handelsverträge oder einer Vereinigung der 7. Division auf die bairische Verfassung. Nach außen, und als Wehrmacht muß das Reich geschlossen und kraft eigener ausschließlicher Hoheit auftreten. Auf anderen Gebieten wird man den Bayern entgegenkommen können, damit zugleich auch gewisse bairische Wünsche befriedigt werden. Wesentlich ist der Geist, in welchem man an diese Beratungen heranzutreten wird. Trotz der Unfreundlichkeiten des bairischen Ministerpräsidenten von Knilling gegenüber der Reichsregierung dürfen wir erwarten, daß auch mit Bayern in brüderlichem Geiste verhandelt werden kann. Derselbe Herr v. Knilling scheint mir der beste Zeuge dafür zu sein. Denn noch vor wenigen Wochen hat er auf dem Pressefest in Mannheim mit dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Eberl für seine, für unser aller Väter gekämpft. Ich hoffe daher, daß über diesen, im neuen Reichstag demnächst beginnenden Revisionsverhandlungen geschrieben werden wird: „in omnibus caritas — in allem Liebe!“ (Bravo!)

Das zweite staatliche Problem, das dringend der Lösung harret, ist das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft.

Hier steht unser liberales Gedanke ein. Wir müssen zurückkehren zur Auffassung des Rechtsstaates. Unser deutscher Staat hat sich in den Kriegs- und Revolutionszeiten allseitig in das Gesellschaftliche hineingekippt, allzu eng von der Wirtschaft, den Verbänden, Interessens-Organisationen und Gewerkschaften verstrickt lassen. Heute ist er von ihnen umrankt, durchwuchert und zerstückt. Es ist die höchste Zeit, den Staat wieder aus dieser Umklammerung zu befreien und dafür zu sorgen, daß die Autorität des Staates die Wirtschaft nur als erste Dienerin des Staates gelten läßt. Gebet dem Staate, was des Staates ist! Aber gebet auch der Wirtschaft, was der Wirtschaft gebührt! Die geschuldete Vergütung und Bewirzung hätte nicht eintreten können, wenn im deutschen Reiche dem Verbandsprinzip die rechte Dekantation gegeben worden wäre. Hier liegt ein schwerer Mangel der Weimarer Verfassung vor. Ihre Grundgedanken sind „wellfärlig“. Sie bedarf der Ergänzung durch die deutsche Rechtsinstitution. Der Reichswirtschaftsrat, der mit dem Reichstag vom Jahre 1920 vorläufig einseitig eingesetzt worden ist, hat diese Aufgabe wohl deshalb nicht erfüllt, weil ihm das abwegige Prinzip der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstrukturiert worden ist. Auch die Reichsregierung hat von ihm nicht den Gebrauch gemacht, den sie hätte machen können. Ich habe mich wiederholt im Haushaltsausschuß des Reichstages darüber beschwert, daß uns bei wichtigen wirtschaftlichen Gesetzen die Gutachten des Reichswirtschaftsrates nicht vorgelegt worden wären. Die Neuorganisation des Reichswirtschaftsrates, die ihm noch immer fehlende regionale Untermannung wird einen wichtigen Gegenstand der bevorstehenden Verfassungsberatungen sein. Wir greifen nicht zu hoch wenn wir behaupten, daß es sich im Grunde genommen um Wiederanknüpfung an die allzu früh schon abgelebten Stein-Hardenbergschen Reformen und deren sinngemäße Übertragung auf unser nationales Wirtschaftsleben handelt. Welche Zugkraft der berufständigen Gedanke besitzt, erleben wir täglich. Die Forderung der Beamtenschaft nach einem Vertreterrecht entspricht durchaus gesunden Instinkten. Gelingt es uns, den Berufsständen den rechten Platz in unserem Verfassungsleben anzuweisen, so werden wir gleichzeitig die politischen Organe und die politischen Parteien entlasten. (Sehr richtig!)

Wenige Worte auch, meine Damen und Herren, über die Beamtenfrage, von deren berechtigten Forderungen ich schon nur eine gekreuzt habe. In Beamtenkreisen wird — und ich verstehe das durchaus — nicht verstanden, wie ihr so übel mitgeliebt werden konnte. In der Tat ist die Brutalität ihrer Behandlung nur aus der Rücksicht auf den einen Gesichtspunkt, der unsere Innenpolitik fast allein beherrscht, zu verstehen: den Haushalt auszugleichen

und die Währung zu stabilisieren. Höchst bedauerlich ist es, daß nicht nur eine Beschränkung der Gehälter in unerhöhter Weise eintreten ist, sondern daß anscheinend keine Zeit dazu war, den Abbau am richtigen Ende, dem lächlichen Rand dem persönlichen, anzupacken. Ich stimme mit der Beamtenschaft überein, wenn sie fordert: Genug des Opfers, das von uns gefordert wird! Sie hat ein Recht darauf, eine

#### Erhöhung der Gehälter

zu erfahren, die ihr wieder ein menschenwürdiges Dasein verschafft. Ebenso berechtigt ist ihre Forderung, daß die Personalabbauperordnung einer baldigen Revision zu unterziehen ist. Unsere Beamtenevertreter haben es nicht verantworten können, die sofortige Aufhebung der Personalabbauperordnung zu fordern, sondern sich darauf beschränkt, einen eingehenden Revisionsantrag einzubringen. Wir werden sofort nach Zulassung des neuen Reichstages die Revision der Beamtenevertreter verlangen. Wir glauben für diese Haltung Verständnis in der Beamtenschaft zu finden. (Sehr wahr!)

Die Neuordnung unseres Staatslebens, von der ich versucht habe, einige Stücke vorzuführen, würde sich nicht lohnen, wenn es sich nur darum handelte, ein in Sklaverei dahinsinkendes Volk zu organisieren. Für große Aufgaben müssen wir uns höchste Ziele stecken. Gewiß, wenn uns nach Regelung der außenpolitischen Fragen Ruhe beschienen sein wird, werden wir zunächst die zahllosen Wunden, mit denen unser Volk bepackt ist, verheilen lassen müssen. Sind sie aber vernarbt, so müssen wir viel Lebenskraft aufbewahren haben, daß wir nicht ruhen und rasten, bis wir wirklich eine deutsche Staatsnation geworden sind, d. h. bis wir unter dem schickenden Dache des deutschen Staates alle deutschen Stämme vereinigt haben. Ich lasse deshalb nicht von der Prophezeiung Ulrich von Hutten:

„Geduld, es kommt der Tag,  
Da wird gespannt  
Ein einig Volk  
Ob allem deutschen Land!“  
(Weißall.)

## Aufwertungsgläubiger!

Der Inflationswindel hat Euch arm gemacht. Aber „der alte Düringer“, unser bairischer Landsmann, hat sich zu Euerem politischen Vertreter im allen Reichstag mit dem Erfolg gemacht, daß wenigstens Hoffnung auf Besserung vorhanden ist. Wenn Düringer, dem neulich ein deutsch-amerikanisches Blatt den Ehrenkittel des

## Armen-Anwaltes aller Deutschen

beigelegt hat, seine erfolgreiche Tätigkeit, die jetzt schon von Hunderttausenden gesegnet wird, forschen soll, dann müßt Ihr dafür sorgen, daß er wieder in den Reichstag kommt! Treue um Treue! Was sich der Siebzigjährige vorgenommen hat, ist eine Sektulararbeit.

„Allen Gewalten zum Trost sich erhalten“

das ist Düringers Wahlpruch. Macht ihn zu dem Euren! Wer Düringer wählen will,

wählt die

## Deutsche Volkspartei!

Volksgemeinschaft ist zum Dritten nationaler Wirtschaftsrat. Auf dem Gebiete der Wirtschaft sind die Gegensätze in unserm Volk naturgemäß am größten. Einige dieser Gegensätze haben sich glücklicherweise in den letzten Monaten abgeklärt, so z. B. das Verhältnis von Produzenten zu Konsumenten. Wenn nicht alles trügt, kommen wir aus einer produktionsbetonten Wirtschaft in eine Periode, in welcher die Produktion mehr als bisher sich als Dienerin der Konsumtion fühlt. Größerer Umsatz, kleinerer Nutzen, wird wieder die Lösung der Wirtschaft, und es wäre gewiß ein Fortschritt, wenn unsere Wirtschaft das Nordische Prinzip der Dienstleistung annehmen würde.

Ein anderer, noch gefährlicherer Gegensatz scheint zu unserer aller Verwunderung fast verschwunden zu sein: Der Gegensatz zwischen Stadt und Land. Noch vor wenigen Monaten war geradezu ein Haß der Städte gegen die Landwirtschaft zu fühlen. Heute ist die Lage der Landwirtschaft Gemeinwissen aller Städte. Es ist ein ungeheurer Fortschritt, wenn man z. B. in der Frankfurter Zeitung eine leidenschaftslose Abhandlung über die Frage eines

#### Schutzzoll für die Landwirtschaft

steht. In der Tat werden wir im Reichstag über Kurzem vor diese Frage gestellt werden. Die Landwirtschaft macht eine Krise von einer Tiefe durch, wie sie ähnlich nur in carolinischen Zeiten bestanden hat. Ihre Produkte stehen erheblich unter, ihre Produktionsmittel im Ganzen fast über den Arbeitspreis. Landwirtschaftlicher Betrieb ist unter diesen Umständen glatte Verlustwirtschaft. Dazu kommen gewaltige Steuern, begründet auf den Mehrertragswert, der für diese Reichsteile nicht mehr den tatsächlichen Wert, sondern den gemeinen Wert, sei es dem Ertragswert, entspricht. In der Denkschrift, welche die Reichsregierung den allierten Sachverständigen ausgestellt hat, ist nachgewiesen, daß der Landwirt fast zwei Drittel seines Einkommens abzugeben hat. Es ist allen verständlich, selbst demjenigen Städter, der am meisten unter den hohen Preisen der Landwirtschaft in der Inflationszeit gelitten hat, daß dieser Zustand nicht lange dauern kann. Da die Landwirtschaft noch immer die Grundlage der Gesamtwirtschaft ist und noch immer das Sprichwort gilt: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“, so müssen wir im gesamten deutschen Interesse unverzüglich an die Lösung dieses landwirtschaftlichen Problems heranzutreten.

Ein dritter Gegensatz, der gefährlichste, ist aber noch unüberbrückt: der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Kapital und Arbeit.

Kraft scheint es so, als ob dieser Gegensatz erst in der jüngsten Zeit eine besondere Aufspaltung erfahren hätte. In den Kämpfen, die zwischen den beiden Parteien entbrannt sind, ist die Arbeiterschaft in die Brüche gegangen, die im Jahre 1918 uns allein über die wirtschaftliche Revolution hinweggerettet hat. Wir hatten im Wahlkampf 1920 den Gedanken der Arbeiterschaft in die Mitte unseres Wirtschaftsprogrammes gestellt. Wir lassen uns durch den Mißerfolg der letzten Monate in unserer Überzeugung nicht irremachen, daß Kapital und Arbeit im Produktionsprozess unauflöslich mit einander verflochten, auf einander angewiesen und zur Arbeiterschaft angewiesen sind. Dieser Gedanke der Arbeiterschaft fordert Rücksichtnahme beider Teile aufeinander. Das Pöbel, das in den Revolutionszeiten so weit nach links ausgefallen war, ist nun im Begriffe, sich nach rechts zu überschlagen. Wir haben die Pflicht, es aufzuhalten und dafür zu sorgen, daß wieder ein ruhiger Schlauch die Wirtschaft beweget. Das Unternehmertum im Ganzen ist sich seiner Verantwortung nicht bewußt. In dieser Last läßt er nichts als Auswüchse, die bedauerlicherweise zu beobachten sind. Wir werden mit rücksichtsloser Energie solche Auswüchse zu beseitigen haben. Ich erinnere mich, vor Jahren, als ich noch Stadtratsmitglied in Heidelberg war, prophezeit zu haben, daß wir noch einmal gemeinsam um die Erhaltung der sozialen Einrichtungen der Bismarckschen Zeit ringen würden. Diese sozialen Einrichtungen und das Gelingen, was spätere Zeiten hinausgeschoben haben, werden nicht fahren lassen. (Weißall.) Unsere Kollegen Thiel,

Streiter, Moldenhauer sind Kämpfer für diese sozialen Gedanken. Jeder Einzelne von uns fühlt sich von dem bekannten liberalen und nationalen Zusammen einen guten Dreiklang gegeben. Auf der anderen Seite berechtigt uns diese Stellungnahme auch zu Forderungen für die Wirtschaft, die unverzüglich erfüllt werden müssen, soweit es noch nicht geschehen ist. Wir sind im Wahlkampf 1920 für die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die rechtliche Beilegung der Kriegsgesellschaften eingetreten. Wir haben dieses Versprechen erfüllt. Von den Kriegsgesellschaften besteht nicht eine einzige mehr.

die Zwangswirtschaft ist gefallen, der Abbau des letzten Restes, der Wohnungszwangswirtschaft, schreitet rasch fort. Darüber hinaus hat unser Minister von Kaumer als Ergebnis den Abbau der Außenhandelsstellen betrieben. Inzwischen ist die Außenhandelskontrolle auf das unerlässlich notwendige Maß herabgesetzt. Endlich ist es dem Drängen unserer Mittelstandsvertreter, in allem des Abgeordneten Benning zu danken, daß eine der lästigsten wirtschaftlichen Fesseln, die Wuchereresehebung, in den letzten Tagen gefallen ist. Auf diesem Wege der Beseitigung der Wirtschaft vom Staatssozialismus und sozialer Wirtschaftstheorie, die überlebte Engherz angeht, werden wir fortschreiten, ohne dabei den Liberalismus des Manchestertums zu verlassen.

Ich darf in diesem Zusammenhange mich nicht scheuen, das letzte Eisen des Achtstundentages anzuheben, auf die Gefahr der lebhaftesten Widerspruch und erfahrungsgemäß heftigen Unterbrechungen zu begegnen. Der Arbeiterschaft und dem Sozialismus wird nicht erspart werden können, auf

das Dogma des Achtstundentages zu verzichten. Auf der anderen Seite fällt es uns nicht ein, an seiner Stelle ein Dogma des Zehn- oder gar Zwölfstundentages aufzurichten zu wollen. Richtig verstanden ist der Achtstundentag überhaupt kein Prinzip, sondern nur ein Maß, das nach der wirtschaftlichen Lage, dem sozialen Zustande des ganzen Volkes und den hygienischen und ethischen Maßstäben der Gegenwart richtet. Auch wir hoffen, daß unsere Wirtschaft wieder einmal die Blüte der amerikanischen Wirtschaft ermporwachsen möge, in der weitestem Umfange der Achtstundentag ausreicht. In der deutschen Gegenwartsfrage, in der ungeheuren Not, in der wir uns befinden, muß aber von der Arbeiterschaft gefordert werden, daß da, wo die Möglichkeit sich bietet, mehr als acht Stunden gearbeitet werden dürfen. Das scheint paradox in einer Zeit, in der Millionen von Arbeitslosen auf der Straße liegen. Bei näherem Zusehen löst sich aber der Widerspruch leicht. Natürlich kann nicht da, wo Arbeitslosigkeit herrscht, mehr als acht Stunden gearbeitet werden. Es handelt sich aber darum, daß in den Industrien, der Produktion und Transportgewerbe zunächst mehr produziert wird, um billige Waren auf den Markt zu bringen und damit die Kaufkraft des gesamten deutschen Publikums zu heben. Von da aus wird allmählich die gesamte übrige Wirtschaft befruchtet und wieder in Gang gebracht, so daß es möglich ist, nach und nach immer weitere Gebiete der Produktion voll zu beschäftigen. Niemand, der in der Politik steht, wird das Arbeitslosenproblem mit keinem ungeheuren Gleichheitsgefühl nehmen. Es gibt in der Wirtschaftspolitik keine wichtigere Frage zur Zeit als diese eine Frage, die auch für die Erhaltung des Staates und seiner Ordnung von ungeheurer Bedeutung ist. Aber gerade wegen dieser Bedeutung und wegen ihres Zusammenhanges mit der deutschen Not muß man der Arbeiterschaft mit Bestimmtheit erklären, daß Wirtschaftsvernunft und

Rücksicht auf deutsche Not gleichermassen mehr Arbeit fordern, wo sie möglich ist und daß durch diese Mehrarbeit und die dadurch herbeigeführte Preissteigerung und Kaufkraftsteigerung die deutsche Wirtschaft wieder zur Geltung geführt werden kann. (Sehr richtig!)

Von dieser Geländung der Wirtschaft sind wir allerdings weit entfernt. Dennoch haben wir das Wagnis unternommen, unter das Dach des Hauses, in welchem die Wirtschaft das Erdgeschoß einnimmt, der Ausgleich des Haushalts sich im ersten Stockwerke anzustellen muß, zu reparieren, d. h. den Versuch zu unternehmen, die Währung zu stabilisieren. Sie alle haben von dem Streit um

Vaterschaft der Rentenmark gehört. Sie sehen, wie sich zahlreiche Väter um das Kind drängen. Freilich sind darunter auch Stiefväter, die das Kind schon nicht verleugnen und jedenfalls nicht die ihm gebührenden Almosen willig zahlen Steuern, aufbringen wollen. Doch Scherz beiseite, Wahrheit ist nicht die Vaterschaft der Rentenmark das Entscheidende. Entscheidend ist auch nicht die Ideen und Projekte, die der politischen Lösung zugrunde liegen oder wenigstens an ihre mitgemacht haben.

In aller Finanzgeschichte der Zukunft wird vielmehr geschrieben stehen, daß die Rentenmark vom Kabinett Stresemann geschaffen worden ist, daß unter der Kanzlerschaft von Dr. Stresemann die deutsche Notenpresse stillgelegt wurde!

Wir haben ein Recht des Stolzes auf diese Tat und wollen uns den Ruhm daran nicht schmälern lassen.

Freilich sind wir bescheiden genug, zuzugestehen, daß im Grunde genommen das ganze Volk seinen Anteil daran hat; denn ohne Opfer an Steuern, die gleichzeitig auferlegt werden mußten, ohne die brutalen Eingriffe in wohlverordnete Rechte der Beamten, ohne die rücksichtslose Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten, ohne zum Schaden bedürftiger Kreise, alle Opfer, die geduldig ertragen worden sind, wäre die Stabilisierung der Währung nicht gelungen. Diese aber, die Verwirklichung auf dem Geldmarkt, ist das eigentlich entscheidende Kennzeichen der Wirtschaftsepochen der vergangenen Monate. Ich brauche niemanden daran zu erinnern, welche entsetzlichen Zeiten wir vor wenigen Monaten durchgemacht haben. Heute zittert das ganze Volk vor dem Gedanken, die Papiermark und damit die Rentenmark könnten nochmals abtauchen. Wenn gelungen ist, durch viele Monate Ruhe und Sicherheit im Geldmarkt zu bewahren und dann alle Vorkehrungen getroffen sind, um die Stabilisierung durchzuhalten, so verdammt das deutsche Volk diesen Erfolg der

Regierung Stresemann und ihrer Nachfolgerin.

Der Schaffung der Rentenmark, der Stabilisierung der Währung, dient auch die neuformierte dritte Steuernverordnung. Ich weiß, welche Erregung hierüber in allen Schichten des Volkes durch alle Parteien hindurchgeht. Wir haben hier nur unter dem Gesichtspunkte aufzuführen können, daß sie ein wesentliches Stück der Gesamtarbeit der Kabinette Stresemann und Dr. Marx unter der Ermächtigungsgesetzen darstellt.

Wir haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir es bald nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages ihre Revision fordern werden, eine Revision, die ganz abgesehen von der unbedingten geleisteten Frage der Aufwertung auch in vielen anderen Teilen des weitverzweigten Gebietes der Verordnung notwendig ist. Mit Stolz dürfen wir rühmen, daß die Aufwertungsfrage durch unsere Fraktion, vor allem durch Minister Dr. Düringer, der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, ins Rollen gebracht worden ist. Er zusammen mit Gildemeister und Stumpf haben seinerzeit im Reichsausschuß das Sperrgesetz gebracht und gegen alle Abgeordneten mit einer einzigen Ausnahme verteidigt. Als der Finanzminister Dr. Lütjers, von seinem politischen Standpunkte reiner Finanzinteressen aus durchaus verpflichtet, die Aufwertung überhaupt verbot, wollte, war es Dr. Stresemann, der seine ganze Autorität für die Aufwertung im Kabinett in die Waagschale warf.

In ganzen wird man sagen dürfen, daß es sich heute nicht mehr um das Prinzip der Aufwertung, sondern nur um das Maß der Aufwertung handelt. Das hier, wie im allgemeinen die Interessen der schwer leidenden Mittelstandes am besten aus unserer Reihe wahr werden, dafür bürgt die Person und zähe Energie des Kämpfers der Aufwertung, Exzellenz Dr. Düringer, den auf unserer Kandidatenliste mit aufzuführen zu dürfen für uns eine besondere Bedeutung genügt sein wird. Der Rentenmark und ihrer Erhaltung dient schließlich auch

die Goldbörsenbank. Ich bin gebeten worden, einige Worte über sie zu sagen, weil über diese Frage allgütige Mißverständnisse herrschen. Die Stabilität der Papiermark und mit ihr der Rentenmark ist von der Bank

des Devisenmarktes abhängig. Demnach die Anforderungen an den Devisenmarkt in der Weise fort wie bisher und bei der ungeheuren Passivität unserer Handelsbilanz ist das zu erwarten, so würde sich, falls nicht neues Material gefunden würde, über kurz oder lang die Notwendigkeit einer Heraushebung des Dollarkurses und damit eines Herabdrückens der Papiermark einstellen. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Erreicht werden kann aber dieses Ziel nur durch Herannahme ausländischer Kredite bei der in Deutschland herrschenden Kapitalarmut. Dr. Schacht, der Reichsbankpräsident im Einverständnis mit dem Außenminister Dr. Stresemann, denn es handelt sich dabei gleichzeitig um die wichtigsten außenpolitischen Probleme, hat seit Monaten im Ausland die Verhandlungen zur Herannahme von Krediten geführt. Diese zähen Bemühungen sind endlich von Erfolg gekrönt gewesen. Das Ausland, vor allem England, stellt

### 300 Millionen Goldmark

zur Verfügung, eine Summe, die bei dem häufigen Umschlag des Kredites ausreicht, um fast die Hälfte unseres ganzen Importes zu finanzieren. (Hört, hört und Bravo!) Diesem Zwecke, der Entlastung des Devisenmarktes und damit der Entlastung der Papier- und Rentenmark dient die Golddiskontbank. Sie hat nichts mit einer Internationalisierung der deutschen Finanzen zu tun. Vorstand und Aufsichtsrat sowie sämtliche Aktien der Bank sind ausschließlich in deutschen Händen. Es besteht keinerlei Abhängigkeit vom Ausland. Die Bank ist in Wahrheit nur eine Abteilung der Reichsbank. Die geringfügige Summe an Noten, die sie auszugeben das Recht hat, wird die Rentenmark und die deutsche Währung nicht gefährden. Diese Noten lauten auf Pfund Sterling und sind im Grunde nur Devisenzertifikate, welche an die Stelle von Gutscheinen im Verkehr mit befreundeten ausländischen Notenbanken treten. So ist auch die Schaffung der Golddiskontbank ein Teil der großen Aufgabe, die sich die letzten Regierungen gestellt haben und ein Aktuum, das diese bei der Gesamtabrechnung mit dem deutschen Volk in den Wahlen ins Feld führen können.

Als letztes Stück aus dem Gesamtwerk der Kabinette Stresemann und Marx möchte ich schließlich noch eine Maßregel herausgreifen, die im Allgemeinen wenig beachtet, für die Zukunft unserer Wirtschaft aber von größter Bedeutung werden kann. Es ist bekannt, daß unser Mittelstand im Handel und Gewerbe unter den Auswüchsen des Syndikats, Kartells und Trustwesens schwer zu leiden gehabt hat.

Im Herbst 1923 veränderte sich die Forderung nach Schutz vor diesen Gefahren zu dem Ruf: „Fort mit den Kartellen!“ Eine Zeitung wurde wirklich der Plan verfolgt, die Kartelle mit Stumpf und Stiel auszurotten. Man erkannte aber bald, daß damit der Wirtschaft und dem Mittelstande nicht gedient sein würde. Eine gewisse Marktregulierung durch Zusammenfassung ist notwendig. Eine vollständige Zerlegung der Kartelle würde nur die großen und kapitalkräftigen Konzerne überleben lassen. Sie würden in ihrer Isolierung eine neue Gefahr darstellen. Aus diesen Erwägungen entschlöß sich die Reichsregierung in der Kartellverordnung vom 3. November, einen Mittelweg zu gehen und sich darauf zu beschränken, die Auswüchse des Kartellwesens zu beseitigen. Infolge Unkenntnis der Verhältnisse hat in der letzten großen Aussprache des Reichstages der Fraktionsführer der Vereinigten sozialdemokratischen Partei der Reichsregierung vorgeworfen, daß ihre Kartellpolitik keine Fortschritte mache. Der Reichswirtschaftsminister war in der Lage, in seiner Antwort darauf hinzuweisen, daß die Kartellverordnung schon weitreichende Wirkungen ausübte, daß das Kartellgericht nicht nur durch seine zahlreichen Entscheidungen, sondern auch durch die bloße Tatsache seines Daseins regulierend auf die

### Politik der Kartelle

einwirkte und daß überhaupt eine Art von Kartellmilderung zu beobachten sei. Wer in Kreisen der kartellierten Industrie zu Hause ist, der weiß, wie nachhaltig die Folgen der Kartellverordnung sind, mag auch manches noch weiter reviditionsbedürftig bleiben. Im Ganzen wird man der Reichsregierung beistimmen dürfen, daß sie mit ihrer Verordnung zur Regulierung des Kartellwesens, zur Beschränkung seiner Auswüchse und damit zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes einen großen Ruf getan hat.

Zum Schluß dieses Abschnittes geizt es sich, das Werk der beiden Kabinette Stresemann und Marx zusammenzufassen und damit gleichzeitig auf den Grund der Auflösung des Reichstages und auf

### die Wahlsparole der Reichsregierung

hinzuweisen. Diese bedeutsame Erklärung, hinter der die vier Regierungsparteien und damit auch wir von der Deutschen Volkspartei geschlossen gestanden und die wir mit freudiger Zustimmung begrüßt haben, lautet folgendermaßen:

„Das deutsche Volk hat jetzt zu entscheiden, ob es mit uns in voller harter Arbeit Ordnung und Ruhe sichern, ob es den Wegerner Pflichten Erfüllung weiter gehen will zu dem Ziel, unsere bedrängten Brüder am Rhein, Ruhr und Saar wieder mit uns zu vereinen und Deutschland frei zu machen oder ob es sich an haltlosen Versprechungen und billigen Schlagworten herausgibt, im wilden Drang nach trügerischen Zielen sich in Zwittertracht zerreißen und in daß verzehren will. Die Reichsregierung stellt sich schärfend vor ihr Werk, das dem deutschen Volke nach den schwersten Schicksalströmungen wieder Ruhe und Sicherheit gebracht hat, durch das die Währung erhalten und die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt worden ist, die Aufrechterhaltung der Sicherheit gewährleistet. Das alles ist auch die Voraussetzung dafür, daß auch die deutsche Regierung das Lebensrecht des deutschen Volkes in den bevorstehenden außerpolitischen Entscheidungen wahren kann, denen sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem Volk und ihrer Geschichte aber auch in voller Freiheit des Entschlusses gegenübersteht.“

Die Aufgabe, den Gedanken der Volksgemeinschaft nach allen Seiten zu entwickeln, würde nicht erfüllt sein, wenn ich nicht auch noch mit einigen Worten auf

### die Volksgemeinschaft als Kulturgemeinschaft

hinweisen möchte. Auch dieses Gebiet liegt uns von der Deutschen Volkspartei ganz besonders am Herzen, zählen gerade wir doch in unseren Reihen die größten Teile des alten Mittelstandes, des Trägers der deutschen Kultur. Bewunderungswürdig und ergreifend ist das Ringen dieser Schichten um Erhaltung des Erbgutes, das sie von den Vorfahren übernommen und das sie sich selbst erworben haben, um es zu belien. Mit Recht hat der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Wien den Kampf um die Erhaltung der deutschen Geistesfreiheit in den Mittelpunkt seiner Ansprache gestellt. Wir dürfen uns nicht im Unklaren darüber sein, daß, wenn uns überhaupt ein Wiederaufbau beschieden ist, dieser nur nach innerer Wiedergeburt und unter Erhaltung der deutschen Kultur möglich sein wird. Dieses Kulturproblem ist auch ein Gebiet, auf welchem unser liberaler Gedanke seine Kraft entfaltet. Im lautersten Sinne haben wir unter Liberalismus immer die Förderung verstanden, die Freiheit zum inneren Schaffen, zur inneren Erneuerung, zu sittlichen Leistungen, zu gewinnen.

Die Bemühungen auf diesem Gebiete sind fürchtbar. Die Arbeit, die wir in den vergangenen Jahren zu leisten hatten, war eine Sisyphusarbeit. Es ist nicht gelungen, das Reichs sch u l g e s e h, um nur ein Beispiel herauszugreifen, unter Dach und Fach zu bringen, doch dürfen wir mit Stolz hervorheben, daß es wesentlich der unermüdbaren Tätigkeit unserer Abgeordneten, vor allem des Abgeordneten Dr. Nunkel, zu verdanken ist, wenn eine einheitliche Front der bürgerlichen Parteien für die Festlegung der Gleichberechtigung der drei Schulgattungen: Gemeinschaftsschule, Befähigungsschule, Befähigungsfreie Schule und über die christliche Grundfrage der Gemeinschaftsschule gegen die Sozialdemokratie erzielt worden ist.

Das Beste auf dem Gebiet der Jugendziehung wird freilich nicht durch Staat und Schule erreicht, sondern das Beste muß das Elternhaus geben, für dessen Wohlfahrt, soziale Gesundheit und sittliche Reinheit wir unsere beste Kraft in der Partei in karitativer Arbeit einsetzen. Mit Sorge verfolgen wir die Entwicklung unserer Jugend. Wir sehen Radikalismus links und rechts. Dabei wollen wir die Energie und Kraft dieser Bewegungen in den

vaterländischen Jugendverbänden gerne anerkennen; dann müssen wir auch fordern, daß zur Kraft allenthalben Sitte und Zucht trete. Sitte und Zucht aber werden wir in unsere Jugend im Ganzen nur dann wieder hereinbringen, wenn wir uns mit unbegrenzter Energie an die

### Wehrhaftmachung von Geist und Körper

heranmachen.

Oft scheint es uns, als müßten wir gerade beim Anblick der Gefahren, die unserer Kultur drohen, verzweifeln. In solcher Lage folgen wir dankbar der Weisung des früheren Heidelberger Historikers Oden, der uns in einem wunderschönen Aufsatz vor Jahresfrist gezeigt hat, daß wir noch immer das Haupt hoch tragen dürfen und daß unsere Kultur nicht hinter denen anderer Völker zurücksteht. In den Zeiten der französischen Revolution, so führte Oden aus, bestand die Gefahr, daß französisches Wesen über das deutsche siegen würde, weil deutsches Wesen in der Tat damals noch in breiten Gebieten des Reiches einen Dornrostenschlaf schlief. Heute dagegen, so macht er mit Recht geltend, können uns die Franzosen nichts, aber auch gar nichts bieten, das unserer Kultur ebenbürtig wäre. Sorgen wir deshalb dafür, daß das wertvolle Vatererbe und die Werte eigener Arbeit erhalten werden und vergessen wir nicht, daß Deutschland aus den Zusammenbrüchen des dreißigjährigen Krieges und der napoleonischen Kriege nur dadurch wieder hochgekommen ist, daß es zunächst den inneren Erneuerungsprozess vollzogen und auf dem Gebiete der Kultur Leistungen vollbracht hat, von denen staunend die Geschichte erzählt und an denen die nachkommenden Geschlechter sich aufgerichtet haben.

Ich komme nun, meine Damen und Herren, zum zweiten, kleineren Teil meiner Ausführungen, den tatsächlichen Fragen der Auseinandersetzung mit den Parteien.

### Volkstreuer.

Und wieder schwankt die erste Wage,  
Der alte Kampf belebt sich neu:  
Jetzt kommen erst die rechten Tage,  
Wo Korn sich sondern wird von Spreu.  
Wo man den Falshen vor dem Treuen  
Gehört unterscheiden kann,  
Den Unerschrocknen von dem Scheuen,  
Den Halben von dem ganzen Mann.

Den wird man für erlaubt erkennen,  
Der von dem Recht erleuchtet ist,  
Den wird man einen Ritter nennen,  
Der nie sein Ritterwort vergißt,  
Den Geisteslichte wird man verehren,  
In dem sich regt der freie Geist,  
Der wird als Bürger sich bewähren,  
Der seine Burg zu schützen weiß.

Jetzt wahrst, Männer, eure Würde,  
Steht auf zu männlichem Entschluß!  
Damit ihr nicht dem Land zur Bürde,  
Dem Ausland zum Gelächter seid.  
Es ist so viel schon unterhandelt,  
Es ist gesprochen fort und fort,  
Es ist geschrieben und gefandelt —  
So sprecht nun euer letztes Wort!

Und kann es nicht sein Ziel erstreben,  
So tretet in das Volk zurück!  
Daß ihr vom Rechte nichts vergeben,  
Sei euch ein lobend stolzes Glück!  
Erharret ruhig und bedenket:  
Der Freiheit Morgen steigt heraus,  
Ein Gott ist's, der die Sonne lenket,  
Und unaufhaltsam ist ihr Lauf.

Ludwig Uhland (1817).

Auch hier stelle ich als Ziel die Volksgemeinschaft, die Zusammenfassung aller Kräfte, die Ausgliederung der Gegenseite an die Spitze. Dieses Ziel muß das Ziel aller Regierungsbildung sein. Zu diesem Ziel können mannigfache Wege führen. Einer der Wege war die sogenannte große Koalition. Der Plan, mit der Sozialdemokratie zusammen eine Regierung zu bilden, ein Plan, den übrigens auch die deutschnationale Volkspartei im Jahre 1920 gutgeheißen hat, ist unzweifelhaft von einem idealen Gedanken getragen. Es war wert, diesen Plan in die Wirklichkeit zu übertragen. Nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Jahre 1921 dem Streben nach Bildung der großen Koalition zugestimmt hatte, wurde deshalb in der gewitterschweren Atmosphäre des vergangenen Augustes die große Koalition unter Dr. Stresemann zur Tat. Sie hat leider nur kurze Zeit zusammengestanden. Die Sozialdemokratie hat die verschlagenen. Schon am 12. August trat die Sozialdemokratie mit ultimativen Forderungen den Todeskampfe hinein. Sie gefährdete es zum ersten Male beim ersten Ermächtigungsgesetz, als aus dem Theoretischen über die Währungsreform die praktische Gestaltung nicht vorwärts kam und das Arbeitszeitproblem als riesengroße Frage am Horizont auftauchte. Sie haben sie gepregelt, als Dr. Stresemann den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragend, in Sachsen und Thüringen einmarschieren lassen mußte. Obwohl die eigenen Minister diesem Beschluß zugestimmt haben, zog die vereinigte sozialdemokratische Partei die Herren aus dem Kabinett zurück und trat in die Opposition, weil sie dem Schwergewicht ihres linken Flügel unter Rücksicht auf dem Radikalismus der Kommunisten erlag.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit ihrem Rückfall in den Klassenkampf, wird uns zur Pflicht. Er entspricht den Grundfragen unseres Parteiprogrammes.

Nach der Zertrümmerung des Weges der großen Koalition ergab sich bei der zahlenmäßigen Schwäche der übrigen Parteien die Notwendigkeit, von selbst nunmehr den Versuch der Bildung einer rein bürgerlichen Regierung zu machen. Es kam zu den in großen Zügen bekannten Verhandlungen im November des vergangenen Jahres zwischen den bürgerlichen Parteien, von der demokratischen bis zur deutschnationalen Partei. Diese Verhandlungen waren auf dem Punkt, zum Ziele zu führen, als die Deutschnationalen unter dem Einflusse ihres radikalen Flügels die Forderung des

### Alles oder Nichts.

d. h. in diesem Falle die gleichzeitige Errichtung einer rein bürgerlichen Regierung auch in Preußen stellten. Ohne Zweifel ist auf die Dauer eine verschobene Regierung am Reich und seinem größten Bundesstaat nicht zu erwarten. Wäre im Reich eine bürgerliche Regierung entstanden, so würde naturgemäß eine Regierungsneuerung gleicher Art in Preußen eingetreten sein. Die Deutschnationalen konnten aber diese ruhige und naturnotwendige Entwicklung nicht abwarten. Sie forderten ultimativ die sofortige Beseitigung der bisherigen Regierung in Preußen und ihren Eintritt anstelle der Sozialdemokratie, d. h. belächelnderweise die Stellung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern durch die Deutschnationale Volkspartei. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag war nicht in der Lage, sich auf derartige Forderungen einzulassen. Würden sie in Preußen in der damaligen Situation den Stein ins Rollen gebracht haben, so wäre das Ergebnis nicht die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung sondern die Heraushebung der Deutschen Volkspartei und die Wiederherstellung der Weimarer Koalition gewesen. Dabei wären insbesondere die Deutschnationalen nicht weggekommen; denn 220 von 400 Landräten hat nur die Deutsche Volkspartei ihre Stellung erhalten! Als fest stand, daß eine Regie-

rungsbildung nicht alsbald durchzuführen war, brachen die Deutschnationalen die Verhandlungen ab. Gerechtfertigt gebietet, hinzuzufügen, daß die Verhandlungen auch von demokratischer Seite außerordentlich erschwert wurden, insbesondere weil von dort kein einheitlicher Wille in den Verhandlungen zu Tage trat. Bei den Demokraten stritten sich zwei Gruppen miteinander um die Frage, ob die Demokratische Partei eine rein bürgerliche Regierung mit begründen helfen solle!

Trotz Scheitern dieses Versuches bleibt es Aufgabe gerade unserer Partei, die Deutschnationale Volkspartei zur verantwortlichen Arbeit heranzuziehen. Wir haben freilich das Recht, vorweg von den Deutschnationalen eine ehrliche Absage von ihren bisherigen Agitations- und Oppositionsmethoden zu verlangen. Beschämend war es, in der Vergangenheit die schmählichen Angriffe der Deutschnationalen gegen unsere Führer Dr. Stresemann zu erfahren, tief traurig andererseits die Vermittlung des Parlamentarismus durch Methoden, die nach für deutsche Politiker einfach undenkbar erschienen. Es ist eine fürchtbare Saat, die durch diese Methoden der Deutschnationalen nun herauf gewachsen ist. Die Deutschnationalen werden die Geister, die sie gerufen, nicht wieder los. In ihrer rechten Klugheit erhebt sich die Schär der Deutschnationalen, die ihnen dasselbe Schicksal zu bereiten lacht, daß sie uns haben antun wollen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden es die Deutschnationalen sein, die die Zehe zu zahlen haben. In unsern Kreisen ist glücklicherweise gesunder Sinn genug, um vor den Gefahren der deutsch-völkischen Agitation gewarnt zu sein.

Mit Demokratie und Zentrum haben wir im Reichstag seit 1922 die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Es war nicht immer leicht, sie aufrecht und die beiden Parteien bei der Gänge zu halten. Im Ganzen aber war sie ein zweckmäßiges politisches Institut, das auch für den zukünftigen Reichstag erhalten bleiben sollte. Wir werden deshalb im Wahlkampf uns gegenseitig nach Möglichkeit zu schonen haben. Leider ist dieser in Berlin vereinbarte Burgfrieden hier in Baden wenigstens alsbald von Seiten der Demokratischen Partei gebrochen worden. Ich bin in Heidelberg von Artikeln empfangen, in denen mit häßlicher Breite die Spaltung in der Deutschen Volkspartei behandelt worden ist und in denen darüber hinaus die Berechtigung der Grundgedanken unserer, neuen politischen Arbeit überhaupt angezweifelt wird. Die Vorgänge, die sich an die sog. Rationalisiererte Vereinigung in unserer Partei anschließen, sind gewiß bedauerlich. Sie sind aber in der Presse entleert und vergrößert. Den Demokraten gegenüber sind wir mit Rücksicht auf die bisherige Interessengemeinschaft die Aufrichtigkeit schuldig, daß es sich um einen Familienzwist handelt, der die Demokratische Partei nichts angeht und der hoffentlich in wenigen Tagen beendet sein wird. Hört die demokratische Presse nicht auf, über diese Erscheinung in der Deutschen Volkspartei zu schreiben, so werden wir uns nicht scheuen dürfen, unsererseits auf weit gefährlichere Vorgänge in der Demokratischen Partei hinzuweisen. Dem Artikelverfasser des Heidelberger Tagblattes stehe ich gerne zur Verfügung, wenn ihm für die nächsten Wochen das Material in dieser Beziehung fehlen sollte. Die Angriffe des Kultusministers Dr. Hellpach auf die Grundgedanken unserer Partei weise ich auf das Entschiedenste zurück. Wenn es ein liberaler Gedanke Aktualität und Zukunft besitzen hat, dann ist es der untrügliche. Ich darf auf meine Ausführungen über die Staatsrenewierung und die Befreiung der Wirtschaft zurückweisen. Wenn Herr Dr. Hellpach, der mit überaus selbst zu den berühmtesten „juchenden Seelen“ in der Demokratischen Partei zu gehören scheint, die es immer noch nicht verstanden haben, die Form der Demokratie mit Licht und Inhalt zu erfüllen, — wenn, sage ich, Dr. Hellpach meint, der liberale Gedanke läme zu spät, so darf ich ihm erwidern, daß es jedenfalls noch nicht zu spät ist, in sein babylonisches Kultusministerium eine nebrübe Dosis von Liberalismus einzuführen.

Die bürgerliche Sammlungsliste, die wir hier in Baden verfaßt haben, ist leider an den Widerständen, vor allem des Landnubes, gescheitert. Auch hier lassen wir uns durch diesen Mißerfolg nicht vom Ziele abbringen.

### Die Sammlung aller alten Liberalen

In Baden steht die Aufgabe, die wir uns stellen. Wir sind davon überzeugt, daß wir den Kern und Mittelpunkt für diese Sammlung darstellen, weil in unsern Reihen die Harmonie von leidenschaftlichem nationalen Willen einerseits und nüchternem realpolitischem Verständnis auf der anderen Seite zu finden ist. Gelingt es uns, dieses Ziel zu erreichen, so werden wir nach Lösung der unnatürlichen Bindungen haben und drüben den starken Pfeiler darstellen, von dem aus

### die Brücken zur wahren Volksgemeinschaft

geschlagen werden können und damit, mit diesem Stichwort, meine Damen und Herrn, komme ich auf den Ausgangspunkt meiner Gedanken zurück.

Wir wollen den Wahlkampf im Zeichen der Volksgemeinschaft führen und in Zusammenfassung der vier Gebietsgruppen, in denen ich dieses Ziel verfolgt habe, die Forderungen stellen: „Befreiung von den Ketten von Versailles, Wiederaufrichtung des deutschen Staates, Schutz der deutschen Währung, Gesundung der Wirtschaft, Erhaltung der deutschen Kultur!“

Wenn wir auf diesen Wegen wandeln, das Ziel der deutschen Volksgemeinschaft fest im Auge, dann wird es uns gelingen, uns aus eigener Kraft vor dem Untergang zu retten!

(Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall und Handklatschen.)

### Hiller oder Stresemann?

#### „Deutsche Partei“ oder Deutsche Volkspartei?

Ein „Weden zur Außenpolitik“ ist ein Leitartikel überschrieben, den am Mittwoch die „Deutsche Zeitung“ brachte. Der Artikel ist insofern interessant, als hier zum erstenmal eine anerkannte völkische Größe, Dr. Harald Otag, klar und deutlich ausgespricht, daß die Deutschnationalen, die doch die Macht in Deutschland anstreben, überhaupt keine politische Vorstellung mit dem Begriff „Außenpolitik“ verbinden, noch viel weniger natürlich ein außenpolitisches Programm haben, das über Schlagworte und Kraftausdrücke hinausgeht. Dr. Otag, und er muß es ja am besten wissen, schreibt darüber:

„Dr. Stresemann ist in außerpolitischen Dingen deshalb so schwer angreifbar, weil er jederzeit in der Lage ist, dem völkischen Deutschland entgegenzutreten. Welches sind eure außenpolitischen Grundlinien? Wie wollt ihr das Entschädigungsproblem lösen? Wie denkt ihr euch bei der Waffenlosigkeit des Staates in diesem Umkreis von feindlichen Staaten zu behaupten?“

Der völkische Mensch reagiert auf eine solche Frage zumeist gefühlsmäßig. Er denkt in geschichtlichen Beispielen und Vorbildern, aber nicht in bestehenden Wirklichkeiten. Er ist gern geneigt, die Wirklichkeit wünschenswert umzufärben, wie er sich auch oft in einem Kreise von politischen Illusionen bewegt. Und es entsteht dann ein Stimmungsuntergrund, der etwa aus folgenden Vorstellungen besteht: Freiheitstempel, Volkserhebung. Zum Rhein — zum deutschen Rhein! Fanfaren, Mihows wilde, verwegene Jagd, Theodor Körner, Arminius, Sklaviatische Wespert. Schlageter, Birma'sens. Aufbruch an Mein Volk. 1914. Und andere mehr.

Man wird sich die Frage vorlegen haben: Ist es bei der heutigen inneren und äußeren Verfassung des deutschen Volkes und Staats denkbar, den Gedanken einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Frankreich und seinen Vasallenstaaten in politische Wirklichkeit umzusetzen mit nur einiger Aussicht auf Erfolg? Wir haben an dieser Stelle, es ist nun ein Jahr her, zu solcher Politik aufgerufen. Als wir das Jahr 1923 schrieben — Januar, Februar, März — riefen wir dazu. Wir glaubten an die Möglichkeit des Gelingens. Ein getretenes Volk schien sich damals aufzuheben zu wollen zu letzten Widerständen. Es brannte die Zündschnur. — Verräter traten das glimmende Feuer aus, während die Front wartete. Ein Volk wurde von neuem um seine Freiheit betrogen. — Und heute sanfter man es. Würde Massen herausuchen sich in stabilisierter Währung. Es ist notwendig, klar und nüchtern die Frage einer Volkserhebung, wie sie zu Beginn 1923 gedacht war, für den Augenblick und für die bevorstehende Zeit mit „Nein!“ zu beantworten. Es hilft nicht, sich darüber hinwegtäuschen zu wollen. Von neuem steht mit seinem ganzen Wucht das Problem der Außenpolitik ein. Die beginnende Einsicht ist erfreulich, aber bedurfte es dann der Gründung einer weiteren Partei??!

# Heerschau

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Hannover, der in diesen Tagen stattfindet, ist die Heerschau einer Armee, die aus einem vierjährigen Schlingengrabenkrieg zurückkehrt. Wie solche Fronttruppen aussehen, weiß jeder. Vorne ist der Kugelregen, hinten ist der Ordensregen. Die jetzt regierende allerhöchste Majestät, das Volk, vergibt zwar keine Orden, dafür aber die Gunst seiner öffentlichen Meinung. Gehört diese der politischen Etappe, d. h. jenen Parteien, die sich bis jetzt von jeder politischen Verantwortung gedrückt haben und in billiger Opposition verharren? Die politische Etappe tritt zum Teil „glänzend“ auf. Im allgemeinen hat kaum eine Kugel ihre Fahnen getroffen. Vor dem Dreck des Schlingengrabens bewahrt, erscheinen ihre nie erprobten und geprüften Parteigrundsätze „wie neu“. In Hannover ist's anders, dort ist

## Frontkämpfertag!

Die Volkspartei erscheint nicht mit gebügeltten Hosensackeln und gepulverten Blechmüßli, auch nicht mit der geschwellten Brust jener „dauernd Unabkömmlichen“, die so gerne sagen, daß sie die Sache schon geschmissen hätten, wenn man sie nur in den Schlingengrabens gelassen hätte. Leider waren sie dauernd unabkömmlich durch ihre Grundsätze. In Hannover ist Frontkämpfertag, weil die Deutsche Volkspartei das Vaterland über alle Grundsätze gestellt hat.

Die Volkspartei versammelt sich im Gefühl erfüllter Pflicht. Nicht umsonst waren die Opfer, war ihre Arbeit, ihr Kampf. Unter vollsparteilicher Führung erfolgte im Herbst 1923 jene Umstellung der öffentlichen Gesetzgebung, die die

## Liquidation der Revolution

einflektete, dem Leerlauf der staatlichen Verwaltung ein Ziel setzte, zur Befreiung der Wirtschaft von hemmenden Fesseln führte und schließlich die Rentenmark als Grundlage der Gesundung und Behebung schuf. In einer Zeit tiefster seelischer, wirtschaftlicher und nationaler Not, nach dem Verlust zweier Kriege, des Weltkrieges und des Ruhrkampfes, bewahrte uns die ausgleichende und doch feste Politik Stresemanns vor dem völligen Untergang. Wer die im Münchener Prozeß erfolgten Enthüllungen vorurteilslos auf sich ein-

wirken läßt, wer auch nur ruhig überdenkt, wozu ein „kaltter“ Kapp-Putsch und die Einsetzung eines Direktoriums oder Diktators unter Bruch der Verfassung geführt hätte, muß sagen, daß in jenen kritischen Tagen die staatsmännische Führung und Ueberlegung nur in der Berliner Regierung vorhanden war.

## „Der Marsch nach Berlin!“

Poincaré wartete darauf, um durch einen militärischen Vorstoß von Frankreich aus Nord- und Süddeutschland für immer zu trennen. Um hierfür das Einverständnis Englands zu gewinnen, hatte er freigegeben, wie er nun einmal ist, den Engländern Hamburg angeboten. Die Polen und Tschechen hätten in Gewissheit längst versprochenen Beute bestimmt mitgemacht. Das sind keine Phantastiken, nein über diese Dinge spricht man in Pariser Redaktionen wie über eine leider nicht geklärte Gelegenheit. Nicht viel weniger hätte uns auch das Direktorium eingetragen. Nicht Entwirrung und den Aufbau, sondern Verwirrung und Anarchie bedeutet die jetzt erneut ausgegebene Parole von der nicht zu Recht bestehenden Weimarer Verfassung. Besteht diese Verfassung nicht zu Recht, dann sind eben alle Gesetze ungültig, die auf Grund der ungeschicklichen Weimarer Verfassung zustande gekommen sind. Dann ist das Chaos da.

Die Deutsche Volkspartei hat gegen die Weimarer Verfassung gestimmt, gegen die Einführung der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik gekämpft; sie hat nie ein Hehl aus ihrer monarchistischen Gesinnung und aus ihrem schwarz-weiß-rotten Herzen gemacht; es war ihr

## Kanzler Dr. Stresemann,

der den deutschen Kronprinzen aus der Verbannung zurückrief, der als erster aller deutscher Kanzler und Minister am 25. Oktober 1923 in Hagen öffentlich gegen die Lüge von der deutschen Kriegsschuld protestierte, es war der Parteiführer Dr. Stresemann, der schon in den Säulen der Revolution im Herbst 1918 und im Frühjahr 1919, zu einer Zeit, als andere sich vorsichtiger zurückhielten, sich in seinen öffentlichen Reden schützend vor die angegriffene Ehre des deutschen Heeres, seiner Offiziere und Generale stellte. Über die Deutsche Volkspartei lehnt einen gewaltsamen zweiten Umsturz ab. Nicht

Revolution, sondern Evolution ist ihre Parole. Evolution: das ist das Bekenntnis zur Wirklichkeit des Lebens, das ist die Ablehnung jenes Propheten- und Wunderglaubens, der da vorgibt, durch eine oder einige große Schläge alles wieder so machen zu können, wie es in der guten alten Zeit war. Für uns ist Evolution die Forderung, täglich erneut in den Dreck der politischen Schlingenspiele vorzudringen und dort unter den Angriffen der politischen Gegner und dem lächelnden Hohn der parteipolitischen Etappe für den

## Wiederaufbau des Staates und der Wirtschaft

zu arbeiten. In unserem Sinne heißt Evolution, durch solche Opferung des „Partei-Ichs“ die Erkenntnis neu wecken, daß ein jeder seine Sonderinteressen dem Wohle des Staates unterzuordnen hat. Evolution ist uns das sittliche Verlangen nach unbedingter Achtung der Autorität des Staates und die Ablehnung der Lehre, daß man ein Staatsverbrechen durch ein zweites sühnen könne. Evolution verlangt in unserem Sinn Ehrfurcht vor dem geschichtlich Gewordenen, Ehrfurcht vor den großen Taten und heiligen Personen der Geschichte, aber Ehrfurcht als neuschaffende Macht, nicht bloß als romantisches Erinnern. Wir haben aus der Geschichte nicht nur die Größe, sondern auch die Tragik des deutschen Volkes zu lernen und uns endlich jenen harten, nüchternen politischen Wirklichkeits Sinn anzueignen, der dem deutschen Volke bisher immer noch gefehlt hat. Dann erst wird es uns gelingen, wiederaufzubauen, was einmal gut und groß und herrlich war. Mag dieser Weg der Deutschen Volkspartei steil und steinig sein, mag Poincaré in den besetzten Gebieten, zumal in der Pfalz, gerade die Anhänger der Deutschen Volkspartei mit seinem besonderen Haß verfolgen, mag im Lande selbst parteipolitische Eignung sich uns entgegenstellen: der einzig mögliche Weg des Wiederaufbaus durch Arbeit und Opfer bleibt der Weg der Deutschen Volkspartei!

In Hannover ist Frontkämpfertag! Frontkämpfer schauen nach vorwärts. Dem neuen, dem freien Deutschland, das wir noch nicht sehen, an das wir aber glauben, gilt die Arbeit, der Glaube, die Hoffnung des fünften Parteitages der Deutschen Volkspartei in Hannover.

## Ist das der richtige Zug nach rechts?

Der „Zug nach rechts“ ist die große Gelegenheit für alle Konjunkturpolitiker. „Einsteigen!“ rufen sie, „einsteigen!“ Gewiß, die Züge nach rechts sind da, aber welcher ist der richtige? Bis jetzt war es noch nicht möglich, etwas wirklich Genaueres über die Fahrpläne und das Stationsverzeichnis zu erfahren. Es sei deshalb wenigstens die Frage gestattet, wer die Zugführer sind. Der Münchener Prozeß hat doch gezeigt, daß das deutsche Volk durch gewisse „Züge nach rechts“ ebenso niedergefahren und überfahren werden kann, wie es durch den „Zug nach links“ geschieht. Die Zugführer? Sind es die Herren, die sich im Münchener Prozeß gegenseitig das Zeugnis der Unfähigkeit ausstellten? Da ist zunächst der Generalstaatskommissar von Raahr, von dem Hitler sagt, daß er kein Bismarck war, sondern eben nur eine Erzählung von Raahr. Da wir ihn niemals für einen Bismarck gehalten haben, wollen wir auch die die lieblosen Urteile derer nicht wiedergeben, die heute das „Kreuzige Ebn!“ der Enttäuschten rufen. Auch über Ludendorff und Hitler wollen wir mit dem eigenen Urteil zurückhalten und nur nachdrucken, was der deutschnationale „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die politischen Qualitäten dieser beiden Männer sagt. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ gehört ja zu den Blättern, die täglich ihrem Publikum zurufen: „Der Zug nach rechts ist da! Einsteigen, einsteigen!“

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 18. März schreibt über Ludendorff: „Man hört den Leviathan des Weltkrieges einen langen Zeitungsartikel verlesen, ein für Ludendorffs Verhältnisse erstaunlich lyrisches Preislied auf die völkische Bewegung, das immerhin politisch aufschlußreich genug ist, um einem — nicht zum Anhänger der Politiker Ludendorff und Hitler zu machen. Seinen Angelpunkt hat dieses politische Pronunciamento in einem Gedankenkartier, das einem peinlich wohl bekannt ist aus den Schriften Hitlers: „Das neue Lenin: Durch vorübergehende Diktatur einer Minderheit zur Erlösung der Gemeinschaft! Nur daß es bei Lenin hieß: „Diktatur des Proletariats“, während es bei Ludendorff heißt: „Völkische Diktatur.“

Was sagt derselbe „Lokal-Anzeiger“ über den Heros Adolf Hitler?

„Trotz allem“, heißt es, „trotz Schwung der Rednerkippen, trotz Verzücktheit in den Rausch einer „ungeheuren Propaganda“, trotz seiner ehrlichen Beseßtheit von der Idee, daß eine „unermeßliche Propagandawelle“ ohne weiteres deutsches Schicksal tragen könnte — trotz allem ist Hitler ebensowenig wie Herr von Raahr ein neuer Bismarck. In allem sind sie Gegensätze, in diesem sind sie eins. Man möchte von ihm sprechen mit dem Dichter: „Er ist nur ein Trompeter, und doch bin ich ihn gut.“ Seine nächsten Freunde und er selber erkennen etwas von dieser Wahrheit, statt „Trompeter“ sagen sie nur „Trommler.“

Diese „Trommler“ wollen uns regieren. Wäre ihr wahnsinniges Beginnen geblüht, sie hätten — man kann es nicht oft genug sagen — nur zum letzten Gang getrommelt. Die anderen Diktatoren und Direktoren haben sich mehr im Hintergrund gehalten. Aber auch sie treten aus dem geflüstert gewählten Halb Dunkel erkennbar genug hervor. Befand sich unter ihnen der starke Mann, dem wir hätten vertrauen dürfen? Antwort gibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Sinnes in ihrer Nummer 128. Sie schreibt in einer Betrachtung über „Sinn und Ziel der Reichstagswahlen“:

„Moran sagt es, daß der Diktaturgedanke ebenso Schiffbruch gelitten hat wie der Parlamentarismus? Persönlich gefaßt: weil das einzigartige Genie in Deutschland fehlt, das sozialer Tatkraft mit sozialer Weisheit verbande; wir wollen doch nicht übersehen, daß die Aufgabe eines Diktators in Italien oder Spanien Kinder spiel ist neben der Aufgabe eines Diktators im geschundenen, bankrotten, innerlich zertüftelten Deutschen Reich. Der mühte — und das ist die andere, die sachliche Seite sein, das heißt nur an die Zusammenfassung aller Kräfte zur Befreiung des Vaterlandes denken und sich den Teufel um den deutschen Parteikram kümmern. Unsere Diktaturpräsidenten aber, mochten sie den (misperstandenen) Bismarck im Munde führen oder nicht, waren allesamt Innenpolitiker, wollten erst die „Marxisten“ und die Juden, manche auch noch die Katholiken und die Demokraten niederzwingen, um dann — ein tief uneiniges, zerriebenes Volk gegen den äußeren Feind zu führen.“

Damit ist das Urteil wohl auch über diejenigen gesprochen, die gleich dem Grafen Westarp, seinen deutschnationalen und sonstigen Gesinnungsgenossen bereit waren, den Münchener Putsch durch einen kräftigen Stoß aus dem Norden zu unterstützen. Vor diesem Stoß sind wir auch heute noch nicht endgültig sicher. Der bekannte alldeutsche Zugsatz C I a f ist so ehrlich, in der „Deutschen

Zeitung“ Nr. 124 vom 16. März sich erneut zu den Münchener Plänen von der „legalen“ Diktatur zu bekennen. Er sieht das einzige Ziel der Reichstagswahlen darin, eine sogenannte „legale“ Diktatur herbeizuführen, da der Weg zur Rettung nur über die Diktatur gehe. Der Zug nach rechts ist für ihn der Zug zur Diktatur. Soll das heißen, daß uns bei einem völkischen Wahlsieg eine Wiederholung des Münchener Trauerspiels mit allen seinen Folgen bevorsteht? Die Münchener Zugführer wollten bekanntlich nach dem Muster des Herrn Claf auch nur die „legale Diktatur“. Diese Diktatur könnte nach wie vor nur auf dem Wege des Staatsstreiks und des Bürgerkriegs eingeführt werden. Darum Vorsicht! Nicht jeder Zug nach rechts führt in die Freiheit. Unter Rettungsweg ist ein heiler Bergweg. Wenn der Zug nicht langsam fährt, wenn der Unterbau nicht sorgfältig gebaut ist, wenn der Zugführer und das Fahrpersonal nicht vorher erkundet haben, ob die Straße frei und fahrbar ist, dann gibt es Zusammenstöße und Absturz. Die Veröffentlichung der geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei dürften auch den politischen Blinden die Augen darüber geöffnet haben, daß der in München mit deutschnationaler und völkischer Unterstützung aus Norddeutschland geheizte „Zug nach rechts“ uns alle in den Abgrund gefahren hätte, wenn er wirklich München verlassen hätte. Deshalb verleihe man jetzt von deutschnationaler Seite und selbst in manchen völkischen Versammlungen das Münchener Unternehmen. Von einem solch gefährlichen „Zug nach rechts“ will man nichts gewußt haben. Die Ausrede kommt etwas spät; sie erfolgt erst während des Münchener Prozesses und vor den Wahlen. Verleihen die Gegner Glauben? Untereinander und gegenseitig schenken sie sich keinen Glauben! Das hat jede Stunde des Münchener Prozesses bewiesen.

Deutsches Volk, könntest du jenes Vertrauen aufbringen, das die völkischen und deutschnationalen Herrschaften nicht einmal gegenseitig zueinander haben? Willst du nach rechts fahren, dann steig in den richtigen Zug. Auch die Deutsche Volkspartei fährt nach rechts, aber nicht durch Bürgerkriege und Verfassungsverstöße. In mühsamer, positiver aufbauender Arbeit hat sie vier Jahre lang am Streckenbau gearbeitet. Willst du mithelfen, dann steig ein! Freie Fahrt und ein sorgloses Leben kann sie dir indes nicht versprechen. Nach ihrer Auffassung führt der Weg zur Freiheit nur durch Arbeit und Opfer! Von den Fahrgästen erwartet sie, daß sie sich zu der nationalen Schicksalsgemeinschaft bekennen, die Volk, Parteien und Regierung unlosbar mit einander verbindet. G. H. K.

## Bürger im Volksstaat!

Wer national im politischen und sozialen Sinne ist, wer mit uns für die innere und äußere Freiheit kämpft, wer an Deutschland glaubt trotz allem und allem, wer mit heißem Herzen für das Vaterland die Pflicht zu positiver Arbeit und sachlichem Handeln empfindet, der

## wählt die Deutsche Volkspartei!

## Deutsche Volkspartei

Landesverband Baden,  
Landesgeschäftsstelle Karlsruhe i. B.  
Kaiserstraße 82  
Fernsprecher 4311 und 3430.  
Drahtanschrift:  
Deutschliberal, Karlsruhe i. B.  
Ortsvereine in den meisten  
grösseren Plätzen des Landes.